



14.01.2016

Schneller kommunizieren

Seit dieser Woche ist bundesweit erstmals die Übersendung elektronischer Akten zwischen dem Verwaltungsgericht Trier und dem BAMF über ein elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach möglich. Mit der Einrichtung dieses bundesweit einmaligen Kommunikationsweges wird die Kommunikation zwischen beiden Behörden deutlich beschleunigt.

12.01.2016

Erste Beschlüsse online

Mit dem Transparenzgesetz möchte die Landesregierung ihr Regierungshandeln transparenter für die Bürger machen. Ab sofort werden dazu die Beschlüsse des Ministerrats online gestellt. Daneben werden auch Berichte und Mitteilungen der Landesregierungen an den Landtag, Beschlüsse aus öffentlichen Sitzungen des Kommunalen Rates oder der Landessportkonferenz sowie Geodaten eingestellt.

Zur Transparenzplattform: [Link](#)

12.01.2016

Integrationskette vorgestellt

Zur besseren Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt will die Landesregierung mit der vorgestellten Integrationskette mögliche Lücken im Integrationsprozess schließen. Es handelt sich um ein Paket von aufeinander abgestimmten arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen. Diese setzen bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen an und begleiten die Menschen bis zur Aufnahme einer Arbeit. Zur Broschüre „Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“: [Link](#)

08.01.2016

Beitrag zum Lärmschutz

Das Land Rheinland-Pfalz wird sich zum besseren Schutz der Menschen im Mittelrheintal mit rund acht Mio. Euro an Lärmschutzmaßnahmen beteiligen. Der Beirat „Leiseres Mittelrheintal“ hatte ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, das Land leistet seinen Beitrag dazu.

07.01.2016

Weichen stellen für die Zukunft

Ministerpräsidentin Malu Dreyer stellte die Studie „Weichen stellen für die Anforderungen von morgen – Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Rheinland-Pfalz mit Bandbreiten von mindestens 300 Mbit/s“ vor. Das Land hatte den TÜV Rheinland damit beauftragt. Rheinland-Pfalz ist damit das erste Land, das den Netzinfrastrukturwechsel zu Glasfasernetzen so detailliert untersuchen ließ.

07.01.2016

Neues Geriatriekonzept

Gemeinsam mit dem Landesverband Geriatrie und der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz stellte Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler das neue Geriatriekonzept des Landes vor.

07.01.2016

Ausbau der Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen wird von der Landesregierung weiter ausgebaut. Insgesamt gibt das Land 2016 Haushaltsmittel in Höhe von mehr als 2,6 Mio. Euro für Schulsozialarbeit an landesweit 61 berufsbildenden Schulen.

06.01.2016

Mehr Geld an Kommunen für Flüchtlingsarbeit

Ende 2015 wurde das Landesaufnahmegesetz geändert. Auf der Basis dieser gesetzlichen Grundlage stellt das Land den Kommunen 68 Mio. Euro für die Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme zur Verfügung.

05.01.2016

Erfolgsmodell Ehrenamtskarte

Nach gut einem Jahr „Landesweite Ehrenamtskarte“ zieht Ministerpräsidentin Malu Dreyer eine positive Zwischenbilanz. Mittlerweile haben 47 Kommunen eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land geschlossen und es wurden rund 1.000 Karten an ehrenamtlich Engagierte Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ausgestellt.

05.01.2016

Entschlossenes Vorgehen gegen Rechts

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist mit allen rechtsstaatlichen Mitteln ist seit langem ein Schwerpunkt der Landesregierung. Die Landesregierung begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht die Hauptverhandlung des von den Ländern angeregten NPD-Verbotsantrags zugelassen hat. Zum Verfassungsschutz: [Link](#) Zur Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus: [Link](#)

30.12.2015

Erfolgsgeschichte Energiewende

Der Anteil der Windkraft an der Stromproduktion aus regenerativen Energiequellen liegt derzeit bei rund 45 Prozent. Inzwischen stammt 38 Prozent des im Land erzeugten Stroms aus Erneuerbaren Energien. Windkraft ist dabei weiterhin die Nr.1. Photovoltaik liegt mit einem Anteil von etwa 20 Prozent an zweiter Stelle der rheinland-pfälzischen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Damit ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz weiterhin eine Erfolgsgeschichte.

Informationen zur Energiewende: [Link](#)

30.12.2015

Bürgerbeteiligung verbessert

Mit Beginn des neuen Jahres treten etliche Gesetze zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in Kraft. Mit dem Transparenzgesetz wird beispielsweise der Zugang zu amtlichen Informationen und Umweltinformationen erleichtert. Zudem dürfen zum 1. Januar alle Kommunen in Rheinland-Pfalz einen sogenannten Tourismusbeitrag erheben. Auch die Hürden für einen Einwohnerantrag werden deutlich verringert.

29.12.2015

Berufs- und Studienorientierung gestärkt

Zum erstmals verbindlichen „Tag der Berufs- und Studienorientierung“ an den rund 400 weiterführenden Schulen im Land wurde eine neue Homepage gestartet. Auf [Link](#) können sich Schülerinnen, Schüler und Eltern ab sofort über das neue „Zukunfts-Beratungsangebot“ informieren: Jugendliche können nachlesen, was sie bei ihrer Berufswahl erwartet und Eltern erhalten Auskunft, wie sie sich als wichtige Beraterinnen und Berater ihrer Kinder einbringen können.

28.12.2015

Ecoliance weiter auf Erfolgskurs

Ein sehr erfolgreiches Anfangsjahr für Ecoliance Rheinland-Pfalz: Das Netzwerk für Umwelttechnikunternehmen hat nunmehr rund 80 Mitgliedsunternehmen. Zahlreiche Delegationen aus dem Ausland haben Rheinland-Pfalz besucht, um sich z.B. über moderne Müllverwertung oder Wasseraufbereitung zu informieren. „Mit Ecoliance Rheinland-Pfalz sind wir genau auf der richtigen Spur“, so Wirtschaftsministerin Eveline Lemke. Zur Ecoliance: [Link](#)

22.12.2015

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Die Landesregierung fördert das neue Telematik-Projekt STuDi zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens von Seniorinnen und Senioren in ihrer eigenen Wohnung. Mit Hilfe moderner Sensor- und Kommunikationstechnik in der Wohnung können Abweichungen vom gewohnten Tagesablauf, Situationen der Hilflosigkeit oder Risiken eines Selbstständigkeitsverlustes schnell erkannt werden. So kann dann eine schnelle Unterstützung erfolgen.

21.12.2015

Kurse in deutschem Recht für Flüchtlinge

Die Landesregierung ermöglicht in Zusammenarbeit mit dem Verband der Volkshochschulen Unterricht in deutschem Recht für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive. Staatsaufbau und Grundwerte unseres Zusammenlebens werden in den neuen Kursen unterrichtet. Die Kurse starten wie die eigenständigen Sprachkurse noch vor den Integrationskursen, um Flüchtlinge mit Bleibeperspektive so früh wie möglich zu erreichen.

21.12.2015

Energieberatung bleibt kostenfrei

Die persönliche Energieberatung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz wird auch im Jahr 2016 kostenfrei angeboten. Wirtschaftsministerin Eveline Lemke hat Ulrike von der Lühe, Vorstand der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, einen Förderbescheid in Höhe von 750.000 Euro überreicht. An derzeit 70 Standorten im Land können sich Verbraucher mit allen Fragen zu Energieverbrauch und Einsparungsmöglichkeiten an die Berater der Verbraucherzentrale wenden.

18.12.2015

Im Bundesrat erfolgreich gegen Lärm

Die Mehrheit der Länder im Bundesrat stimmte der rheinland-pfälzischen Initiative für mehr Lärmschutz an der Schiene zu und forderte die Bundesregierung auf, endlich wirksame Maßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms zu ergreifen.

17.12.2015

Haushalt 2016 – Zusammenhalt und Investitionen

Der rheinland-pfälzische Landtag hat den Landeshaushalt 2016 beschlossen. Mit dem Haushalt für 2016 setzt die Landesregierung die richtigen Schwerpunkte und hält den Abbaupfad beim strukturellen Defizit ein.

15.12.2015

Mehr bezahlbare Wohnungen

Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen in Rheinland-Pfalz“ hat im Beisein von Ministerpräsidentin Dreyer eine Bündniserklärung unterzeichnet. Dem Bündnis gehören neben der Landesregierung Vertreterinnen und Vertreter der mit dem Wohnungsbau befassten Verbände sowie die kommunalen Spitzenverbände an. Das Bündnis hat das Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das Land stärkt seine Wohnraumförderung, insbesondere die soziale Wohnraumförderung. Ziel ist es, 4.200 neue sozial geförderte Wohnungen im Jahr 2016 zu bauen. Zur Bündniserklärung: [Link](#)

15.12.2015

Selbstverpflichtung zur Vereinbarkeit

Im Jahr 2012 hatte die Landesregierung eine Selbstverpflichtung als familienfreundlicher Arbeitgeber verabschiedet. Familienministerin Irene Alt zog eine positive Bilanz.

14.12.2015

Digitale Dörfer

„Digitale Dörfer“ sind Teil des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Smart Rural Areas“ (Intelligenter ländlicher Raum) des IESE in Kaiserslautern. Dabei wird untersucht, wie digitale Technologien, das Leben der Menschen in ländlichen Räumen unterstützen und entlasten können. Verschiedene Verbandsgemeinden nehmen an dem Projekt teil.

11.12.2015

Gute Unterrichtsversorgung in BBS

Die Unterrichtsversorgung in den öffentlichen berufsbildenden Schulen (BBS) erreicht mit 96,9 Prozent den besten Wert. Die Anstrengungen der Landesregierung zur Verbesserung in den berufsbildenden Schulen sind deutlich vorangekommen.

11.12.2015

Novelle Mittelstandsförderungsgesetz

Der Ministerrat hat den Entwurf zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes beschlossen. Damit soll die Befristung aufgehoben werden und sowohl die unternehmensbezogene Förderung als auch verschiedene Rechts- und Verwaltungsvorschriften sollen einer Prüfung zur Mittelstandsverträglichkeit unterzogen werden.

09.12.2015

Null Toleranz gegen Gewalt

Mit einer Grundsatzerklärung setzt die Landesregierung gemeinsam mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ein Zeichen gegen die zunehmende Gewalt gegen Bedienstete der öffentlichen Verwaltung.

Die Grundsatzerklärung finden Sie hier. [Link](#)

09.12.2015

Kooperation in der Verwaltung

Die Kooperation der Steuerverwaltungen von Saarland und Rheinland-Pfalz funktioniert. Beide Landesregierungen hatten die engere Zusammenarbeit beschlossen mit dem Ziel, einen geringeren Kostenanstieg und eine moderne, bürgerfreundliche Steuerverwaltung zu erreichen.

07.12.2015

Initiative "Ich bin dabei!"

Die Initiative „Ich bin dabei!“ geht in die dritte Staffel. Ministerpräsidentin Malu Dreyer begrüßte alle teilnehmenden Kommunen zum dritten Landestreffen in der Staatskanzlei. Die Initiative der Ministerpräsidentin ist ein voller Erfolg. Informationen zur Initiative „Ich bin dabei!“ [Link](#)

07.12.2015

NPD-Verbotsverfahren in Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat das Verbotsverfahren gegen die NPD eröffnet. Im März 2016 prüft es die Verfassungsmäßigkeit der NPD und ein mögliches Verbot. Zuvor hatten die Bundesländer insgesamt 370 Belege zusammengetragen, die eindrücklich zeigen, dass die NPD in der Lage ist, ein Klima der Angst auszulösen und demokratische Prozesse zu beeinträchtigen.

07.12.2015

BrückenPreis 2015

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat am Internationalen Tag der Freiwilligen den BrückenPreis verliehen und damit den Preisträgerinnen und Preisträgern Dank und Anerkennung übermittelt. Das Motto war „Brücken bauen, Integration stärken in Zivilgesellschaft und Kommunen in Rheinland-Pfalz“. Es wurden neun Projekte ausgezeichnet.

Die Bilder der Preisverleihung finden Sie [Link](#) . [Link](#)

07.12.2015

Energieatlas: Datenportal für die Energiewende

Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Energieagentur Rheinland-Pfalz, Thomas Pensel, hat Wirtschaftsstaatssekretär Uwe Hüser den Energieatlas Rheinland-Pfalz präsentiert. Mit dem Energieatlas steht erstmals ein zentrales Datenportal zur Energiewende im Land zur Verfügung – mit vielen Praxisbeispielen und vielfältige individuelle Suchfunktionen. Jeder kann künftig nachsehen, wo Erneuerbare Energien genutzt werden und wo beispielhafte Projekte zu Energieeinsparung oder Sanierung stehen, an denen man sich orientieren kann.

Zum Energieatlas: [Link](#)

03.12.2015

Ehrenamt in der Nachbarschaft

Ehrenamtliches Engagement in Nachbarschaftsprojekte und Bürgergemeinschaften zu unterstützen ist der Landesregierung ein großes Anliegen. Die Landesinitiative „Neue Nachbarschaften – engagiert zusammen leben in Rheinland-Pfalz!“ bietet die Möglichkeiten, die vielen bestehenden Initiativen zu vernetzen.

03.12.2015

Regelungen für die Zukunft

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben den 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterzeichnet. Damit ist ein weiterer Schritt zu einem onlinebasierten Jugendangebot von ARD und ZDF getan. Auch der Jugendmedienschutz wurde fortentwickelt.

27.11.2015

Besserer Schutz gegen Flug- und Bahnlärm

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat zwei rheinland-pfälzische Initiativen zu verbessertem Lärmschutz im Bundesrat vorgestellt. Die erste Bundesratsinitiative erfolgt zusammen mit Hessen und Baden-Württemberg. Dieser Gesetzentwurf bezieht sich auf die Reduzierung von Fluglärm. Der zweite Antrag der Landesregierung will den Lärmschutz an Schienenwegen verbessern.

26.11.2015

Land unterstützt Bundesamt bei Registrierung

Rheinland-Pfalz unterstützt ab Anfang Dezember das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei der Registrierung der Asylsuchenden im MARIS-System des BAMF. Dafür hat das Land 19 entsprechende Registrierungsgeräte des BAMF abholen lassen, die von Landesbediensteten sowie Beschäftigten der Bundeswehr bedient werden sollen.

26.11.2015

Erfolgsgeschichte EffNet - neues Förderprogramm

Seit 10 Jahren bündeln 40 Kooperationspartner aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung im Effizienznetz Rheinland-Pfalz ihre Kompetenzen rund um die Themenbereiche Ressourceneffizienz, Energie und Umwelt. Mit konkreten, praxisnahen Projekten, Informationsveranstaltungen und Förderhilfen unterstützt das EffNet Unternehmen dabei, Material und Energie zu sparen – und damit sowohl etwas für die Umwelt zu tun als auch für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Wirtschaftsministerin Eveline Lemke kündigte für das kommende Jahr das neue „Förderprogramm zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz in gewerblichen Unternehmen in Rheinland-Pfalz“ (CO₂-Minderungsprogramm) an.

26.11.2015

Unterrichtsversorgung bleibt auf hohem Niveau

Mit einer strukturellen Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 98,6 Prozent können die allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 sowohl den Pflichtunterricht abdecken als auch vielfältige Förder- und Differenzierungsangebote anbieten. Beides zusammengenommen ist in Rheinland-Pfalz – anders als in anderen Bundesländern – die Messlatte für die Berechnung der 100-Prozent-Marke.

20.11.2015

Berufliche Chancen eröffnen

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat ein positives Zwischenfazit von der Fachkräftestrategie des Landes gezogen. Mit der 2014 unterzeichneten Landesstrategie wollen die Partner des Ovalen Tisches erreichen, dass der Fachkräftebedarf in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft gesichert ist.

20.11.2015

11. Energiebericht vorgelegt

Der 11. Energiebericht des Landes Rheinland-Pfalz gibt einen Überblick über die Handlungsfelder der Energiepolitik der Landesregierung. Die Schwerpunkte sind unter anderem Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Struktur und Entwicklung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs, die Energiepreisentwicklung sowie die Entwicklung der energiebedingten Emissionen im Land. Mit dem Energiebericht wird gleichzeitig die gesetzliche Verpflichtung der Landesregierung zu einer zweijährigen Kurzberichterstattung gemäß dem Landes Klimaschutzgesetz erfüllt. Zum 11. Energiebericht: [Link](#)

19.11.2015

„Länderindikator 2015 – Schule digital“

Im „Länderindikator 2015 – Schule digital“ der Deutschen Telekom Stiftung erreicht Rheinland-Pfalz eine Platzierung unter den Top 3. In der Studie wird den Schulen in Rheinland-Pfalz unter anderem bescheinigt, dass sehr häufig digitale Medien im Unterricht eingesetzt werden, dass sie dafür über eine gute Ausstattung verfügen und dass in sehr hohem Maße detaillierte, schuleigene Konzepte zur Medienbildung vorhanden sind.

17.11.2015

Bundesratsinitiative: Lärmschutz an Schienen

Die umfangreiche Norah-Studie hat es kürzlich wieder bestätigt: Schienenverkehrslärm beeinträchtigt die Lebensqualität und die Gesundheit vieler Menschen. Rheinland-Pfalz möchte daher mit einer Bundesratsinitiative den Lärmschutz an Schienenwegen verbessern. Darin fordert das Land unter anderem Nachtfahrverbote oder ein nationales und EU-weites lärmabhängiges Bonussystem für die Trassennutzung.

16.11.2015

Pilotprojekt Anonymisierte Bewerbung

Das Familienministerium hat den Abschlussbericht zu dem Pilotprojekt des Landes zum Anonymisierten Bewerbungsverfahren vorgelegt und eine positive Bilanz des Projekts gezogen. Die Antidiskriminierungsstelle des Landes hatte über eine Gesamtlauzeit von drei Jahren mit sieben Kooperationspartnern das Pilotprojekt Anonymisiertes Bewerbungsverfahren durchgeführt und ausgewertet. Während des Projekts wurden für die erste Auswahlphase, die persönlichen Angaben in eingehenden Bewerbungsunterlagen geschwärzt, so dass die Einladungen zu Vorstellungsgesprächen allein aufgrund der fachlichen Qualifikationen erfolgten.

Der Bericht steht zum [Link](#) bereit.

16.11.2015

Unterstützung beim U3-Ausbau

Das Land zahlt 25 Millionen Euro an die Kommunen aus und setzt damit eine Vereinbarung mit den Kommunen vom Februar dieses Jahres um. Vereinbart sind Ausgleichleistungen des Landes für Kostensteigerungen der Kommunen bei den U3-Investitionen.

13.11.2015

Integrationskonferenz der Landesregierung

Mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Sportbünden, Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, muslimischen Verbänden sowie die Mitglieder des „Pakts für Rheinland-Pfalz“ und des „Ovalen Tisches“ kamen zur Integrationskonferenz der Landesregierung in Mainz zusammen. Dabei wurde die anstehende Integration der Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt in den Blick genommen. Mit einem neuen Integrationskonzept will die Landesregierung schon von Beginn an die Integration fördern. [Link](#) Das Video mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer zum Integrationskonzept der Landesregierung: [Link](#)

12.11.2015

Grünes Wirtschaften hat Erfolg

Die Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Eveline Lemke hat knapp drei Wochen vor dem Weltklimagipfel in Paris ihre Regierungserklärung mit dem Titel „Unternehmen Klimaschutz – Politik zukunftsfähig gestalten“ im Mainzer Landtag gehalten. Darin stellte sie die Bedeutung des Klimaschutzes für die ökologische wie ökonomische Entwicklung im Land heraus. „Klimaschutzpolitik ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik!“, betonte Lemke, und unterstrich: „Unternehmen können innovative Technik im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz oder Ersatzstoffe für endliche Rohstoffe erfolgreich weltweit vermarkten“. Sie verwies unter anderem auf das Umweltnetzwerk Ecoliance Rheinland-Pfalz und kündigte ein neues Förderprogramm an, um „Unternehmen auf ihrem Weg hin zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Produktion finanziell zu unterstützen“.

Zur Regierungserklärung: [Link](#)

10.11.2015

Integration fördern

Neben Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ist die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt eine wichtige Aufgabe. Dazu hat die Landesregierung ein Integrationskonzept vorgestellt.

10.11.2015

Vor Lärm schützen

Zur Verbesserung des Fluglärmschutzes haben die Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg eine gemeinsame Initiative gestartet. Dazu haben die drei Landesregierungen Kabinettsbeschlüsse gefasst, um eine notwendige Änderung des Luftverkehrsgesetzes über den Bundesrat anzustoßen.

09.11.2015

2. landesweite Demografiewoche

Über 300 Veranstaltungen rund um das Thema Demografie fanden im Rahmen der Demografiewoche im ganzen Land statt. Sie stand unter der Überschrift „Generationen gestalten das Miteinander“ und über 200 Organisationen, Verbände, Vereine, Kommunen und Behörden aus dem ganzen Land beschäftigten sich mit diesem Thema.

Zu den [Link](#) der Demografiewoche

06.11.2015

Hochschulen erfolgreich im bundesweiten Wettbewerb

Mit einer Förderung von insgesamt rund 39,5 Millionen Euro aus dem Wettbewerb „Qualitätspakt Lehre“ können die Universitäten in Mainz, Kaiserslautern und Koblenz-Landau sowie die (Fach-)Hochschulen in Kaiserslautern, Koblenz und Trier sieben bereits erfolgreich angelaufene Projekte zur Verbesserung der Hochschullehre bis zum Jahr 2020 weiter vorantreiben.

06.11.2015

Mehr Geld für Kommunen zur Flüchtlingshilfe

Um die Kommunen bei der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden besser finanziell zu unterstützen, wurde dem Landtag ein Gesetzesentwurf zum Landesaufnahmegesetz zugeleitet.

06.11.2015

Fortschritte bei der Flüchtlingsregistrierung

Rheinland-Pfalz hat zum Ende dieser Woche alle Asylsuchenden in den Erstaufnahmeeinrichtungen registriert. Hierfür wurden Landesbedienstete ebenso wie Angehörige der Bundeswehr eingesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben an sieben Tagen die Woche und im Schichtdienst gearbeitet, um den Rückstand aufzuarbeiten.

Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt im bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise.

04.11.2015

7. Seniorenkongress in Rheinland-Pfalz

Beim 7. Rheinland-Pfälzischen Seniorenkongress in Mainz mit dem Motto „Zu Hause daheim – gut vernetzt und gut versorgt“ stand im Mittelpunkt, wie die Möglichkeiten der Digitalisierung für ein gutes Leben im Alter genutzt werden können. An dem Kongress nahmen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler teil.

03.11.2015

Klimaschutzkonzept RLP präsentiert

Die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes ist essentieller Bestandteil des Klimaschutzgesetzes. Um die festgelegten Klimaschutzziele zu erreichen, sind rund 100 mögliche Klimaschutzmaßnahmen für Rheinland-Pfalz erarbeitet worden, in dem sich Vorschläge und Hinweise verschiedenster gesellschaftlicher Akteure wiederfinden. So soll z. B. in Rheinland-Pfalz die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 reduziert werden. „Wir in Rheinland-Pfalz machen ernst mit dem Klimaschutz und leisten aktiv unseren Beitrag“, so Wirtschaftsministerin Eveline Lemke. Zum Klimaschutzkonzept und Maßnahmenkatalog: [Link](#)

30.10.2015

Homepage zeigt Flüchtlingen Weg in Hochschulen

Mit wenigen Klicks sollen junge Menschen, die nach der Flucht aus ihrem Heimatland ein Studium beginnen oder ihr Studium hier im Land fortsetzen wollen, zentrale Informationen und die wichtigsten Anlaufstellen finden.

Zur Homepage: [Link](#)

30.10.2015

Industriekompass 2015: starke Produktivität, hohe Exporte

Gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt und dem Prognos Institut stellte das Wirtschaftsministerium den aktuellen Industriekompass vor. Darin sind statistisches Material sowie weitergehende Analysen wichtiger Themen für die rheinland-pfälzische Industrie enthalten. Wirtschaftsministerin Eveline Lemke betonte die hohe Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz: „Die Industrie ist das stabile Rückgrat unserer Wirtschaft. Die Industrieunternehmen sind ein Garant für eine hohe Beschäftigungsquote, zudem ziehen Industriearbeitsplätze stets weitere Arbeitsplätze nach sich“.

[Link](#)

28.10.2015

Internationale Kreislaufwirtschaftskonferenz

Teilnehmer aus 17 Staaten kamen auf dem Umweltcampus Birkenfeld für die 6. Internationale Kreislaufwirtschaftswoche zusammen. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft informierten sich über die neuesten Technologien und Ansätze der Green Technology. Zur Eröffnung hielt Wirtschaftsministerin Eveline Lemke fest: „Die Endlichkeit von fossilen Rohstoffen, Edelmetallen oder seltenen Erden macht es erforderlich, jetzt die Weichen zu stellen, um gemeinsam mit der Industrie und der Wissenschaft nach Lösungen zur Sicherung der Rohstoffbasis und zum Schutz oder zur Wiederherstellung der Umweltmedien zu suchen“.

26.10.2015

Wegweiser für Flüchtlinge

Die Landesregierung hat eine neue Webseite für Flüchtlinge freigeschaltet, auf der das Informationsangebot für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz zentral gebündelt wird. Sie informiert unter anderem über das Asylverfahren, über das Leben in Deutschland sowie über Rechte und Pflichten. Auch Informationen zum ehrenamtlichen Engagement finden sich hier. Derzeit ist die Seite in deutscher, englischer und arabischer Sprache verfügbar.

[Link](#)

21.10.2015

Bewährte Zusammenarbeit

Die Oberrheinregion verbindet Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, das Elsass und die Nordwestschweiz. Für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde vor 40 Jahren die D-F-CH Oberrheinkonferenz ins Leben gerufen. Seitdem konnten zahlreiche Kooperationsprojekte umgesetzt werden, unter anderem in den Bereichen Arbeitsmarkt, Mobilität, Bildung, Umwelt und Kultur. Der Oberrhein gilt heute als Modellregion innerhalb eines zusammenwachsenden Europas.

[Link](#)

19.10.2015

87 Millionen Euro für Landesstraßenbau 2016

Das Bauprogramm für 2016 sieht für die Landesstraßen in Rheinland-Pfalz rund 87 Millionen Euro vor. Ein vernünftiger Kompromiss zwischen dem verkehrspolitisch Notwendigen und dem finanziell Machbaren, findet Minister Lewentz. Verzeichnet sind 333 einzelne Vorhaben. Den Schwerpunkt legt die Landesregierung auf die Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Für sechs Neubauprojekte plant das Land rund drei Millionen Euro ein.

Zum Bauprogramm: [Link](#)

16.10.2015

Weichen für Integration gestellt

Die Landesregierung hat im Bundesrat dem Gesetzespaket zur Asyl- und Flüchtlingspolitik zugestimmt. Das Gesetzespaket wurde dabei als Gesamtkompromiss bewertet. Es enthält wichtige Maßnahmen, die Länder und Kommunen dringend benötigen, um angesichts der großen nationalen Herausforderung Menschen, die aus Verfolgung und Not zu uns fliehen, menschenwürdig unterzubringen. Da das Land Rheinland-Pfalz nicht alle Elemente des Gesetzes für notwendig und sachgemäß hält, hat es in einer Protokollerklärung seine Kritikpunkte vorgebracht.

13.10.2015

Ministerrat tagt mit den HWK

Im Rahmen einer gemeinsamen Ministerratssitzung mit den Handwerkskammern wurde über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz, die Chancen und Herausforderungen im Bereich Energie und Klimaschutz sowie über die Integration von Asylbewerbern in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt diskutiert. Die Handwerkskammern stellen hierfür bis zu 400 Praktikums- und Ausbildungsplätze zur Verfügung.

09.10.2015

Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk - Fit für die Zukunft

Mit dem 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag fiel unter anderem der Startschuss für das digitale Jugendangebot von ARD und ZDF. Ab dem 1.10.2016 bietet der Jugendkanal ein rein webbasiertes Angebot für junge Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren. Entwicklungen gab es außerdem beim Jugendmedienschutz und beim Rundfunkbeitragssystem.

09.10.2015

Bund und Länder für schnelle Reduzierung des Bahnlärms

Rheinland-Pfalz, Hessen und der Bund sind sich einig: Das Ziel, den Bahnlärm bis 2020 zu halbieren, bleibt bestehen. Damit wenden sich Bund und Länder gegen die Verzögerung der Maßnahmen der Europäischen Kommission bis 2022 gegen Bahnlärm. Am Rande der diesjährigen Verkehrsministerkonferenz hat Minister Alexander Dobrindt den Verkehrsministern Roger Lewentz und Tarek Al-Wazir zugesichert, dass der Bund ein eigenes Gesetz zur Halbierung des Bahnlärms auf den Weg bringen wird.

09.10.2015

Zukunftswerkstätten für ärztliche Versorgung

Zehn weitere Regionen wurden für die Zukunftswerkstätten ausgewählt. Im Rahmen dieser Werkstätten werden gemeinsam mit den regionalen Akteuren des Gesundheitswesens unter Mitwirkung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz geeignete Ideen und Maßnahmen entwickelt, um die ärztliche Grundversorgung zu sichern.

08.10.2015

Wichtiger Tag für den Atomausstieg

Wirtschaftsministerin Eveline Lemke hat der RWE Power AG die zentrale Genehmigung zum Abbau des AKW Mülheim-Kärlich erteilt. Mit der „Genehmigung 2b“ kann das Kraftwerk nun vollständig abgebaut werden. Diese wichtige Genehmigung betrifft vor allem die radioaktiv am höchsten belasteten Anlagenteile – der Reaktordruckbehälter und die Dampferzeuger. „Heute ist ein wichtiger Tag für den Atomausstieg“, so Lemke.

[Link](#) von Staatsministerin Eveline Lemke zur Übergabe der Genehmigung 2b

07.10.2015

Smart Villages - Modellorte für Klimaschutz

Gemeinsam mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement am Umweltcampus Birkenfeld (IfaS) hat das Wirtschaftsministerium das Projekt „Smart Villages“ Rheinland-Pfalz im Bereich Energie gestartet. Ziel ist, in jedem Landkreis Ortsgemeinden zu gewinnen, die Modellorte für den Klimaschutz werden. Wirtschaftsministerin Eveline Lemke hält das Projekt für einen wichtigen Schritt in der Gemeindeentwicklung: „Das Konzept ‚Smart Villages‘, zu dem viele unterschiedliche Bausteine gehören, ist ein Weg zur zukunftsfähigen Gemeindeentwicklung. Da bin ich mir sicher“.

05.10.2015

Entwurf für den Haushalt 2016

Finanzministerin Doris Ahnen hat den Entwurf für den Haushalt 2016 in den Landtag eingebracht. In Ihrer Rede betonte die Finanzministerin, dass die Landesregierung auch mit diesem Haushalt ihren Sparkurs erfolgreich fortsetzt. Sie benannte die politischen Schwerpunkte der Landesregierung, die sich im Haushalt widerspiegeln, und erläuterte die Sparanstrengungen der Landesregierung.

02.10.2015

10. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz

Mit 450 Teilnehmern, über 40 Ausstellern und über 20 Programmangeboten war der 10. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz auf dem Hambacher Schloss ein voller Erfolg.

Einen Eindruck von der tollen Atmosphäre gibt der folgende Film: [Link](#)

Alles zum Demokratietag Rheinland-Pfalz: [Link](#)

Zur Bildergalerie: [Link](#)

02.10.2015

Rheinland-Pfalz bei U3-Betreuung weiter vorn

Nach den am Donnerstag veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts zur Kindertagesbetreuung der unter 3-jährigen belegt Rheinland-Pfalz einen Spitzenplatz. Mit einer Betreuungsquote von 30,6 % liegt Rheinland-Pfalz auf Platz zwei im Vergleich der westdeutschen Flächenländer.

01.10.2015

35. Kommune führt Ehrenamtskarte ein

Worms ist die 35. Kommune in Rheinland-Pfalz, die die Ehrenamtskarte einführt. So kommen auch in Worms Ehrenamtliche, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, in den Genuss zahlreicher Vergünstigungen. Land und Kommune wollen auf diese Art den ehrenamtlich Tätigen Dank und Anerkennung zukommen lassen.

Weitere Informationen zur Ehrenamtskarte und zum Ehrenamt in Rheinland-Pfalz: [Link](#)

01.10.2015

Weitere Gemeindegewestern plus

Das Projekt Gemeindegewester plus geht weiter: Am 1. Oktober haben insgesamt neun Gemeindegewesternplus in den Landkreisen Birkenfeld, Alzey-Worms, Kaiserslautern, Bitburg-Prüm sowie in der Stadt Landau und im Kreis Neuwied ihre Arbeit aufgenommen.

Weitere Informationen zum Projekt: [Link](#)

29.09.2015

Gemeinsame Kabinettsitzung mit dem Saarland

Der rheinland-pfälzische und der saarländische Ministerrat trafen sich zu einer gemeinsamen Sitzung im Gebiet des gemeinsamen Nationalparks Hunsrück-Hochwald. Ein Themenschwerpunkt war aus gegebenem Anlass die aktuelle Herausforderung in der Flüchtlingspolitik. Außerdem wurden Kooperationsmöglichkeiten in vielen Politikbereichen erörtert.

29.09.2015

Neues Konzept gegen islamistische Radikalisierung

Der Ministerrat hat das „Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in RLP“ beschlossen, das das federführende Kinder- und Jugendministerium in enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, dem Bildungsministerium und dem Justizministerium erarbeitet hat. Das Konzept beruht im Wesentlichen auf zwei breiten Säulen: der allgemeinen und spezifischen Prävention und einer einzurichtenden Beratungsstelle zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung und für Einzelfallbezogene Intervention.

29.09.2015

Medienkompetenz an Schulen - Elterninformation

Das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ läuft seit 2007 und bietet seit 2008 auch Informationsabende für Eltern an. Nun fand der insgesamt 1000. Elternabend in Bingen statt. Mittlerweile konnten mehr als 43.000 Eltern mit Informationen und Tipps zur Mediennutzung unterstützt werden.

25.09.2015

Öffnung der Ehe – RLP Initiative im Bundesrat

Der Bundesrat hat dem Gesetzesantrag von Rheinland-Pfalz zur Öffnung der Ehe zugestimmt und diesen an den Bundestag überwiesen. Bislang werden eingetragene Lebenspartnerschaften homosexueller Paare gegenüber Ehepaaren in immer noch rund 150 Regelungen in Gesetzen und Verordnungen benachteiligt. Ein wichtiger Punkt hierbei ist das Adoptionsrecht.

25.09.2015

Einigung bei ÖPNV-Geldern bringt Klarheit

Bund und Länder haben sich über Regionalisierungsmittel geeinigt: Ab 2016 steigen die Mittel bundesweit von derzeit rund 7,3 Milliarden auf 8 Milliarden Euro. Angehoben wird auch die jährliche Dynamisierungsrate von derzeit 1,5 auf 1,8 Prozent. Damit herrscht Klarheit über die Zukunft der Ausstattung des Schienenverkehrs und der Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr.

24.09.2015

Neues Landesnaturschutzgesetz verabschiedet

Das Neue Landesnaturschutzgesetz wurde im Landtag verabschiedet. Das Gesetz trägt zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Rheinland-Pfalz bei. Viele Forderungen der Naturschutzverbände konnten umgesetzt werden. Und zukünftig werden Landwirtschaft und Naturschutz noch enger kooperieren. Die Vielfalt von Tieren und Pflanzen ist unser größter Schatz. Wir sichern damit unsere Grundbedürfnisse wie reine Luft, sauberes Wasser und fruchtbare Böden. Doch ein Drittel der untersuchten Arten in Deutschland ist gefährdet. Vor allem Tiere und Pflanzen die auf Grünland angewiesen sind werden immer weniger. Die Landesregierung stellt daher das artenreiche Grünland unter besonderen Schutz.

24.09.2015

Agrar- und Ernährungsbericht 2015

Die bäuerliche Land- und Ernährungswirtschaft versorgt uns nicht nur mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Gesunde Böden, sauberes Wasser, die Vielfalt unserer Natur – und auch der Klimaschutz sind die zentralen Begriffe. Energie- und Klimaschutz ist - mit Blick auf die Weltklimakonferenz im Dezember in Paris - das Schwerpunktthema des diesjährigen Berichts.

Hier finden Sie den Agrar- und Ernährungsbericht 2015: [Link](#)

23.09.2015

Solidarität und Perspektiven

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in einer Regierungserklärung zur Flüchtlingsaufnahme in Rheinland-Pfalz betont, dass Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge aktuell im Vordergrund stünden. Maßnahmen wie Sprachförderung und Unterstützung bei der Suche nach Arbeit und Ausbildung würden außerdem dazu beitragen, die Flüchtlinge, die in Rheinland-Pfalz bleiben, in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die gesamte Regierungserklärung lesen Sie [Link](#)

23.09.2015

Aktionsplan zur Integration

Die Partner des Ovalen Tisches haben beraten, wie Flüchtlinge besser in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden können. Landesregierung, Wirtschaftsverbände und Handelskammern erklärten sich unter anderem bereit, zusätzliche Praktikums- und Ausbildungsplätze bereitzustellen. Außerdem soll der Zugang zu Hochschulen erleichtert werden.

22.09.2015

Tourismusstrategie ist erfolgreich

Von Januar bis Juli 2015 besuchten nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems über 5,1 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz. Damit ist hier der Tourismus weiter auf Rekordkurs: In den ersten sieben Monaten des Jahres kamen so viele Gäste ins Land wie noch nie. „Unsere Tourismus-Strategie geht auf“, betonte Wirtschaftsministerin Eveline Lemke und fügte hinzu: „Die Herausstellung von Regionalität, Kultur und Natur in Verbindung mit einem durchgängig hohen Qualitätsanspruch und der Konzentration auf die chancenreichsten Themen und Zielgruppen ist der richtige Weg“.

Allgemeine [Link](#) zum Tourismus in Rheinland-Pfalz und zur Tourismusstrategie

22.09.2015

Mietpreisbremse tritt in Kraft

Die Mietpreisbremse gilt in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt, wie Mainz, Trier und Landau. Hier dürfen die Mieten bei neu abgeschlossenen Mietverträgen grundsätzlich nur um maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.

22.09.2015

Pakt für RLP - Gemeinsam für Integration

Die Mitglieder des Paktes für RLP bekräftigten, dass sie sich weiterhin gemeinsam bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen engagieren möchten. Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonte, dass die Landesregierung sie bei dieser gemeinsamen Aufgabe unterstützen und Maßnahmen wie Sprachförderung und Integration in den Arbeitsmarkt weiter ausbauen werde.

17.09.2015

MEDIENSCOUTS.rlp –landesweiter Erfahrungsaustausch

„MEDIENSCOUTS.rlp“ ist ein wichtiger Bestandteil des Landesprogramms „Medienkompetenz macht Schule“. Medienscouts sind Schülerinnen und Schüler, die speziell ausgebildet sind, um ihre Mitschülerinnen und Mitschüler im Umgang mit dem Internet zu beraten und zu sensibilisieren. Mittlerweile wurden fast 1.900 Schülerinnen und Schüler an 117 weiterführenden Schulen zu Medienscouts ausgebildet. An der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz fand der erste landesweite Erfahrungsaustausch statt.

15.09.2015

Leistungsfähiger Haushalt für 2016

Der Ministerrat hat den Haushaltsentwurf für 2016 beschlossen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonte bei der Vorstellung des Entwurfs in der Staatskanzlei, dass Rheinland-Pfalz weitere Fortschritte auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2020 mache. Schwerpunkte des Haushalts seien gute, gebührenfreie Bildung, verlässliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine humane Unterbringung von Flüchtlingen.

15.09.2015

Klimaschutzkonzept dem Landtag vorgelegt

Das Landesklimaschutzgesetz, das am 23. August 2014 in Kraft getreten ist, sieht die Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes vor. Ein entsprechender Entwurf wurde dem Landtag zur Stellungnahme vorgelegt. Als Ergebnis einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung werden konkrete Strategien und Maßnahmen benannt, mit denen das Klima geschützt werden kann.

Zur [Link](#) Klimaschutzkonzept

08.09.2015

Rheinland-Pfalz: Glasfaserausbau schreitet voran

„Knapp 66 Prozent können heute bereits grundsätzlich auf Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zurückgreifen – ein Anstieg seit 2011 um 38,8 Prozentpunkte!“ Dieses positive Fazit zum Ausbau von schnellem Internet zog Staatssekretär Randolf Stich bei der 7. Regionalkonferenz mit Vertretern von Kommunen und Unternehmen aus dem Bereich Breitbandausbau.

08.09.2015

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen

Rheinland-Pfalz prüft die Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Damit soll die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge deutlich einfacher und unbürokratischer werden. Dazu hat Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler alle wichtigen Akteure des rheinland-pfälzischen Gesundheitswesens zu einem Gespräch in das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz eingeladen. Im Dialog sollen alternative Möglichkeiten zur Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende in Rheinland-Pfalz diskutiert werden. In einer Arbeitsgruppe wird nun ein Konzept erarbeitet.

07.09.2015

Landesweiter Ehrenamtstag in Trier

In Rheinland-Pfalz engagieren sich 41% der Bevölkerung ehrenamtlich. In Trier fand zur Anerkennung der ehrenamtlich Engagierten der Ehrenamtstag statt. Dabei dankte die Ministerpräsidentin den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und konnte sich vor Ort vom Engagement der Menschen überzeugen.

Hier geht es zum Video und zur Bildergalerie des Ehrenamtstages: [Link](#)

[Link](#)

03.09.2015

Flüchtlinge in RLP - gemeinsam anpacken

So wie das Land Rheinland-Pfalz stehen auch die Kommunen vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation vor großen Herausforderungen. Aus diesem Grund hat sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer gemeinsam mit Integrationsministerin Irene Alt, Innenstaatssekretär Günther Kern und Finanzstaatssekretär Prof. Salvatore Barbaro mit rheinland-pfälzischen Landräten und Oberbürgermeistern zu einem Austausch in der Staatskanzlei getroffen.

03.09.2015

Start des neuen Schuljahres

Das neue Schuljahr beginnt! Bildungsministerin Vera Reiß informierte über die Rahmenbedingungen, Perspektiven und neuen Angebote zu Beginn des Schuljahres 2015/16. Da die Schülerzahlen nicht so deutlich zurück gehen, wie dies prognostiziert worden war, werden im beginnenden Schuljahr rund 1.200 junge Lehrkräfte eingestellt und der Vertretungslehrerpool wird um 300 auf 800 Vollzeitstellen aufgestockt. Auch die Sprachförderung bei der Beschulung der Flüchtlingskinder wird ausgeweitet. Das sind einige Beispiele für die zukunftsorientierte Bildungspolitik der Landesregierung auch im neuen Schuljahr.

02.09.2015

Ehrenamts-Initiative "Ich bin dabei!"

Vor rund zwei Jahren rief Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Ehrenamts-Initiative „Ich bin dabei!“ ins Leben. Die Landesregierung fördert dabei besonders das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen in den Kommunen. Bisher haben sich mehr als 1.000 Menschen in über 120 Gruppen in 16 Kommunen bei „Ich bin dabei!“ engagiert. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der teilnehmenden Kommunen trafen in der Staatskanzlei Ministerpräsidentin Malu Dreyer, um Bilanz zu ziehen und die Zukunft der Initiative zu beraten.

Informationen zur Initiative „Ich bin dabei!": [Link](#)

Bilder des Treffens: [Link](#)

01.09.2015

Ausbildungsabbruch verhindern

Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler stellte den neuen Förderansatz „Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen“ in Rheinland-Pfalz vor, den das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie im Rahmen der ESF-Förderung unterstützt. Im Jahr 2015 fördert das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie insgesamt fünf Projekte, mit denen rund 900 junge Menschen erreicht werden können.

27.08.2015

Digital leben und arbeiten in Rheinland-Pfalz

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Staatssekretärin Heike Raab stellten den Stand der Digitalisierungsstrategie der Landesregierung in Rheinland-Pfalz vor. Die Landesregierung sieht die Schwerpunkte des digitalen Wandels im Land beim Breitbandausbau, bei Bildung und Beschäftigung. Die Gestaltung des demografischen Wandels mit digitalen Projekten und E-Government gehören ebenfalls zur Digitalstrategie der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

27.08.2015

Forensische Ambulanz in Koblenz eröffnet

Mit der Behandlungsinitiative Opferschutz e.V. als Kooperationspartner hat das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Koblenz eine neue forensische Ambulanz eröffnet. Die Koblenzer Ambulanz ergänzt die beiden bereits vorhandenen justizeigenen Psychotherapeutischen Ambulanzen in Ludwigshafen und Trier in der ambulanten Nachsorge bei Straftäterinnen und Straftätern.

Der beste Opferschutz wird durch Verhinderung neuer Straftaten gewährt. Deshalb ist die ambulante Behandlung straffälliger Personen mit dem Ziel der Rückfallverhinderung der beste Schutz, der potentiellen Opfern geboten werden kann.

Nähere Informationen zu Behandlungsinitiative Opferschutz, BIOS-BW e.V. finden Sie unter: [Link](#)

Weitere Informationen zu den beiden Psychotherapeutischen Ambulanzen der Justiz finden Sie unter: [Link](#)

25.08.2015

Keine(r) ohne Abschluss

Das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ eröffnet Schülerinnen und Schülern, die sonst ohne Bescheinigung der Berufsreife die Schule verlassen hätten, neue Perspektiven. Auch im vergangenen Schuljahr war dieses Projekt erfolgreich: die überwiegende Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, die eine KoA-Klasse besuchten, schafften den Abschluss zur Berufsreife.

24.08.2015

U3 – RLP vorne im Ländervergleich

Der aktuelle „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung attestiert der rheinland-pfälzischen Landesregierung, deutlich in Qualität investiert zu haben. Das zeigt sich zum Beispiel am weiter verbesserten Personalschlüssel im Bereich für Unterdreijährige (U3): Rheinland-Pfalz liegt hier mittlerweile bundesweit an dritter Stelle.

18.08.2015

Land fördert junge Schreibtalente

Im Jahr 2013 war der landesweite Literatur-Nachwuchswettbewerb „Durchschrift“ ins Leben gerufen worden. Nach der beeindruckenden Resonanz auf die beiden ersten Runden des Schreibwettbewerbs, der sich an Jugendliche und junge Erwachsene richtet, startet die dritte Wettbewerbsrunde.

17.08.2015

Gut ausgebildete Flüchtlinge

Rheinland-Pfalz ist Vorreiter! Bereits seit Mitte Juni läuft in der Erstaufnahmeeinrichtung in Trier das Gemeinschaftsprojekt des Arbeits-, des Integrationsministerium und der Regionaldirektion, das die Bildungsbiografien der Flüchtlinge erfasst. Das Ziel ist, den Berufseinstieg so gut wie möglich vorzubereiten. Das bundesweit einmalige Projekt wird nun ausgedehnt auf weitere Erstaufnahmeeinrichtungen im Land.

13.08.2015

Gemeinsame Wohnformen

Die Landesregierung unterstützt die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und gemeinschaftlicher Wohnformen. Ein weiterer Baustein in dieser Unterstützung ist die neue Landesförderung „Moderationsförderung für Bewohnergenossenschaftsinitiativen“, die Bauministerin Doris Ahnen vorstellte. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatte sich bereits in ihrer Regierungserklärung am 30. Januar 2013 für die Unterstützung des genossenschaftlichen Gedankens bei der Schaffung neuer, gemeinsamer Wohnformen stark gemacht.

13.08.2015

Landesweite Beschäftigungsinitiative gestartet

Mit der »Initiative zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen« will die Landesregierung, das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen nachhaltig verbessern. Insbesondere sollen Unternehmen für die Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen gewonnen werden. Dabei spielen auch Netzwerkstrukturen und die Koordination verschiedener Leistungsangebote eine Rolle, die den Betrieben durch die Initiative näher gebracht werden sollen.

12.08.2015

Duale Hochschule erfolgreich

Duale Studiengänge sind ein Erfolgsmodell. Sie verzahnen betriebliche Praxis und akademische Ausbildung. Mit 57 solcher dualen Studiengänge und dem Dach der „Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz“ gibt es ein großes Angebot, das vom Land

Weitere Informationen zur Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz: [Link](#)

11.08.2015

Gemeinsame Lösungen zur Arztversorgung

Gesundheit und Pflege 2020 - Rheinland-Pfalz verfügt über eine gute ambulante Versorgung. Damit das so bleibt, unterstützt das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Verbandsgemeinden und verbandsfreie Städte dabei, in Zukunftswerkstätten gemeinsam mit den regionalen Akteuren Konzepte zu entwickeln, um eine flächendeckende Grundversorgung weiterhin zu gewährleisten. Das Projekt wurde nun auf zehn weitere Zukunftswerkstätten ausgeweitet.

10.08.2015

Land fördert Medienpädagogik

Unter dem neuen Namen „medien.rlp – Institut für Medien und Pädagogik e. V.“ ist der frühere Landesfilmdienst seit mehr als sechzig Jahren in der Medienbildung und Jugendarbeit aktiv. Die Einrichtung ist zu einem vielfältigen Dienstleister für Medienpädagogik, Filmkultur und Bildung geworden. Mit jährlich rund 300 Veranstaltungen und Projekten wird das wichtige Anliegen, Kinder und Jugendliche in ihrem Aufwachsen mit digitalen Medien zu begleiten und sie zu einem positiven, eigenverantwortlichen Umgang mit Medien zu befähigen, umgesetzt.

Informationen zum Institut für Medien und Pädagogik: [Link](#)

29.07.2015

Elektronischer Rechtsverkehr in der Justiz

Nachrichten per Mausklick an das zuständige Gericht – das spart Zeit und Geld. Die rheinland-pfälzische Justiz führt den elektronischen Rechtsverkehr ein. Seit August 2015 ist der elektronische Rechtsverkehr mit dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz möglich, im Herbst 2015 folgen dann die 22 Insolvenzgerichte des Landes, das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz und das Arbeitsgericht Koblenz. Im Jahr 2016 soll der elektronische Rechtsverkehr darüber hinaus auch bei ersten Zivilgerichten und in Grundbuchämtern eingeführt werden. In Rheinland-Pfalz wird schrittweise bis zum 1. Januar 2018 der elektronische Rechtsverkehr bei allen Gerichten – aus Rechtsgründen mit Ausnahme der Strafgerichte – möglich sein. Weiterführende Informationen zum elektronischen Rechtsverkehr finden sie hier: [Link](#)

27.07.2015

Studium für mehr beruflich Qualifizierte öffnen

Die Landesregierung wird den Zugang zum Studium ohne Abitur noch weiter öffnen. Damit verfolgt sie weiterhin das zentrale Ziel in der Bildungspolitik, mehr Durchlässigkeit und zusätzliche Aufstiegschancen im Bildungssystem zu schaffen.

27.07.2015

Energieagentur RLP zieht Bilanz

Anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts 2014 der Landesenergieagentur stellte Wirtschafts- und Energieministerin Lemke fest, dass immer mehr Kommunen, Unternehmen und Bürger die Unterstützung der Energieagentur Rheinland-Pfalz anfragen und viele Projekte erfolgreich umgesetzt würden. „Die Energieagentur Rheinland-Pfalz zu gründen, war die richtige Entscheidung“, so Lemke. Seit 2012 hat die Energieagentur Rheinland-Pfalz intensive Aufbauarbeit geleistet: Sie wurde zum gefragten Gesprächs- und Kooperationspartner für Akteure in Rathäusern, Unternehmen und Verbänden. Die Ziele und die Struktur seien nun klar, stellte Energieagentur-Geschäftsführer Thomas Pensel fest. Somit ist die Aufbauphase abgeschlossen.

24.07.2015

Gemeinsam Wohnen

Über 110 Projekte gemeinschaftlicher Wohnformen gibt es in Rheinland-Pfalz. Ob Generationenhof oder Mietergemeinschaften, mit ihnen beschäftigte sich die Studie „Neue Formen des Zusammenwohnens in Rheinland-Pfalz“. Die Ergebnisse dieser Studie wurden vorgestellt. Dabei betonte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die Ergebnisse wolle man nutzen, um gemeinschaftliche Wohnformen noch besser zu unterstützen.

Die Studie und die Förderbroschüre finden Sie hier: [Link](#)

22.07.2015

Karriereportal des Landes

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Roger Lewentz stellten das neue landesweite Karriereportal des Landes vor. Das Portal bietet landesweit einen Überblick über alle Ausbildungsberufe, die freien Stellen, Ausbildungsstellen, Möglichkeiten für Praktika und Hospitationen. Rheinland-Pfalz präsentiert sich so als moderner Arbeitgeber. Zum Karriereportal: [Link](#)

22.07.2015

2. Bericht zum Landeskinderschutzgesetz

Kinder und Jugendliche vor einer Gefährdung ihres Wohls zu bewahren, ist eine der wesentlichen Aufgaben der Kinder-, Jugend- und Gesundheitshilfe. Deutlich wird dies auch im zweiten Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes, den der Ministerrat zur Kenntnis genommen hat. Der gemeinsam vom Familien- und vom Gesundheitsministerium erstellte Bericht informiert den Landtag über den Stand der Umsetzung, die Auswirkungen sowie den Weiterentwicklungsbedarf im rheinland-pfälzischen Kinderschutz.

21.07.2015

Beratung zur Berufs- und Studienorientierung

Die Landesregierung stellt ein neues, verbindliches Beratungskonzept für alle rund 400 weiterführenden Schulen des Landes vor. Das Konzept gilt gleichermaßen für Realschulen plus, Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen. Das Land verstärkt damit die Berufs- und Studienorientierung junger Menschen in den Schulen.

[Link](#)

17.07.2015

Flüchtlingskonferenz der Landesregierung

Der Einladung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und der Landesregierung zu einer Flüchtlingskonferenz folgten rund 450 Vertreterinnen und Vertreter von Land, Kommunen, Verbänden, Kirchen, ehrenamtlichen Initiativen und der Wirtschaft. Die Konferenz bot allen Teilnehmenden einen Rahmen für den engagierten Austausch in verschiedenen Foren zu den Themen Beratung, Ehrenamt, Gesundheit, Sprache, Arbeit und Unterbringung.

17.07.2015

Neues Wirtschaftsgebäude der JVA Wittlich

Justizminister Prof. Dr. Gerhard Robbers weihte das neue Wirtschaftsgebäude auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Wittlich ein. Es wurde ein Anlagenkonzept mit vorbildlicher energetischer Effizienz auf dem neusten Stand der Technik verwirklicht. Das schont die Umwelt und spart am Ende sogar Geld. Vereint unter einem Dach wurden nun drei zentrale Versorgungsbetriebe: Die Küche wurde für Verpflegung von täglich bis zu 1.500 Personen konzipiert. Die Bäckerei wurde darauf ausgerichtet, alle Justizvollzugseinrichtungen des Landes mit monatlich etwa 40 Tonnen Backwaren zu versorgen. Die Großwäscherei kann täglich bis zu 8,5 Tonnen Wäsche für die Anstalten in Wittlich, Rohrbach und Trier und für externe Auftraggeber in der Umgebung waschen und schrankfertig gebügelt ausliefern. Das Land Rheinland-Pfalz hat für diesen Neubau 23 Millionen Euro investiert. Informationen zur JVA Wittlich: [Link](#)

17.07.2015

Schnelles Internet

Rund 30,2 Millionen Euro wurden Rheinland-Pfalz aus den Einnahmen der Frequenzauktionen vom Bund zugesagt. Diese Mittel werden in Verbindung mit den Landesmitteln den Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz weiter voranbringen.

16.07.2015

Gewinner des Europapreises 2015

Das Thema des diesjährigen Wettbewerbs hieß „Europäisches Jahr der Entwicklung“. Aus 41 Einsendungen wählte die Jury vier Schulen aus Neuwied, Enkenbach-Alsenborn, Contwig und Bingen als Preisträger aus. Der Bildungsverein Ebasa e.V. aus Mainz erhielt einen Sonderpreis.

15.07.2015

Forschungsprojekt "Digitale Dörfer"

Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt das Forschungsprojekt „Digitale Dörfer“, Ministerpräsidentin Malu Dreyer übergab den entsprechenden Bescheid des Innenministeriums an Professor Dr. Liggemeyer, den Geschäftsführenden Institutsleiter des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering (IESE). Das Forschungsprojekt wird die Schwerpunkte Mobilität und Logistik sowie Infrastruktur und Gebäudemanagement haben. Ein weiterer Fokus wird auf neue Arbeitsmodelle für den ländlichen Raum gelegt. Das Land wird das Projekt, das bis Mitte 2018 laufen soll, mit bis zu 1,5 Millionen Euro fördern.

15.07.2015

25. Kommune führt Ehrenamtskarte ein

Ludwigshafen ist die 25. Rheinland-pfälzische Kommune, die die Ehrenamtskarte einführt. Das Land und die teilnehmenden Kommunen wollen mit der Ehrenamtskarte und den dadurch möglichen Vergünstigungen in der jeweiligen Kommune ihre Anerkennung aussprechen. In Ludwigshafen sind z.B. Ermäßigungen beim Eintritt ins Wilhelm-Hack-Museum und die städtischen Bäder möglich.

14.07.2015

Kommunen unterstützen

Der Ministerrat hat den Entwurf zum Landesgesetz zur Bildung eines Sondervermögens beschlossen. Mit dem Sondervermögen sollen finanzschwache Kommunen in ihrer Investitionstätigkeit unterstützt werden. Im Sondervermögen sind die Bundesmittel in Höhe von 253,2 Millionen Euro enthalten, diese sind durch Landesmittel um 31,7 Millionen Euro aufgestockt. Förderbereiche sind die Schwerpunkte Infrastruktur und Bildung.

13.07.2015

MP-Reise nach Oppeln

Ministerpräsidentin Malu Dreyer reiste in die rheinland-pfälzische Partnerregion Oppeln. Zum Abschluss ihrer Reise in die rheinland-pfälzische Partnerregion Oppeln betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Bedeutung der Partnerschaft, die Europa konkret erlebbar mache.

13.07.2015

Ausbau digitaler Infrastruktur

Nach einer entsprechenden Ausschreibung hat die Landesregierung den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie zum flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets mit Bandbreiten von 300 Mbit/s an den TÜV Rheinland vergeben. Die Ergebnisse der Studie werden Ende des Jahres erwartet.

11.07.2015

Ministerratsklausur zu Zukunftsthemen

Der rheinland-pfälzische Ministerrat befasste sich in seiner Klausur am 10. und 11. Juli 2015 in Ludwigshafen mit den relevanten Zukunftsthemen Innovations- und Technologiepolitik sowie Stärkung der ländlichen Räume, die für eine gute und nachhaltige Entwicklung des Landes höchste Priorität haben. Außerdem stieß der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn den Ministerrat aus erster Hand über den Stand der Verhandlungen zur Griechenlandkrise.

10.07.2015

Umsetzung des EU-Anbauverbots für Genpflanzen

Rheinland-Pfalz hat gemeinsam mit fünf weiteren Ländern einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der die neuen europäischen Verbotsmöglichkeiten des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) bundeseinheitlich regeln soll. Ziel ist, die bestehende gentechnikfreie Erzeugung in Deutschland zu erhalten. Ob Saatgut oder Honig, konventionelle oder ökologische Landwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt sollen vor gentechnischer Verunreinigung geschützt werden.

10.07.2015

Gut ausgebildete Polizei

Eine gut ausgebildete Polizei ist die Visitenkarte unseres Landes: Mehr als 460 Polizeikommissar-Anwärterinnen und -Anwärter wurden nach ihrem Studium in Landau vereidigt. Das Sicherheitspaket der Landesregierung sieht angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus vor, die Zahl der Einstellungen von ursprünglich 450 auf 475 in diesem und 500 im nächsten Jahr zu erhöhen. Mit positiven Auswirkungen auf die Nachwuchsausbildung: fast 1.500 junge Menschen werden in Zukunft an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz am Flughafen Hahn studieren.

09.07.2015

Neue Förder- und Beratungszentren

Ab kommendem Schuljahr unterstützen acht neue Förder- und Beratungszentren den Ausbau der schulischen Inklusion in Rheinland-Pfalz. Damit gibt es 12 solcher Zentren im Land. Der Ausbau wird schrittweise fortgesetzt.

08.07.2015

Bildungsangebot wird weiter ausgebaut

Auch im Schuljahr 2016/2017 wird das schulische Angebot in Rheinland-Pfalz zielgerichtet weiter ausgebaut. Die Optionen zur Errichtung fünf neuer Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen und für sieben neue, allgemeinbildende Ganztagschulen in Angebotsform für das übernächste Schuljahr wurden bekanntgegeben.

07.07.2015

Projektstart Gemeindegewester plus

Das Modellprojekt „Gemeindegewester plus“ wird konkret: Ministerpräsidentin Dreyer und Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler haben die ersten Urkunden zur Teilnahme am Projekt überreicht. In dem Modellprojekt können nun sechs Landkreise und drei kreisfreie Städte die Stellenausschreibungen für die jeweilige Gemeindegewester plus auf den Weg bringen.

Informationen zum Projekt „Gemeindegewester plus“: [Link](#)

07.07.2015

Weltweinkongress in Mainz

Zum Auftakt des 38. Weltkongresses für Rebe und Wein in Mainz zeigten sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Weinbauministerin Ulrike Höfken erfreut über die Gelegenheit, das Weinland Rheinland-Pfalz einem internationalen Fachpublikum zu präsentieren.

Bilder vom Weltweinkongress finden Sie [Link](#) .

03.07.2015

2. Kinder- und Jugendbericht

Der 2. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung zeigt auf, dass Angebote der Jugendarbeit junge Menschen an die Region binden und dass sie gleichzeitig ungünstige Lebensbedingungen von Jugendlichen ausgleichen kann. Die unabhängige Berichtskommission hatte 2.000 Jugendliche zu ihrer Lebenssituation und ihren Wünschen befragt. Das Jugendministerium fördert die verbandliche und kommunale Jugendarbeit mit rund 7,5 Millionen in diesem Jahr und hat die Mittel im Vergleich zum Vorjahr um 400.000 Euro aufgestockt. Durch diesen Bereich der Jugendarbeit werden rund 150.000 junge Menschen erreicht. Mit der Jugendstrategie ‚JES! – Jung. Eigenständig. Stark.‘ setzt die Landesregierung auf die Stärkung einer eigenständigen und ressortübergreifenden Jugendpolitik.

[Link](#)

02.07.2015

Transparenzgesetz im Landtag

Der rheinland-pfälzische Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Transparenzgesetz in erster Lesung beraten. Das Transparenzgesetz soll den Bürgerinnen und Bürgern des Landes einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu Daten und Informationen der Verwaltung und so mehr Teilhabe ermöglichen.

Weitere Informationen zum Bürgerbeteiligungsverfahren finden Sie [Link](#) .

02.07.2015

Landtag beschließt Besoldungsgesetz

Höhere Steuereinnahmen, nicht nur konjunkturell sondern auch strukturell, bieten der Landesregierung die Möglichkeit, die Bezüge der Beamten stärker anzuheben, als dies im Ersten Dienstrechtsänderungsgesetz von 2011 vorgesehen war. Der Landtag beschloss das entsprechende Besoldungsgesetz.

01.07.2015

Neues Landeswassergesetz - Schutz vor Fracking

Das neue Landeswassergesetz soll und wird den Wasser- und Gewässerschutz in Rheinland-Pfalz verbessern. Damit die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie erreicht werden, sind noch große Anstrengungen nötig. Über 70 Prozent unserer Flüsse und Bäche haben den geforderten guten ökologischen Zustand noch nicht erreicht. Eine wichtige Neuregelung betrifft den Schutz vor Fracking.

01.07.2015

Heike Raab neue Bevollmächtigte

Ministerpräsidentin Malu Dreyer ernannte Innenstaatssekretärin Heike Raab zur neuen Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales.

01.07.2015

Ingelheim eigenständige Erstaufnahmeeinrichtung

Die Aufnahmeeinrichtung Ingelheim ist 1. Juli 2015 eine eigenständige Erstaufnahmeeinrichtung. Mit dieser Umstrukturierung reagiert die Landesregierung auf die anhaltend hohen Asylbewerberzahlen und den damit deutlich gestiegenen Platzbedarf. Sie ist die erste von drei neuen Erstaufnahmeeinrichtungen, die in diesem Jahr die Arbeit aufnehmen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat hierfür eine Außenstelle in Bingen eröffnet.

01.07.2015

Novellierung SWR-Staatsvertrag

Am 30. Juni 2015 trat der novellierte SWR-Staatsvertrag nach dem Austausch der Urkunden zwischen den Staatsvertragsländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in Kraft. Die Novellierung war nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Zusammensetzung von Rundfunkgremien notwendig geworden. Den Änderungsstaatsvertrag finden Sie [Link](#) .

30.06.2015

Berufsbildende Schulen für Zukunft rüsten

Zurückgehende Schülerzahlen und steigender Fachkräftebedarf sind Rahmenbedingungen, die auch berufsbildende Schulen betreffen. Die Empfehlungen der Expertengruppe zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen wurden im Ministerrat ausführlich diskutiert. Diese Empfehlungen werden federführend vom Bildungsministerium umgesetzt.

30.06.2015

Änderung des Landesaufnahmegesetzes

Mit der Änderung des Landesaufnahmegesetzes legt das Land den monatlichen Betrag, den das Land den Kommunen für jeden aufgenommenen Asylsuchenden zahlt, auf mindestens 513 Euro fest. Diesen Satz erstattet das Land den Kommunen bereits seit Jahresbeginn für die Dauer des gesamten Asylverfahrens. Auch für Menschen mit einer Duldung erhalten die Kommunen bis zu drei Jahre lang diesen Betrag. In diesem Jahr hat das Land allein für die Erstattung an die Kommunen insgesamt 17,8 Mio. € veranschlagt.

29.06.2015

Rheinland-Pfalz-Tag

Der Rheinland-Pfalz-Tag 2015 fand in Ramstein-Miesenbach statt und war ein voller Erfolg! Mehr als 210.000 Besucherinnen und Besucher waren beim Landesfest, das sich über drei Tage erstreckte, dabei. Ministerpräsidentin Malu Dreyer dankte allen Beteiligten, den Verantwortlichen der Stadt sowie allen freiwilligen Helferinnen und Helfern, der Polizei und den Rettungskräften für ihren Einsatz und ihren Beitrag zu diesem unvergesslichen Rheinland-Pfalz-Tag.

Bilder vom Landesfest sehen Sie [Link](#) .

29.06.2015

Kommunalkongress – Neue Wege für Kommunen

Ministerpräsidentin Dreyer und Innenminister Lewentz begrüßten rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus rheinland-pfälzischen Kommunen beim Kommunalkongress in der ISB in Mainz. Der Kongress drehte sich um die vielfältigen Veränderungen, denen die Kommunen mit neuen Wegen, Kooperationen und Lösungsansätzen begegnen wollen. Ein Beispiel dafür ist die Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – starkes Land“.

25.06.2015

Kampf gegen Terrorismus und Antisemitismus

Der IMK-Vorsitzende Roger Lewentz, Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier und NRW-Innenminister, Ralf Jäger fassen die Ergebnisse der Innenministerkonferenz in Mainz zusammen: Der Kampf gegen Terrorismus und die Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen bleiben weiterhin die wichtigsten Aufgaben für die kommende Zeit. Weitere Informationen finden Sie [Link](#) .

25.06.2015

Fachtagung Bürgerbeteiligung

In Kooperation mit dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau veranstaltete die Staatskanzlei die Tagung „Politik mit Bürgern – Politik für Bürger, Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur“. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter aus der Landes- und der Kommunalpolitik, aus Wissenschaft und Forschung und den zivilgesellschaftlichen Netzwerken waren der Einladung gefolgt.

25.06.2015

Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Die Integration von Flüchtlingen war ein zentrales Thema bei Treffen des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung. Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonte, dass die Teilnehmer des Ovalen Tisches wichtige Partner seien bei der Integration der Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz. Der Ovale Tisch zog ebenfalls eine erste Zwischenbilanz der Welcome Center.

24.06.2015

Ehrenamts-Initiative "Ich bin dabei!"

Das zweite Landestreffen der Ehrenamts-Initiative „Ich bin dabei!“ fand in Mainz statt. Die zweite Staffel der Initiative läuft und erfolgreich mit knapp 600 engagierten Menschen in insgesamt 59 Projekten in fünf Kommunen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatte diese Initiative in Gang gesetzt und zeigte sich beim zweiten Landestreffen sehr erfreut über den Erfolg.

[Link](#)

[Link](#)

19.06.2015

Land fördert Schulbau

110 Bauprojekte von kommunalen und privaten Trägern nimmt das Land in diesem Jahr mit dem Landesschulbauprogramm neu in die Förderung für Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen an Schulen auf.

19.06.2015

Kompromiss zum Rundfunkbeitrag

Die Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, stellte nach der Sitzung der Kommission den gefundenen Kompromiss zur Änderung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vor. Die Länder werden auf dieser Grundlage einen Staatsvertragsentwurf erarbeiten.

18.06.2015

ZDF-Staatsvertrag geändert

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz unterzeichneten die Regierungschefinnen und Regierungschefs den 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Damit wird der ZDF-Staatsvertrag novelliert. Diese Änderung war durch Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts notwendig geworden und sieht die Verkleinerung der Gremien vor.

18.06.2015

Duale Ausbildung für Flüchtlinge

Das Programm „Coach für Ausbildung“ wird getragen von drei Partnern: den Handwerkskammern, der Bundesagentur für Arbeit und dem rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium. Sie erweitern dieses Programm um ein Angebot für Flüchtlinge und Asylbegehrende. Ab August 2015 werden vier Mitarbeiter der Handwerkskammern als Flüchtlings-Coach aktiv werden und Flüchtlinge unterstützen, die sich für eine Ausbildung interessieren.

16.06.2015

Runde Tische landesweit

Bei mehr als 70 Runden Tischen in ganz Rheinland-Pfalz kümmern sich Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haupt- und ehrenamtlich um die Unterstützung von Flüchtlingen in der jeweiligen Kommune. Zusätzlich sind noch 31 Runde Tische in der Sprachförderung an Schulen aktiv.

12.06.2015

Begabtenförderung in Rheinland-Pfalz

Die Kultusministerkonferenz hat eine gemeinsame Strategie zur Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler beschlossen. Rheinland-Pfalz ist mit seinen Maßnahmen zur Förderung begabter junger Menschen sehr gut aufgestellt.

11.06.2015

Heimat-Fest in Berlin

Die Landesregierung lädt alle zwei Jahre in die Landesvertretung in Berlin zum Heimat-Fest. In diesem Jahr folgten rund 3.000 Gäste der Einladung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Bilder des Festes finden Sie [Link](#) .

11.06.2015

Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare

Die rheinland-pfälzische Landesregierung bringt gemeinsam mit den Ländern Baden-Württemberg, Thüringen und Schleswig-Holstein einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare in den Bundesrat ein. Initiiert wurde der Gesetzentwurf von Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz hatte bereits vor zwei Jahren einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare initiiert, der im Bundesrat mehrheitlich beschlossen wurde. Diese Initiative fiel Monate später durch die Bundestagswahl der sogenannten Diskontinuität anheim, da der Bundestag sich vor der Wahl nicht mit dem Gesetzentwurf befasst hatte.

10.06.2015

Hochwasserschutz bleibt zentrale Aufgabe

Der Ministerrat hat das Hochwasserschutzprogramm für Rheinland-Pfalz bis 2021 verabschiedet. Das Programm umfasst vier Pläne mit insgesamt fast 600 Maßnahmen zum Hochwasserrisikomanagement für die Bereiche Oberrhein, Mosel-Saar, Mittelrhein und Niederrhein (Sieg). Hochwasserschutz bleibt eine zentrale Aufgabe der Landesregierung.

10.06.2015

Darlehen für kommunalen Wohnraum für Flüchtlinge

Das Darlehensprogramm der Landesregierung für Investitionen zur Instandsetzung, Modernisierung und Errichtung von kommunalem Wohnraum für Flüchtlinge ist in den ersten fünf Monaten gut angenommen worden. Rund zwölf Millionen des 40 Millionen Euro umfassenden Programms wurden bereits bewilligt. Weitere Anträge mit einem Volumen von rd. 15 Mio. EUR sind in Bearbeitung. Das Darlehensprogramm wird von der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) abgewickelt und bietet Kommunen zweckgebundene Kredite an.

09.06.2015

Sprachförderung für Flüchtlinge ausgebaut

Die Anfang des Jahres mit einem 10-Punkte-Plan angestoßene Intensivierung und Neustrukturierung der Sprachförderung in Schulen für Neuankömmlinge mit unzureichenden Deutschkenntnissen – insbesondere für Flüchtlingskinder – zeigt Wirkung.

09.06.2015

Projekt Kinderklimaschutzkonferenzen

Das Projekt Kinderklimaschutzkonferenzen an Grundschulen ist gestartet! Ministerin Eveline Lemke unterstützt damit Kinderklimaschutzkonferenzen mit Kindern der vierten Klassen in Grundschulen des Landes. Geplant ist, in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt jeweils drei Veranstaltungen durchzuführen. Kinder begreifen dabei Möglichkeiten zum Schutz des Klimas. Sie lernen die klimaschädlichen CO₂-Emissionen zu reduzieren und wie man dabei Geld sparen kann. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) durchgeführt. Weitere Informationen gibt es unter [Link](#).

08.06.2015

So will RLP leben!

In sieben Regionalforen und 18 kommunalen Workshops hat das Demografieministerium mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung daran gearbeitet heraus zu finden, wie die Menschen in Rheinland-Pfalz leben wollen. Mit mehr als 1.400 Menschen wurden Wünsche erforscht und Lösungsansätze gesucht. Gesund leben, Mobilität, soziale Sicherheit, ein Miteinander waren Themen über die debattiert wurde. Das Ministerium stellte die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses „Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“ vor. Den Abschlussbericht finden Sie unter: [Link](#)

08.06.2015

Bodycam schützt Polizisten

„Aufnahme läuft.“ In einem Pilotprojekt testet das Land den Einsatz von Körperkameras bei Polizisten. Nach Hessen kommen in Rheinland-Pfalz zunächst 15 Bodycams in den Polizeipräsidien Mainz und Koblenz zum Einsatz. Ziel der Kamera ist es, eine deeskalierende Wirkung zu erzeugen und damit die Eigensicherung der Polizisten zu verbessern.

Weiterführende Informationen finden Sie im [Link](#) .

05.06.2015

Landesförderung für Interventionsprojekt RIGG

Das Frauenministerium fördert im Rahmen des rheinland-pfälzischen Interventionsprojekts gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) landesweit 17 Frauenhäuser, zwölf Frauennotrufe, 16 Interventionsstellen und zwei proaktive Erstberatungsstellen in diesem Jahr mit insgesamt 2.657.700 Euro. Bei RIGG arbeiten Fachleute staatlicher und nicht staatlicher Einrichtungen eng vernetzt an neuen Hilfe- und Schutzkonzepten, um von Partnergewalt betroffene Frauen und ihre Kinder optimal zu unterstützen.

05.06.2015

Gut ausgebildete Flüchtlinge

Ab dem 15. Uni 2015 werden in der Erstaufnahmeeinrichtung Trier die Qualifikationen der Flüchtlinge auf freiwilliger Basis erfasst. Arbeitsministerium, Integrationsministerium und die Bundesagentur für Arbeit haben dieses Projekt gestartet, damit vorhandenes Potential an Bildung genutzt werden kann. Davon profitieren die Flüchtlinge, sobald sie arbeiten dürfen und die Unternehmen denen Fachpersonal fehlt. Das Projekt soll auf die anderen Erstaufnahmeeinrichtungen erweitert werden.

02.06.2015

Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit

Integrationsministerin Irene Alt hat das Pfarramt für Ausländerarbeit in Bad Kreuznach mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle „Ehrenamtliche Aktivitäten in Rheinland-Pfalz im Flüchtlingsbereich“ beauftragt. Mit der Stelle soll das freiwillige Engagement der zahlreichen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer für Flüchtlinge noch besser unterstützt werden. Finanziert wird die Koordinierungsstelle aus den 200.000 Euro, die die Landesregierung in diesem Jahr zusätzlich zur Stärkung des Ehrenamts in der Flüchtlingsarbeit bereitstellt.

28.05.2015

Modellprojekt neues Wohnen

Aufbau und Evaluationen neuer Wohnformen ist die Zielsetzung eines Programmes des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherungen mit einem Volumen von 10 Mio. €. Sieben Projekte aus Rheinland-Pfalz, unter anderem auch ein Projekt aus dem Landesprogramm WohnPunkt RLP nehmen am Programm teil. Darunter befinden sich eine Seniorenwohngemeinschaft und eine sorgende Dorfgemeinschaft.

27.05.2015

Netzwerk für Demokratie und Courage

Das Jugendministerium fördert auch in diesem Jahr wieder das „Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)“ mit rund 51.200 €. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind eine ernstzunehmende Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaftsordnung. Vorurteile und Intoleranz gegenüber Unbekanntem und Fremdem gefährden das Gemeinwesen. Rechtsextremismus Prävention ist daher aus Sicht der Landesregierung eine zentrale gesellschafts- und bildungspolitische Aufgabe.

[Link](#)

23.05.2015

Eröffnung des Nationalparks

Der erste länderübergreifende Nationalpark Hunsrück-Hochwald ist eröffnet. An dem Festakt nahmen über 1.000 Gäste teil. Die Region feierte den neuen Nationalpark Hunsrück-Hochwald über drei Tage. Auf fünf Großveranstaltungen in der Region am Pfingstsonntag zählten die Veranstalter mehr als zwanzigtausend Besucher. Hunderte nutzten die ersten zehn Touren der Ranger und Nationalparkführer. Der Ansturm übertraf alle Erwartungen. Bilder von der Eröffnungsfeier finden Sie [Link](#).

Alles zum Nationalpark: [Link](#)

21.05.2015

Pakt für Rheinland-Pfalz

Es trafen sich die Mitglieder des ‚Pakts für Rheinland-Pfalz‘ wie in der Sitzung am 24. Februar vereinbart zu einem weiteren Arbeitstreffen. Themen waren unter anderem die Gespräche mit der Bundesregierung zur Verbesserung der Situation der Flüchtlingsaufnahme, der Stand der Umsetzung des Maßnahmenplans der Landesregierung sowie die Landeskonzferenz Flüchtlinge, die am 17. Juli 2015 stattfinden soll.

20.05.2015

Studie: Breite Zustimmung zur Energie- und Klimaschutzpolitik

Am Mittwoch, 20. Mai 2015 hat Wirtschaftsministerin Eveline Lemke die Studie zur Energie- und Klimapolitik in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Die Ergebnisse bestätigen die Arbeit der Landesregierung. Die Zustimmung zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz liegt bei 95 Prozent. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer lehnen Atomkraft genauso ab (85 Prozent) wie die Energieerzeugung durch Kohlekraftwerke (78 Prozent). Sie unterstützen den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg zu mehr Klimaschutz und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien (88 Prozent).

[Link](#)

20.05.2015

Telemedizin in Rheinland-Pfalz

Mit der Förderung des Projektes *Ė.He.R.* versorgt durch das Land und die Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für chronisch Kranke, dem Westpfalz-Klinikum, dem Fraunhofer IESE in Kaiserslautern und der Firma Vitaphone wird eine wichtige Basis für die flächendeckende und wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung der Zukunft geschaffen und Infrastrukturen in der Fläche werden aufgebaut.

Das Projekt *Ė.He.R.* versorgt baut auf dem Pilotprojekt *Ė.He.R.* – Etablierung eines Versorgungskonzeptes für Patienten mit Herzinsuffizienz und Herzrhythmusstörungen in Rheinland-Pfalz auf. Die Projektpartner erproben und evaluieren flächendeckende Telematik-Anwendungen für Rheinland-Pfalz.

19.05.2015

Programm zur Medienkompetenz ausgebaut

Das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ wird weiter ausgebaut. 47 Projektschulen wurden neu in das Landesprogramm aufgenommen.

Weitere Informationen zum Landesprogramm finden Sie [Link](#) .

12.05.2015

Startschuss für Netzwerk Ecoliance RLP

Am Dienstag, 13. Mai 2015 gab Wirtschaftsministerin Eveline Lemke den Startschuss für Ecoliance Rheinland-Pfalz. Ecoliance ist ein Netzwerk von über 55 Umwelttechnik-Unternehmen, Ingenieurbüros und Forschungseinrichtungen aus dem ganzen Land.

Es geht um die Bündelung und Entwicklung von Komplettlösungen in Themenfeldern Wasser, Kreislaufwirtschaft, Gebäudeenergieeffizienz und dezentrale Energiesysteme.

Im Verbund will die Branche gemeinsam an große Aufträge gelangen und sich zukunftssicher aufstellen. Wer in der Umwelttechnik innovativ und vernetzt produziert, hat enorme wirtschaftliche Möglichkeiten, so die Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Weiterführende [Link](#)

12.05.2015

IT-Planungsrat tagte in Mainz

Rheinland-Pfalz richtete in diesem Jahr die Tagung des IT-Planungsrates aus. Der IT-Planungsrat steuert die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Informationstechnik und im E-Government. Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonte in ihrer Eröffnungsansprache die Bedeutung des Themas Digitalisierung auch in der öffentlichen Verwaltung. Sie hob hervor, dass Rheinland-Pfalz die Chancen der Digitalisierung für die Herausforderungen des demografischen Wandels nutzen wolle. Weitere Informationen zum [Link](#) .

12.05.2015

EU-Projekttag an Schulen

Im Rahmen der Europawoche findet der „EU-Projekttag an Schulen“ statt. Dabei gehen zahlreiche Mitglieder der Landesregierung in die Schulen und diskutieren mit Kindern und Jugendlichen über Europa.

11.05.2015

Beteiligung bereichert das Gesetz

Das Beteiligungsverfahren zum Transparenzgesetz ging mit einer Abschlussveranstaltung zu Ende und Ministerpräsidentin Malu Dreyer zog eine positive Bilanz. Insgesamt sechs Veranstaltungen richteten sich an unterschiedliche Adressaten, unter anderem eine Bürgerwerkstatt, ein Kommunal- und ein Verwaltungsworkshop. Auch auf der Online-Plattform wurden viele Empfehlungen zu verschiedenen Aspekten des Transparenzgesetzes abgegeben. Hier geht's zur [Link](#) .

08.05.2015

Ausbildungsangebote für Feuerwehren erweitert

Feuerwehrleute können auf ein erweitertes Ausbildungsangebot an der Landesfeuerweherschule zurückgreifen. Auf Initiative von Innenminister Roger Lewentz und in enger Kooperation mit dem Feuerwehrverband stehen für die wichtigen Gruppenführerlehrgänge nun knapp 300 Plätze mehr zur Verfügung als 2014. Dank der Zusammenarbeit können im zweiten Halbjahr 2015 überplanmäßig mehr als 600 Feuerwehrleute in verschiedenen Disziplinen ausgebildet werden. In den Sommerferien werden ebenfalls mehr Kurse angeboten.

05.05.2015

Erste 18 „Europaschulen“ ernannt

Zum ersten Mal werden Schulen in Rheinland-Pfalz zur „Europaschule“ ernannt. Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, Jacqueline Kraege, und Bildungsstaatssekretäre Hans Beckmann überreichten den ersten 18 Schulen das Zertifikat.

04.05.2015

Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen

Eine Expertengruppe hatte vor gut einem Jahr zwölf Empfehlungen zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen (BBS) in den kommenden zehn Jahren vorgelegt. Bei einem Treffen der Expertengruppe aus Vertreterinnen und Vertretern, von Lehrerverbänden und -gewerkschaften, der Schulleitungen von berufsbildenden Schulen und des Landeselternbeirates wurde eine Zwischenbilanz gezogen.

03.05.2015

Letzte Lücke im Kyll-Radweg geschlossen

Nun ist auch die letzte Lücke im Kyll-Radweg geschlossen. Staatssekretärin Heike Raab hat gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Verkehrsminister Michael Groschek die fertiggestellten 19 Kilometer des grenzüberschreitenden Kyll-Radwegs eingeweiht. Damit steht Radfahrern in der Eifel und den unmittelbar angrenzenden Nachbarregionen ein einzigartig dichtes Radwegenetz zur Verfügung.

30.04.2015

24 Mio. Euro für kommunale Investitionen

Der Investitionsstock ist ein wichtiger Motor der Wirtschaft: Innenminister Lewentz hat 24 Mio. Euro aus dem Investitionsstocks des Landes bewilligt. Damit fördert Rheinland-Pfalz 221 Projekte und sichert Investitionsfähigkeit und Arbeitsplätze. Eine effektive Förderung - übersteigt doch das gesamte Investitionsvolumen der Projekte das Fördervolumen regelmäßig um das Achtfache.

[Link](#)

29.04.2015

Europawoche in Rheinland-Pfalz

Die Europawoche in Rheinland-Pfalz stellt europäische Begegnungen, Diskussionen und Reflexionen in den Vordergrund. In diesem Jahr, dem Europäische Jahr für Entwicklung, steht die Europawoche unter dem Motto: „Rheinland-Pfalz und europäische Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik. Engagement für ein menschenwürdiges Leben weltweit“. Das Programm der Europawoche finden Sie [Link](#).

28.04.2015

Forschung zu Israel gefördert

Zum 50-jährigen Jubiläum der deutsch-israelischen Beziehungen ist der Landesregierung eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Israel und Naher Osten wichtig. Deshalb wird der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eine auf Dauer finanzierte W-2-Professur ‚Israel / Nahost‘ zur Verfügung gestellt.

27.04.2015

Bundeskonzferenz der Integrationsbeauftragten

Anlässlich der Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen in Mainz unterstrich Ministerpräsidentin Dreyer, dass Rheinland-Pfalz seit Jahren eine aktive Willkommenskultur lebe. Der Landesregierung ist daran gelegen, dass sich die Menschen, die zu uns kommen, hier zuhause fühlen. Das gilt vor allem auch für die vielen Flüchtlinge, die derzeit bei uns Schutz suchen.

27.04.2015

IKER: Spezialisten gegen Lebensmittelkrisen

Die Interdisziplinäre Kontrolleinheit Rheinland-Pfalz (IKER) hat ihre Arbeit aufgenommen und 1. Ergebnisse vorgestellt. IKER, eine Stabsstelle beim Landesuntersuchungsamt, bündelt die Kenntnisse aus den Bereichen Lebensmittelkontrolle, Lebensmitteluntersuchung und Lebensmitteltechnologie. In lebensmittelbedingten Krisensituationen soll die landesweite „Task Force“ zur schnellen Untersuchung und Rückverfolgung verdächtiger Waren beitragen. Außerhalb von Krisenzeiten trägt die Kontrolleinheit durch präventive Untersuchungen dazu bei, dass es gar nicht erst zu Krisen kommt.

[Link](#)

27.04.2015

Koordinierungsstellen helfen kleinen Firmen

Landesweit vier Koordinierungsstellen zur Förderung einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Anfang April ihre Arbeit aufgenommen haben, haben ihr erstes Vernetzungstreffen, das künftig zweimal im Jahr stattfinden soll. Die Koordinierungsstellen geben mittelständischen und kleinen Unternehmen Hinweise, wie sie die Kinderbetreuung organisieren und anbieten können, wie diese im Notfall oder in den Ferien zu stemmen ist, wie der Arbeitsplatz und die Arbeitszeit familienfreundlich gestaltet werden können. Ferner sollen die Koordinierungsstellen die für die Vereinbarkeit relevanten Akteure, wie Kommunen, Unternehmen, familienergänzende und –unterstützende Dienstleistende, Beratungsdienste und Familieninstitutionen, vernetzen.

23.04.2015

Zentrale Ermittlungsgruppen der Polizei

Im Kampf gegen Wohnungseinbrüche wird die rheinland-pfälzische Polizei ihre Strategie weiter optimieren und setzt nun nach dem Beispiel des Polizeipräsidiums Trier zentrale Ermittlungsgruppen flächendeckend ein. Ein solches Organisationsmodell ermöglicht es, Muster von Wohnungseinbrüchen schneller zu erkennen und sie gegebenenfalls einer Serie zuzuordnen zu können. Besonders international agierende Banden könnten so schneller ermittelt werden. [Link](#)

21.04.2015

Neuer verbraucherpolitischer Beirat

Verbraucherschutzminister Prof. Dr. Gerhard Robbers hat den neu eingerichteten Verbraucherpolitischen Beirat zu seiner ersten konstituierenden Sitzung begrüßt. Ein neunköpfiges Expertengremium aus Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis hat die Aufgabe, verbraucherpolitisch entscheidende Entwicklungen aufzeigen und Vorschläge für Ziele und Grundsätze der Verbraucherpolitik zu erarbeiten. Er soll neue Themen anregen, Vorschläge zur Verbraucheraufklärung durch Verbraucherbildung, Verbraucherinformation und Verbraucherberatung unterbreiten sowie auf Fehlentwicklungen korrigierend einwirken.

[Link](#)

20.04.2015

Ministerrat beschließt Einführung der E-Akte

Der Ministerrat hat beschlossen, in den Behörden und Ämtern des Landes die elektronische Akte (E-Akte) einzuführen. Die zuständigen Ministerien wurden zudem beauftragt, ein Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung zu erarbeiten. Mit der E-Akte soll der Grundstein für eine umfassende Modernisierung der öffentlichen Verwaltung gelegt werden. Auch die Umsetzung des Transparenzgesetzes soll durch die elektronische Akte erleichtert werden. Rund acht Millionen Euro wird die Landesregierung für die Einführung investieren. [Link](#) .

18.04.2015

Landesgartenschau in Landau eröffnet

Mit einem Festakt wurde die vierte rheinland-pfälzische Landesgartenschau in Landau eröffnet. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Umweltministerin Ulrike Höfken waren dabei. Bis zum 18. Oktober soll das 27 Hektar große Gartenschau-Gelände zum Schaufenster für die Region und ganz Rheinland-Pfalz werden. Nicht nur Touristen, sondern auch die Bewohner Landaus profitieren. Auf dem ehemaligen Kasernengelände ist ein neues Stadtquartier entstanden mit 900 Wohnungen, 300 Arbeitsplätzen, Sportanlagen und Spielplätzen. Die Landesregierung hat das Projekt mit insgesamt 27 Millionen Euro unterstützt. Mehr zur Landesgartenschau: [Link](#)

16.04.2015

30. Mittelstandstag

Der 30. Mittelstandstag in Rheinland-Pfalz stieß auf großes Interesse: über 700 Unternehmen nahmen an dem Informationsforum für die Mittelständler teil. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Wirtschaftsministerin Eveline Lemke eröffneten den Mittelstandstag gemeinsam. In diesem Jahr standen die Themen Außenwirtschaft, IT-Sicherheit sowie Fachkräftegewinnung und –sicherung im Mittelpunkt.

16.04.2015

Weitere Schritte zur KVR

Nun ist das weitere Vorgehen zur zweiten Stufe der KVR (Kommunal- und Verwaltungsreform) beschlossene Sache: die Landesregierung, vertreten durch die Ministerpräsidentin und den Innenminister, und die drei im Landtag vertretenen Fraktionen einigten sich in einem Konsenspapier einigten sich darauf, ein Gutachten zur Fortführung der KVR in Auftrag zu geben.

16.04.2015

Strategie Vielfalt beschlossen

Der Ministerrat hat die Strategie Vielfalt beschlossen, die für alle Ressorts verbindliche Kernelemente einer gemeinsamen Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik in Rheinland-Pfalz enthält. Die Landesregierung verpflichtet sich mit der Strategie Vielfalt, künftig bei allen Maßnahmen noch stärker als bisher die Belange ihrer Zielgruppen zu beachten, ebenso als Arbeitgeber im Rahmen der Personalentwicklung. Dabei setzt jedes Ressort seine eigenen Schwerpunkte und bringt seine besonderen Kompetenzen ein.

Zur Strategie Vielfalt der Landesregierung Rheinland-Pfalz: [Link](#)

14.04.2015

Wirtschaft braucht Zuwanderung

Der Fachkräftebedarf stellt auch bei rheinland-pfälzischen Unternehmen eine Herausforderung dar. Die ZIRP (Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz e.V.) hatte daher im Sommer 2014 das Projekt „Willkommen in Rheinland-Pfalz“ gestartet. Die interessanten Ergebnisse dieses Projekts wurden heute vorgestellt. Weitere Informationen zur ZIRP und zum Download der Publikation „Willkommen in Rheinland-Pfalz“: [Link](#)

14.04.2015

Gesetz zur Lehrkräftebildung für Inklusion

Der Ministerrat hat dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften zugestimmt. Die Qualifizierung für den inklusiven Unterricht für alle angehenden und für die bereits ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer im Land wird künftig per Gesetz festgelegt. Rheinland-Pfalz gehört damit zu den wenigen Bundesländern, die in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern die Qualifizierung für inklusiven Unterricht mit Pflichtveranstaltungen festlegen.

13.04.2015

Kommunen unterstützen

Noch vor Inkrafttreten eines Gesetzes auf Bundesebene und vor einer Beschlussfassung im Bundesrat hat sich die Landesregierung, vertreten durch Ministerpräsidentin Dreyer, Ministerin Ahnen und Staatssekretär Kern mit den kommunalen Spitzenverbänden zu einer ersten Beratung über die Umsetzung des Bundesprogrammes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in Rheinland-Pfalz getroffen. In dem Gespräch ging es auch darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mit dem Inkrafttreten des Gesetzes auf Bundesebene die Umsetzung in Rheinland-Pfalz sofort starten kann.

08.04.2015

Online-Migrationsmuseum „Lebenswege“

Die Geschichte von deutschen Aussiedlern aus Russland hat unter dem Titel „Das Russlands-Deutsche-Haus“ jetzt einen festen Platz im rheinland-pfälzischen Online-Migrationsmuseum „Lebenswege“. Durch Fotos, Videos und Hintergrundinformationen bewahrt „Lebenswege“ die zu Ende gegangene Wanderausstellung“ nun in der virtuellen Welt. Möglich wurde die multimediale Aufbereitung der Wanderausstellung durch die finanzielle Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

[Link](#)

26.03.2015

Die Demokratie stärken

Rheinland-Pfalz bringt als erstes Flächenland ein Transparenzgesetz auf den Weg! Mit dem Gesetz verpflichtet sich die Verwaltung, aktiv Informationen auf einer Transparenz-Plattform zu veröffentlichen. Bisher mussten interessierte Bürgerinnen und Bürger den Zugang zu solchen Informationen beantragen.

24.03.2015

Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“

Das Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“ geht in die sechste Runde: Sein Ziel ist es, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung zu erhöhen. Eine vom Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung an der Universität Mainz kürzlich durchgeführte Online-Befragung der bisherigen Teilnehmerinnen kommt zu dem Ergebnis, dass der überwiegende Teil das Mentoring-Programm als gute Unterstützung für die eigene Karriereplanung und für die berufliche Vernetzung betrachtet.

[Link](#)

20.03.2015

Gemeindeschwester/ plus

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler stellten die Gemeindeschwester/plus vor. Die Gemeindeschwestern/plus sollen die Menschen in ihrem häuslichen Umfeld besuchen und beraten, die bereits älter, aber nicht pflegebedürftig sind. Nachbarschaften fördern, mit den Fachkräften im Pflegestützpunkt zusammenarbeiten, lokale Akteure der Gemeinden oder anderer Organisationen kennen und ansprechen, dies alles soll Aufgabe der Kümmerer sein, die zunächst in den Pflegestützpunkten von fünf Kommunen getestet werden sollen. Das Land übernimmt hierbei die gesamten Personal- und Sachkosten.

19.03.2015

Den Wandel gestalten

Gemeinsam mit vielen engagierten Partnerinnen und Partnern stellt sich Rheinland-Pfalz den Herausforderungen des demografischen Wandels. Mehr als 60 Organisationen und Institutionen haben daher die Gemeinsame Erklärung „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ unterzeichnet. Sie erklären mit ihren Beiträgen, dass und wie sie sich den Folgen des demografischen Wandels stellen wollen.

Mitmachen und informieren: [Link](#)

19.03.2015

Verbesserungen in der Rechtspflege

Justizminister Robbers sichert eine bürgernahe und leistungsfähige Justiz durch zusätzliche Einstellung von 20 Rechtspflegeranwärterinnen bzw. -anwärtern in Rheinland-Pfalz. Weitere Entlastung und Planungssicherheit wird dadurch geschaffen, dass alle für die rheinland-pfälzische Justiz in Ausbildung befindlichen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, die 2015 ihre Diplom-Prüfung ablegen, bei entsprechender Eignung übernommen werden können.

17.03.2015

Plus an Kitaqualität - neue Internetplattform

Kinder- und Jugendministerin Irene Alt hat die neue Internetplattform Biete & Finde vorgestellt, die im Rahmen von Kita!Plus entwickelt wurde. Dieses Internet-Tool bietet Kitas und Projektträgern die Möglichkeit, auf unkomplizierte Weise zu Kooperationspartnern zu werden. Das Programm Kita!Plus ging im Frühjahr 2012 an den Start mit dem Ziel, die Kindertagesstätten im Land sinnvoll weiterzuentwickeln und dabei besonderes Augenmerk auf die Familienorientierung und die Zusammenarbeit mit den Eltern zu legen sowie auf Kitas in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das Land stellt in diesem Jahr rund 3,8 Mio. € für Kita!Plus zur Verfügung.

[Link](#)

17.03.2015

Nationalparkamt eröffnet

Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken und ihr saarländischer Amtskollege Reinhold Jost haben das Nationalparkamt Hunsrück-Hochwald in Birkenfeld eröffnet. Das Nationalparkamt ist für die Verwaltung des Nationalparks zuständig, ist gleichzeitig Forst- und Jagdbehörde und unmittelbar der obersten Naturschutzbehörde, dem Ministerium, unterstellt.

17.03.2015

Schulsozialarbeit gestärkt

Das Kinder- und Jugendministerium will auch in diesem Jahr alle bisher geförderten Schulsozialarbeitsstellen an insgesamt 226 Schulen unterstützen. Zunächst bewilligt es 4.475.250 Euro für die Förderung von 146,25 Schulsozialarbeiterstellen an insgesamt 198 Schulen. Die Anträge von weiteren Jugendämtern sind eingereicht und werden derzeit geprüft. Das Land hat in diesem Jahr rund 5,1 Mio. € für die Förderung der Schulsozialarbeit in den Haushalt eingestellt.

13.03.2015

Deutscher Pflegepreis für Malu Dreyer

Ministerpräsidentin Malu Dreyer wurde für ihre langjährigen Verdienste um die Pflege mit dem Deutschen Pflegepreis 2015 ausgezeichnet. Sie habe sich in vielfacher Weise für die Pflege und die Berufsangehörigen der Pflege eingesetzt, hieß es in der [Link](#) . So hat Rheinland-Pfalz beispielsweise als erstes Bundesland zum 1. Januar 2015 eine Pflegekammer errichtet und damit der Pflege eine starke und unüberhörbare Stimme verliehen. Mehr zur Pflegekammer: [Link](#)

13.03.2015

Online zum Polizeiberuf

Die Polizei geht auch im Auswahlverfahren von Nachwuchskräften mit der Zeit. Innenminister Lewentz stellte das neue Online-Bewerbungsverfahren für die Polizeiausbildung vor. Die neue Online-Plattform ermöglicht eine unkomplizierte Bewerbung und stellt sowohl Anzahl als auch Qualität der eingehenden Bewerbungen sicher.

Infos zur Online-Bewerbung: [Link](#)

12.03.2015

Jedem Kind seine Kunst

Die fünfte Runde des rheinland-pfälzischen Landesprogramms „Jedem Kind seine Kunst“ hat begonnen.

Weitere Infos zum Programm:

[Link](#)

10.03.2015

Stiftung "Grüner Wall im Westen"

Die Stiftung „Grüner Wall im Westen – Mahnmal ehemaliger Westwall“ hat die Arbeit aufgenommen. Der Erhalt der Westwall-Ruinen ist als Mahnmal und gleichzeitig als ein geschützter Raum für die Natur ein Anliegen der Landesregierung. Seitens der Stiftung sind Maßnahmen des Natur- und Denkmalschutzes sowie der politischen Bildung geplant. Das Parlament hatte fraktionsübergreifend zugestimmt. Ministerin Höfken wurde zur Vorsitzenden dieser Stiftung gewählt.

10.03.2015

Welcome Center eröffnet

Vier Welcome Center werden künftig in Rheinland-Pfalz als erste Anlaufstellen für internationale Fachkräfte dienen. Die Beratungsstellen an den IHK-Standorten in Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier sollen sowohl ausländische Fachkräfte beraten, die in Rheinland-Pfalz arbeiten und leben möchten, als auch Unternehmen, die nach internationalen Fachkräften suchen. Die Welcome Center sind das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative der Industrie- und Handelskammern und der Landesregierung und Teil der Landesstrategie zur Fachkräftesicherung. Weitere Informationen gibt es unter [Link](#) Mehr über die Landesstrategie zur Fachkräftesicherung erfahren Sie [Link](#).

06.03.2015

Antrag für modernes Einwanderungsgesetz

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat einen Entschließungsantrag für ein modernes, einfaches und transparentes Einwanderungsgesetz in den Bundesrat eingebracht. Ministerpräsidentin Malu Dreyer stellte den Antrag mit zwölf Einzelpunkten in der Sitzung des Bundesrates am 6. März 2015 vor. Das Gesetz soll klare Perspektiven für Einwanderer schaffen und die Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte aus dem Ausland erhöhen. Den Entschließungsantrag als PDF finden Sie [Link](#). Die Rede von Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Bundesrat können Sie sich [Link](#) anschauen.

05.03.2015

75 Millionen für den Städtebau

Städte in Rheinland-Pfalz dürfen sich 2015 auf rund 75 Millionen Euro Finanzmittel zur Städtebauförderung freuen. Innenminister Lewentz hat die entsprechende Vereinbarung aus Bundes- und Landesmitteln unterschrieben. Von den acht Teilprogrammen der Städtebaumaßnahmen profitiert auch die Wirtschaft.

02.03.2015

Nationalparkgesetz tritt in Kraft

Es ist soweit: Das Gesetz zum Nationalpark Hunsrück-Hochwald ist zum 1.3.2015 in Kraft getreten. Der Nationalpark wird an Pfingsten 2015 mit einem dreitägigen Fest eröffnet werden. [Link](#) finden Sie das Gesetz.

27.02.2015

Zukunftswerkstätten zur ärztlichen Versorgung

Um weiterhin eine gute ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten, startete das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium so genannte Zukunftswerkstätten in zehn Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden. Gemeinsam mit den lokalen Akteuren und der Kassenärztlichen Vereinigung sollen in den Werkstätten Ideen, Maßnahmen und konkrete Umsetzungsschritte zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung entwickelt werden. Mehr über das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ lesen Sie [Link](#) .

25.02.2015

Mehr Deutsch-Förderung an Schulen

Die Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen hat im Land bereits seit längerem einen hohen Stellenwert. Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Zuwanderern und Flüchtlingen soll die Sprachförderung in Deutsch an den Schulen in Rheinland-Pfalz weiter optimiert und ausgeweitet werden. Damit wird die Integration der Kinder und Jugendlichen unterstützt und ihre Bildungschancen vergrößert.

25.02.2015

Wichtigste Ressource schützen

Grundwasser ist unsere wichtigste Ressource, denn Wasser ist das Lebensmittel Nummer 1. Das neue rheinland-pfälzische Landeswassergesetz räumt dem Wasser- und Gewässerschutz größte Priorität ein. Dies betrifft z.B. den Schutz vor Fracking und vor industriellen oder landwirtschaftlichen Zwecken. „Die Wasserpotentiale für die Zukunft zu sichern, liegt in unserer Verantwortung“, führte Umweltministerin Ulrike Höfken im Landtag aus.

24.02.2015

"Pakt für Rheinland-Pfalz"

Beim Treffen des „Pakts für Rheinland-Pfalz“ haben Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Integrationsministerin Irene Alt die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen als „gesamtgesellschaftliche Herausforderung“ bezeichnet. „Weder Staat noch Kommunen oder das bürgerschaftliche Engagement allein können diese Herausforderung meistern. Alle Kräfte unserer Gesellschaft – ob Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen oder Sozialverbände – sind gefordert und haben sich des Themas bereits angenommen“, sagte die Ministerpräsidentin. Der 2009 zur Umsetzung des Konjunkturpakets II gegründeten „Pakt für Rheinland-Pfalz“ wurde zum Thema Flüchtlinge ergänzt um Fachleute aus den betroffenen Bereichen wie Migrations- und Asylarbeit oder Volkshochschulen und Erwachsenenbildung.

23.02.2015

25 Millionen zusätzlich für Hochschulen

Ministerpräsidentin Dreyer und Wissenschaftsministerin Reiß unterzeichneten mit den Präsidenten der elf staatlichen Hochschulen im Land die Zielvereinbarung, mit der das Land den Hochschulen 25 Millionen Euro pro Jahr als Erhöhung der Grundfinanzierung zur Verfügung stellt, um die Bedingungen für Forschung, Lehre und Studium im Land weiter zu verbessern. Die Zielvereinbarung mit den Hochschulen finden Sie [Link](#) .Bilder von der Unterzeichnung können Sie sich [Link](#) anschauen.

23.02.2015

Hohe Krankenhaus-Investitionen 2015

63 Millionen Euro stellt die rheinland-pfälzische Landesregierung im Jahr 2015 für Investitionen in Krankenhäuser zur Verfügung, um damit beispielsweise Bettenhäuser zu erweitern oder OP-Abteilungen zu modernisieren. Zusätzlich werden für die Krankenhäuser auch in diesem Jahr 51,2 Millionen Euro im Wege der Pauschalförderung bereitgestellt.

Listen mit [Link](#) und [Link](#) Fördermaßnahmen können Sie abrufen.

23.02.2015

Unterstützung des U3-Ausbaus

Das Kinder- und Jugendministerium hat verschiedene Maßnahmen beschlossen, um die Kommunen beim Kitaplatausbau im Bereich der Unterdreijährigen (U3) zu unterstützen. Damit wird auf die besondere Herausforderung reagiert, die sich vor allem aus dem zunehmenden Zuzug von Flüchtlingsfamilien ergibt, deren Kinder wie alle anderen auch einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr haben. Träger von Kindertagesstätten können unter bestimmten Voraussetzungen mit Zustimmung des Jugendamtes Möglichkeiten nutzen, um Kitaplätze kurzfristig bereit zu stellen. Landesregierung und Kommunale Spitzenverbänden haben sich außerdem darauf verständigt, dass die Kommunen zur Kompensation gestiegener Baukosten für die Jahre 2008 bis 2013 rückwirkend 25 Mio. € vom Land erhalten.

20.02.2015

Entlastung für Kommunen

Im Gespräch der Landesregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf Einladung der Ministerpräsidentin standen der Ausbau der U3-Kinderbetreuungseinrichtungen und die steigende Zahl von Flüchtlingen im Mittelpunkt. Die Landesregierung sicherte den Kommunen weitreichende zusätzliche Mittel als Entlastung zu. Hinsichtlich des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen für die Unter-3-jährigen gewährt das Land den kommunalen Jugendämtern rückwirkend einen Betrag von 25 Millionen Euro. Bei den Hilfen für Flüchtlinge wird das Land sowohl 2015 als auch 2016 jeweils 24 Millionen Euro direkt an die Kommunen weiterleiten. Von diesen insgesamt 48 Millionen Euro kommt die Hälfte vom Land, die andere stellt der Bund zur Verfügung.

20.02.2015

Integration in den Arbeitsmarkt

Alle Partner des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung ziehen für die möglichst frühzeitige Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt an einem Strang. Dies wurde bei der Sitzung des Ovalen Tisches deutlich. Einzelne Maßnahmen wurden erörtert.

19.02.2015

Startschuss für Bürgerbeteiligung

Rheinland-Pfalz geht neue Wege: Mit einem Transparenzgesetz werden die Bürgerinnen und Bürger künftig jederzeit Zugriff auf Informationen und Daten der Verwaltung erhalten. Die Entscheidungen von Politik und Verwaltung sollen nachvollziehbarer werden. Dadurch verbessert die Landesregierung die Möglichkeiten zum Mitreden und Mitgestalten,“ so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Die Adresse für die Beteiligungsplattform lautet [Link](#)

19.02.2015

Neue Hochschule für den Polizeidienst

Um den speziellen Ansprüchen einer Polizeiausbildung gerecht zu werden, hat Rheinland-Pfalz die selbstständige Hochschule für den Polizeidienst gegründet. Damit darf Rheinland-Pfalz insgesamt drei gleichrangige Hochschulen sein eigen nennen, und dort den Nachwuchs für die wichtigsten Bereiche der inneren Verwaltung ausbilden.

Viele weitere Informationen zur [Link](#) in Rheinland-Pfalz.

19.02.2015

Ausbau schulischer Inklusion

10 Millionen Euro gibt das Land jährlich zusätzlich an die Kommunen, um sie bei der Umsetzung der schulischen Inklusion zu unterstützen. Die entsprechende Vereinbarung hatten Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände im November 2014 unterzeichnet. Am 1. März 2015 werden die ersten Überweisungen aus dem Unterstützungsfonds zur Umsetzung der Inklusion getätigt. Mehr Details finden Sie [Link](#) . Infos zur Verteilung des „Unterstützungsfonds“ kann man [Link](#) lesen. Die Vereinbarung über den Unterstützungsfonds vom November 2014 finden Sie [Link](#) .

10.02.2015

3. Runde für „Ich bin dabei!“

Die Initiative „Ich bin dabei!“ geht mit sechs neuen Kommunen in die dritte Runde. Die ersten beiden Staffeln wurden erfolgreich abgeschlossen und diese Erfahrungen können gewinnbringend in die dritte Staffel einfließen. Weitere Informationen zur Initiative „Ich bin dabei!“ finden Sie [Link](#) .

06.02.2015

Bündnis für Toleranz und Weltoffenheit

„Offene Gesellschaften sind verletzlich, aber nicht wehrlos. Ihre Werte müssen verteidigt werden. Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sind fundamentale Werte unserer Gesellschaft. Sie dürfen nicht angetastet werden. Dafür steht unser Bündnis.“ Das sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer beim Treffen „Bündnis für Toleranz und Weltoffenheit“, zu dem zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen der Gesellschaft am Freitag, 6. Februar 2015, in die Staatskanzlei gekommen waren.

Zur Seite: [Link](#)

05.02.2015

Qualitätsschub für Inklusion

Bildungsministerin Vera Reiß hat den ersten vier Förderschulen im Land die Aufgabe als „Förder- und Beratungszentrum“ übertragen. Der Aufbau eines Netzes von Förder- und Beratungszentren erfolgt schrittweise und in enger Zusammenarbeit von Schulen, Schulträgern und Schulaufsicht.

04.02.2015

Zehn neue Projekte bei „WohnPunkt RLP“

Nicht im Pflegeheim zu wohnen, sondern selbstbestimmt leben zu können, ist das Anliegen vieler Menschen im Alter. Rheinland-Pfalz unterstützt kleine Gemeinden mit dem „WohnPunkt RLP“ beim Aufbau von betreuten Wohngruppen und selbstorganisierten Wohngemeinschaften für ältere und pflegebedürftige Menschen. Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler gab mit dem Geschäftsführer der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz den Startschuss für 10 neue Projekte. Weiterführende Informationen zum WohnPunkt RLP unter [Link](#).

03.02.2015

Versorgungsquote im U3-Ausbau Spitze

Rheinland-Pfalz hat bei den Betreuungsplätzen für Unterdreijährige (U3) eine Versorgungsquote von 43,8% erreicht. Im Jahr 2015 stehen 17 Millionen Euro an Landesmitteln für die Investitionskostenförderung zur Verfügung. Darüber hinaus erhält das Land durch die Aufstockung des Sondervermögens des Bundes in den kommenden drei Jahren Bundesmittel in Höhe von 25,8 Millionen Euro. Insgesamt investiert das Kinder- und Jugendministerium in diesem Jahr mit 521 Mio. € mehr als eine halbe Milliarde Euro in den Kitabereich, der neben der Investitionskostenförderung auch die Weiterentwicklung der Qualität der pädagogischen Arbeit der Kindertagesstätten umfasst.

03.02.2015

Geduldete in Ausbildung

Der Ministerrat hat eine Gesetzesinitiative beschlossen, damit junge Ausländerinnen und Ausländer mit einer Duldung, die eine Berufsausbildung absolvieren oder eine Zusage für einen Ausbildungsplatz haben, künftig eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Ausbildung bekommen. Der Antrag auf eine entsprechende Änderung des Aufenthaltsgesetzes wird in den Bundesrat eingebracht. Zur Abstimmung im Bundesrat steht außerdem eine Initiative aus dem Integrationsministerium, mit der weitere Arbeitsverbote für Geduldete abgeschafft werden sollen.

30.01.2015

Start der Fachkräftekampagne

Mit einer Fachkräftekampagne will die Landesregierung Fachkräfte für ein Leben und Arbeiten in Rheinland-Pfalz gewinnen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer startete am Freitag zusammen mit Wirtschaftsministerin Eveline Lemke und Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler die überregionale Kampagne.

Die Fachkräftekampagne im Internet unter [Link](#)

30.01.2015

Zusätzliche Sprachförderung in Kitas

Die Landesregierung stellt in diesem Jahr insgesamt 6,2 Millionen Euro für zusätzliche Sprachförderung in Kitas sowie Übergangsmaßnahmen für den Wechsel von der Kita in die Grundschule bereit. Da die Sprachentwicklung schon in den ersten Lebensjahren ansetzt, bietet das Land die zusätzliche Sprachförderung in Kitas seit dem Jahr 2013 für alle Altersgruppen an und nicht mehr nur in den letzten beiden Vorschuljahren. Im vergangenen Jahr nahmen rund 22.000 Kinder diese Angebote wahr, etwa die Hälfte von ihnen hat eine andere Muttersprache als Deutsch.

29.01.2015

Regierungserklärung zum Thema "Flüchtlinge"

Integrationsministerin Irene Alt hielt im rheinland-pfälzischen Landtag eine Regierungserklärung mit dem Titel „Willkommen in Rheinland-Pfalz“ zur aktuellen Flüchtlingssituation in Rheinland-Pfalz.

[Link](#) [Link](#)

29.01.2015

Grünes Licht für Nationalpark

Rheinland-Pfalz und das Saarland haben einen Nationalpark. Der letzte formale Schritt auf dem Weg zum Nationalpark Hunsrück-Hochwald wurde durch die Zustimmung des Landtags genommen. Das ist nicht nur ein Erfolg für unser Bundesland, sondern auch für die Region im Hunsrück und die Natur. Neu war auch der Weg zum Nationalpark: Von der Gebietswahl bis zur Gestaltung des Nationalparks hat die Region mitentschieden. Und erstmals schreibt ein Nationalparkgesetz fest, dass dies auch weiterhin geschieht. Das Gesetz enthält Regelungen zur Entwicklung und Organisation des Parks, zur Mitwirkung durch die Region sowie Maßnahmen der Regionalentwicklung. Alle Informationen zum Nationalpark finden Sie [Link](#).

27.01.2015

Folgekostenrechner für Kommunen

Eveline Lemke, Wirtschaftsministerin und Doris Ahnen, Finanzministerin haben den Folgekostenrechner Rheinland-Pfalz vorgestellt. Diese Planungshilfe unterstützt Verantwortliche in Städten und Kommunen bei der Feststellung, ob sich zum Beispiel ein Neubaugebiet langfristig auszahlt. Der Folgekostenrechner ist eine frei verfügbare Software und dient in erster Linie den Entscheidern in den Kommunen als Stütze bei zukünftigen Projekten. Der Folgekostenrechner kann [Link](#) heruntergeladen werden.

26.01.2015

Jedem Kind seine Kunst

Start der vierten Runde des erfolgreichen Landesprogramms: 108 Künstlerinnen und Künstler beteiligen sich mit insgesamt 344 Projekten im ersten Halbjahr 2015. „Jedem Kind sein Kunst“ will Kindern und Jugendlichen Zugang zur Kunst ermöglichen. Weitere Infos zum Programm: [Link](#)

22.01.2015

Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzkonzept

Die Landesregierung plant ein Klimaschutzkonzept und alle Bürgerinnen und Bürger im Land können sich an der Entwicklung beteiligen. Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler können mitentscheiden, wie die Klimaschutzziele des Landes erreicht werden sollen. Die Besucher der Internetseite können Vorschläge bewerten und auch selbst Ideen für den Klimaschutz einbringen. Außerdem besteht die Möglichkeit, an einem der drei Klimaforen teilzunehmen und konkrete Schutzmaßnahmen zu empfehlen. Alle Ergebnisse der Beteiligung fließen in die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes ein. Zur Beteiligung geht es [Link](#)

13.01.2015

Hilfen für Flüchtlinge

In der ersten Sitzung des Ministerrats im Jahr 2015 wurde ein Maßnahmenkatalog beschlossen, um die Integration von Asylsuchenden intensiver zu fördern. Das Land stellt kurzfristig 1,2 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung, um die Beratung und die psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen und das Engagement zahlreicher ehrenamtlicher Initiativen für die Flüchtlingsarbeit zu unterstützen. Zum Maßnahmenplan kommen Sie [Link](#) .

12.01.2015

200. Geburtstag von Karl Marx

Zum 200. Geburtstag soll mit einem vielfältigen Programm mit wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen an das Werk und Leben von Karl Marx erinnert werden. Hierfür unterzeichneten das Land Rheinland-Pfalz, die Stadt Trier, die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und das Bistum Trier eine Kooperationsvereinbarung.

07.01.2015

Task-Force „Flüchtlinge“

Die von der Landesregierung Ende vergangenen Jahres einberufene Task-Force „Flüchtlinge“ ist zu ihrer ersten Sitzung in 2015 zusammen gekommen. Zur Sprache kamen u.a. die nächsten Schritte zur Realisierung der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung in Hermeskeil, hierbei ging es auch um die Vorstellungen der beteiligten Kommunen hinsichtlich der Begleitmaßnahmen vor Ort. Die Task-Force beriet auch darüber, wie das Land die Kommunen bei der Suche nach Liegenschaften unterstützen kann und erörterte ebenso mögliche Kooperationen mit der Bundesagentur für Arbeit zur besseren Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

06.01.2015

Förderung der Medienkompetenz

Das Verbraucherschutzministerium fördert Projekte zur Medienkompetenz. In kostenfreien Workshops werden Kinder und Jugendliche im schulischen und außerschulischen Bereich durch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz über Vorteile, mögliche Nachteile oder gar Gefahren der modernen Medien informiert. Daneben unterstützt das Verbraucherschutzministerium das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale zu technischen und rechtlichen Problemen im Bereich der digitalen Medien.

Weitere Informationen finden Sie [Link](#) .

06.01.2015

Gründungskonferenz der Pflegekammer RLP

Der Gründungsausschuss der Pflegekammer Rheinland-Pfalz trat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Rheinland-Pfalz nimmt mit der Einrichtung einer Landespflegekammer eine Vorreiterrolle ein. Informationen zur Gründungskonferenz finden Sie [Link](#) .

06.01.2015

Unabhängige Finanzberatung

Gefördert durch das Verbraucherschutzministerium bieten Beratungsstellen der Verbraucherzentralen landesweit eine anbieterunabhängige Finanzberatung, denn viele Menschen fühlen sich bei der Geldanlage von ihrer Bank schlecht beraten. Diese Finanzberatung jenseits von Banken und gewerblichen Finanzdienstleistern wird durch das Verbraucherschutzministerium finanziell auch 2015 wieder unterstützt.

02.01.2015

Förderung spart 20 Millionen

Die neu geschaffene Förderung von Kleinkläranlagen macht die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum für alle bezahlbar. Die Kommunen können dadurch günstige und gangbare Lösungen für den Gewässerschutz umsetzen. Die Abwassergebühren der Bürgerinnen und Bürger bleiben in vertretbarem Rahmen. Und das Land spart etwa 20 Millionen Euro durch dezentrale statt zentrale Lösungen. Bis zum 31.12.2015 soll für alle Haushalte in Rheinland-Pfalz die geordnete Abwasserentsorgung sichergestellt ist. Dass die Flüsse und Bäche in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren wieder sauberer geworden sind, ist vor allem auf den kontinuierlichen Ausbau von Kläranlagen zurückzuführen. Wichtige Instrumente der Landesregierung sind daher - neben Investitionen in die Abwasserwirtschaft - Gewässerschutzmaßnahmen wie die Renaturierung von Bächen und Flüssen oder Projekte zur gewässerschonenden Landwirtschaft.

29.12.2014

Endlich: Der Mindestlohn kommt

Zum 1.1. tritt der Mindestlohn bundesweit in Kraft, für den sich Rheinland-Pfalz seit 2007 immer wieder in Bundesratsinitiativen eingesetzt hatte. Mit dem Mindestlohn wurde eine wichtige Grundlage dafür geschaffen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fair bezahlt werden.

Mehr Informationen zum Mindestlohn finden Sie auf der [Link](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

29.12.2014

Nachwuchsförderung für Medienschaffende

Erstmals vergibt das Land Stipendien an junge Filmemacherinnen und -macher sowie Medienschaffende zur Förderung ihrer künstlerischen Entwicklung. Das neue Stipendienprogramm ist mit insgesamt 100.000 Euro dotiert.

23.12.2014

Verbesserung für den Opferschutz

Für Justizminister Robbers ist die ständige Verbesserung des Opferschutzes ein Schwerpunkt. Die Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz spielt dabei eine wichtige Rolle. Sie hilft Opfern von Straftaten bei der Linderung von Notlagen. Allein 2013 wurden 32 Anträgen stattgegeben und finanzielle Zuwendungen von 34.336,03 Euro an Opfer und gemeinnützige Organisationen erteilt. Weitere Informationen über die Stiftung, deren Hilfsangebote sowie Anträge finden Sie [Link](#).

17.12.2014

Landtag ermöglicht Pflegekammer

Mit der Zustimmung des Landtages zur Novelle des Heilberufegesetzes hat Rheinland-Pfalz in einem bundesweit einmaligen Meinungsbildungs- und Partizipationsprozess die Errichtung einer Kammer der Pflegenden für die Pflegenden beschlossen.

16.12.2014

Breitbandausbau beschlossen

Der Ministerrat hat die rheinland-pfälzische NGA-Strategie beschlossen und damit einen weiteren Schritt zum Ausbau schnellen Internets im ganzen Land unternommen.

16.12.2014

Unterrichtsversorgung an BBSen

Die strukturelle Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen (BBS) ist im laufenden Schuljahr deutlich besser als im Vorjahr. Mit einem Versorgungsgrad von 95,5 Prozent der Summe für Pflichtstunden und Differenzierungsangebote konnte in dem enorm differenzierten BBS-Angebot der beste Wert seit Jahrzehnten erreicht werden.

15.12.2014

5 Jahre Online-Migrationsmuseum „Lebenswege“

Das rheinland-pfälzische Online-Migrationsmuseum „Lebenswege“ feiert sein fünfjähriges Jubiläum. Erstmals hatte „Lebenswege“ am 16. Dezember 2009 seine virtuellen Pforten geöffnet. Das Internet-Museum erzählt in Texten, Audio- und Videosequenzen, Originaldokumenten sowie Fotos die Migrationsgeschichte von Rheinland-Pfalz. Daneben gibt es Sonderausstellungen.

Zum Online-Migrationsmuseum: [Link](#)

10.12.2014

Erste Ehrenamtskarte überreicht

Die neue, landesweite Ehrenamtskarte soll das ehrenamtliche Engagement, das viele Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler zeigen, würdigen. Mit der Karte können landesweit Vergünstigungen in Anspruch genommen werden, die vom Land, den teilnehmenden Kommunen und auch von privaten Partnern angeboten werden. Weitere Informationen zur Ehrenamtskarte und zum ehrenamtlichen Engagement finden Sie [Link](#).

05.12.2014

4. Opferschutzbericht der Landesregierung

Die Landesregierung legt dem rheinland-pfälzischen Landtag alle zwei Jahre einen schriftlichen Bericht darüber vor, welche Maßnahmen sie zur Verbesserung des Opferschutzes ergriffen hat bzw. zu ergreifen beabsichtigt. Nachdem die Landesregierung den ersten Opferschutzbericht (LT-Drucksache 15/2845) im Dezember 2008, den zweiten Opferschutzbericht (LT-Drucksache 15/5267) im Dezember 2010 und den dritten Opferschutzbericht (LT-Drs. 16/1843) dem Landtag vorgelegt hatte, liegt nun der vierte Opferschutzbericht vor. Hier geht's zum [Link](#) des Berichts. Weitere Informationen zum Opferschutz in Rheinland-Pfalz finden Sie [Link](#).

04.12.2014

Grundlage für Neuausrichtung des Flughafens

Einer strategischen Neuausrichtung des Flughafens Frankfurt-Hahn steht nichts mehr im Weg. Das rheinland-pfälzische Kabinett hat einer Entschuldung der Flughafen Frankfurt-Hahn Gesellschaft (FFHG) in Höhe von 121,9 Millionen Euro zugestimmt. Schwerpunkte der Neuausrichtung sind der Verkauf des Immobilienvermögens der FFHG an das Land, die Entlastung der Flughafengesellschaft von Verbindlichkeiten aus der Finanzierung der Flughafeninfrastruktur sowie der Verkauf der Mehrheitsbeteiligung des Landes an private Investoren.

03.12.2014

Unterrichtsversorgung an ABS

Bildungsministerin Vera Reiß stellte die Daten zur Unterrichtsversorgung der allgemeinbildenden Schulen (ABS) und der vorläufigen Ergebnisse der Schulstatistik für das Schuljahr 2014/2015 vor. Mit einem Versorgungsgrad von durchschnittlich 98,4 Prozent hat sich die Versorgung im Jahresvergleich klar verbessert – um 0,5 Prozentpunkte. Weitere Informationen: [Link](#)

01.12.2014

„Vielfalt in der Polizei“ – eine Erfolgsstory!

Nach dreijähriger Laufzeit kommt das Modellprojekt „Vielfalt in der Polizei“ zum Jahresende zu seinem Abschluss – das Polizeipräsidium Mainz, das Integrationsministerium, das Innenministerium und das Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI) zogen eine positive Bilanz ihres gemeinsamen Projektes. Ziel von „Vielfalt in der Polizei“, das INBI in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Mainz erfolgreich durchführte, war es u.a., mehr Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu gewinnen, eine Sensibilisierung für interkulturelle Vielfalt in der Einstellungspraxis der Polizei zu erreichen.

28.11.2014

Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz

Wirtschaftsministerin Eveline Lemke hat gemeinsam mit dem Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) Dr. Gerhard Braun, dem Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz/Saarland (DGB) Dietmar Muscheid und dem Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHKs) Arne Rössel den „Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz“ vorgestellt. Die vier Partner unterstrichen, dass die Industrie das Fundament der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und zentrale Säule für Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und somit auch für Wohlstand im Land sei.

Ziel der gemeinsamen Initiative des Wirtschaftsministeriums, der LVU, der IHK'n und des DGB ist die langfristige und damit nachhaltige Sicherung und Stärkung des Industriestandorts Rheinland-Pfalz.

Die Ergebnisse des „Dialog Industrieentwicklung Rheinland-Pfalz“ finden Sie [Link](#)

28.11.2014

Neue anwaltliche Beratungsstelle in Landau

Justizstaatssekretär Dr. Hannes Kopf eröffnete die anwaltliche Beratungsstelle beim Landgericht Landau in der Pfalz. Die anwaltliche Beratungsstelle in Landau in der Pfalz ist die sechste in Rheinland-Pfalz. Seit 2010 bestehen Beratungsstellen bei den Amtsgerichten Bad Kreuznach und Pirmasens sowie bei den Häusern des Jugendrechts in Ludwigshafen am Rhein und in Mainz. Weitere Informationen zu Anwaltlichen Beratungsstellen finden Sie [Link](#).

26.11.2014

Transparenzgesetz auf den Weg gebracht

Die Landesregierung hat das Transparenzgesetz auf den Weg gebracht. Die rot-grüne Koalition setzt damit ein zentrales Vorhaben der Legislaturperiode um. Durch das Gesetz sollen politische Entscheidungen nachvollziehbarer gemacht und die demokratische Meinungsbildung gefördert werden. Bisher konnten Bürgerinnen und Bürger den Zugang zu Informationen beantragen. Mit dem Transparenzgesetz wird für die Verwaltung die Pflicht zur aktiven Veröffentlichung festgeschrieben. Auf einer digitalen Transparenzplattform sollen Daten und Informationen zur Verfügung gestellt werden. Bereits am Gesetzgebungsverfahren können sich Bürgerinnen und Bürger durch ein Beteiligungsverfahren einbringen. Das Gesetz soll laut Planung Mitte 2015 in den Landtag eingebracht werden. Mehr Informationen zum geplanten Transparenzgesetz finden Sie hier: [Link](#)

19.11.2014

Neue Jugendstrategie

Das Kinder- und Jugendministerium hat eine Jugendstrategie entwickelt, durch die die Jugendpolitik der Landesregierung neu ausgerichtet und gestärkt werden soll. Die drei Leitziele der angestrebten neuen Jugendpolitik, die sich in verschiedene Handlungsfelder unterteilen lassen, umfassen unter anderem die schulische, außerschulische und politische Bildung, die Stärkung der Partizipation, Medienkompetenz und die Vorbereitung auf das Leben in einer vielfältigen Gesellschaft. Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll außerdem eine ressortübergreifende Jugendpolitik, die als Querschnittsaufgabe verstanden wird, etablieren.

[Link](#) [Link](#)

[Link](#)

19.11.2014

Netzwerk für Umwelttechnik

Ministerin Eveline Lemke gab den Startschuss für das neue Umwelttechnik-Netzwerk Ecoliance Rheinland-Pfalz. Dieses Netzwerk soll Unternehmen aus der Umwelttechnikbranche dabei unterstützen, gemeinsam schlagkräftiger, wettbewerbsfähiger und innovativer auf den globalen Märkten aufzutreten. Die weltweit anerkannten Erfahrungen und die Nachfrage nach innovativen Umwelttechnologien ‚Made in Rheinland-Pfalz‘ im Ausland ist groß. Das Wirtschaftsministerium wird dem Netzwerk in der Startphase finanziell unter die Arme greifen.

19.11.2014

Erstes Bibliotheksgesetz

In der Geschichte von Rheinland-Pfalz wurde das erste Bibliotheksgesetz im Landtag verabschiedet. Mit dem Bibliotheksgesetz wird die Anregung der Enquête-Kommission ‚Kultur in Deutschland‘ des Deutschen Bundestages aufgegriffen und das Fundament für moderne, zukunftssträchtige Bibliotheken in Rheinland-Pfalz gelegt.

17.11.2014

Heike Raab bekommt Preis für Digitalisierung

Staatssekretärin Heike Raab wurde auf dem siebten eGovernment-Summit auf dem Petersberg bei Bonn mit dem „eGovernmentLeadership Award“ ausgezeichnet. Die Jury hob ihren Einsatz für die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur in Rheinland-Pfalz hervor und lobte damit die Digitalisierungsstrategie der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Zum Rheinland-Pfalz-Portal: [Link](#)

14.11.2014

EFRE-Programm Rheinland-Pfalz 2014-2020

In der neuen Förderperiode 2014-2020 stehen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Rheinland-Pfalz rund 186 Millionen Euro zur Verfügung. Wirtschaftsministerin Eveline Lemke hatte im Mai 2014 nach einem umfangreichen Konsultationsprozess das Operationelle EFRE-Programm und die Innovationsstrategie des Landes bei der EU-Kommission eingereicht. Bei der Auftaktveranstaltung zur neuen Förderperiode wurde die Genehmigung der EU für das rheinland-pfälzische Programm durch den Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission übergeben.

EFRE leistet in Rheinland-Pfalz einen maßgeblichen Beitrag zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen insbesondere in Unternehmen und Innovationen. In Zukunft sollen Unternehmen, Regionen und der Klimaschutz von den EU-Mitteln profitieren.

Weitere Informationen: [Link](#) .

14.11.2014

Haus des Jugendrechts in Koblenz

In Koblenz wurde das landesweit fünfte Haus des Jugendrechts eingeweiht. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist die flächendeckende Einrichtung von Häusern des Jugendrechts in allen fünf Oberzentren des Landes. Justizminister Gerhard Robbers wies darauf hin, dass in Rheinland-Pfalz mit der Einrichtung von Häusern des Jugendrechts sehr gute Erfolge bei der Vermeidung und Bekämpfung von Jugendkriminalität erzielt worden seien. Informationen zum Projekt Häuser des Jugendrechts finden Sie [Link](#) .

Die Homepage des Haus des Jugendrechts finden Sie [Link](#) .

13.11.2014

Demografiekongress „Zusammenland RLP“

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Demografieministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler stellten auf dem Demografiekongress den aktuellen Stand der Demografiestrategie der Landesregierung „Zusammenland Rheinland-Pfalz – Gut für Generationen“ vor. Sie präsentierten die „Gemeinsame Erklärung“, in der sich landesweite Organisationen und Institutionen mit der Landesregierung zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für Herausforderungen und Chancen des Demografischen Wandels bekannt haben.

Mehr zum Thema Demografie lesen Sie unter [Link](#)

12.11.2014

Umbildung der Regierung

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat heute die Landesregierung umgebildet. Sie sagte im Landtag: „Die Koalition steht fest und hat einen klaren Regierungsauftrag. Als Ministerpräsidentin gehört es zu meiner Aufgabe, mein Regierungsteam so aufzustellen, wie ich es für richtig erachte.“

[Link](#)

[Link](#)

[Link](#)

31.10.2014

Fortschreibung Hochschulpakt

In der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) haben sich Bund und Länder darüber geeinigt, den Hochschulpakt 2020 für die Jahre 2016 bis 2020 fortzuschreiben. Der Bund stellt im Rahmen dieses Beschlusses insgesamt 9,9 Milliarden Euro bereit, davon 437 Millionen Euro für die rheinland-pfälzischen Hochschulen.

14.10.2014

Regierungserklärung

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat vor dem rheinland-pfälzischen Landtag eine Regierungserklärung mit dem Titel Abschluss der Beihilfeverfahren Hahn, Zweibrücken, Nürburgring abgegeben. In der Erklärung erläuterte die Ministerpräsidentin die Entscheidungen der Europäischen Kommission zu den drei Beihilfeverfahren. Die Ministerpräsidentin erklärte in ihrer Rede, dass die Landesregierung unter ihrer Führung die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission neu aufgestellt und ein Klima des Vertrauens geschaffen habe. Die Regierungserklärung kann man [Link](#) nachlesen.

13.10.2014

Startschuss für Wohn-Pflege-Gemeinschaften

Mit „WohnPunkt RLP“ unterstützt das Land gezielt kleine Gemeinden beim Aufbau von betreuten Wohngruppen und selbstorganisierten Wohngemeinschaften für ältere und pflegebedürftige Menschen. „WohnPunkt RLP“ ist ein Teilprojekt des Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege – 2020“ und bietet den Initiatoren von Wohngruppen ein begleitendes, unbürokratisches Beratungs- und Unterstützungsangebot. Für die Projektlaufzeit von Mitte 2014 bis Ende 2015 wurden insgesamt 329.000 € bewilligt. In dieser Zeit sollen bis zu 15 Initiativen in kleinen ländlichen Kommunen begleitet werden. Weitere Informationen unter: [Link](#) und [Link](#)

09.10.2014

Familienkongress 2014: Familie ermöglichen

In Mainz eröffneten Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Familienministerin Irene Alt den Familienkongress der Landesregierung, der unter dem Motto „Gute Rahmenbedingungen – starke Familien“ stand. Ein großes Anliegen der Landesregierung ist es, junge Menschen bei der Familiengründung zu unterstützen. Zum Austausch auf dem Familienkongress trafen sich auf Einladung der Landesregierung rund 300 Expertinnen und Experten aus familienunterstützenden Institutionen, Einrichtungen und Initiativen.

08.10.2014

Breitbandpolitik zeigt messbare Erfolge

Der Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz schreitet gut voran! Der TÜV Rheinland hat seine Ergebnisse zur Breitbandversorgung vorgelegt und bescheinigt der Landesregierung ein sehr gutes Ausbautempo: Im vergangenen halben Jahr ist die Verfügbarkeit bei Anschlüssen mit bis zu 50 Mbit/s um 9,2 Prozent, bei Anschlüssen mit bis zu 30 Mbit/s sogar um 15,1 Prozent gestiegen.

06.10.2014

Mehr Chancen für Schüler mit Behinderung

Die Chancen für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt verbessern – das ist das Ziel der Kooperationsvereinbarung, die von den Staatssekretären David Langner (Soziales) und Hans Beckmann (Bildung) mit der Heidrun Schulz (Bundesagentur für Arbeit) unterzeichnet wurde. Die Vereinbarung soll die Kooperation der Partner zur verbesserten beruflichen Orientierung für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen beim Übergang von der Schule in den Beruf gestärkt werden.

06.10.2014

Netzwerk für Nachhaltigkeit

Unter dem Titel „Zukunft Unternehmen“ hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer den Startschuss für ein Nachhaltigkeitsnetzwerk gegeben. Das Netzwerk für nachhaltige Unternehmen in Rheinland-Pfalz soll dem Prinzip: Unternehmen lernen von Unternehmen folgen. Es bietet die Möglichkeit, bei Netzwerktreffen am konkreten Beispiel anderer zu lernen und an deren Erfahrungen teilzuhaben. Organisatorisch getragen wird das Netzwerk durch die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP).

Mehr zur Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz unter: [Link](#)

06.10.2014

Staatsvertrag zum Nationalpark unterzeichnet

Der grenzüberschreitende Nationalpark Hunsrück-Hochwald nimmt Gestalt an. Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer haben den nächsten Schritt gemacht und den Staatsvertrag unterzeichnet. Mit dem Nationalpark leisten das Land Rheinland-Pfalz und das Saarland ihren Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und schaffen Perspektiven für die Region. Pfingsten 2015 soll der Nationalpark offiziell eröffnet werden.

02.10.2014

Demokratietag 2014

Der Demokratietag bringt die Bedeutung von Demokratie und demokratischer Beteiligung jungen Menschen nahe. Die Messe für Kinder- und Jugendbeteiligung, die 2014 zum 9. Mal stattfand, hatte das Motto „Einmischen und Mitgestalten“. Ministerpräsidentin Malu Dreyer war Schirmherrin und betonte, wie wichtig es der Landesregierung ist, die politische Beteiligung von jungen Menschen zu fördern. Als neuen Weg beim Dialog nannte sie das „jugendforum rlp“. Beim Forum konnten Jugendliche online auf einer Beteiligungsplattform und offline auf einer großen Jugendkonferenz Ideen und Vorschläge für die Landespolitik entwickeln und in einem Jugendmanifest bündeln. Diesen Weg des Dialogs will die Landesregierung weiter beschreiten. Mehr zum jugendforum rlp: [Link](#) [Link](#) und ein [Link](#) vom Demokratietag 2014.

01.10.2014

Neues Internetportal von Land und Kommunen

Rheinland-Pfalz schnürt gemeinsam mit Kommunen ein digitales Informationspaket, das Verwaltungsangelegenheiten sowohl für Bürger als auch für Mitarbeiter einfacher und effizienter gestaltet. Das Portal www.portal.rheinland-pfalz.de bündelt Informationen, klärt Zuständigkeiten und eröffnet Möglichkeiten behördliche Dinge wie zum Beispiel eine Gewerbebeanmeldung unmittelbar zu erledigen. Eine solch zukunftsweisende und bürgerfreundliche Plattform ist bundesweit bisher einmalig. Zum Portal: [Link](#)

01.10.2014

Beihilfe-Entscheidungen schaffen Klarheit

In den Beihilfeverfahren zum Nürburgring sowie den Flughäfen Hahn und Zweibrücken hat die Europäische Kommission entschieden - nun herrscht Gewissheit und Planungssicherheit für alle. Im Fall Hahn waren die staatlichen Beihilfen mit europäischem Recht vereinbar. Mit dieser Ausgangslage sucht das Land nun einen Investor.

26.09.2014

Wissenschaftlicher Beirat Demografie

Um den Austausch und die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zu verstärken, hat die Landesregierung einen Wissenschaftlichen Beirat zum demografischen Wandel eingerichtet, der das von Ministerpräsidentin Malu Dreyer eingerichtete Demografiekabinett begleitet.

Der Wissenschaftliche Beirat soll Expertisen einbringen und mit der Landesregierung gemeinsam diskutieren, welche innovativen Antworten für die Herausforderungen der Zukunft entwickelt werden können. Die Zusammensetzung des Beirates aus Professorinnen und Professoren vieler verschiedener Fachrichtungen von Universitäten und Hochschulen aus dem ganzen Land sichert vielseitige wissenschaftliche Impulse und ist ein Fundament für einen intensiveren wissenschaftlichen Austausch zwischen den rheinland-pfälzischen Hochschulen und unterschiedlichen Fachbereichen. Eine Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats finden Sie [Link](#) . Bilder von den Mitgliedern können Sie sich in der [Link](#) anschauen.

26.09.2014

Zehn neue Konsultations-Kitas

Aktuell erschienen ist eine Übersicht über die zehn neuen Konsultations-Kitas, die Anfang dieses Jahres an Start gegangen sind. Mit den Konsultations-Kitas ermöglicht das Land Rheinland-Pfalz Erzieherinnen und Erziehern, Einblick in die Arbeit von ausgewählten Kindertagesstätten zu nehmen und sich beraten zu lassen. Ob Betriebskindergarten, Arbeit mit Einjährigen oder Familienarbeit und Gemeinwesen - die Konsultations-Kitas bieten ein breites Spektrum an Themen und pädagogischen Ansätzen, in denen sie kompetente Ansprechpartner sind. Damit stehen sie Kolleginnen und Kollegen beratend und unterstützend für die ganz konkrete praktische Umsetzung in der eigenen Kita zur Verfügung. Das Land finanziert dieses Angebot jährlich mit bis zu 15.000 Euro pro Kita über einen Zeitraum von drei Jahren.

[Link](#) [Link](#)

25.09.2014

Westwall-Stiftung

Fraktionsübergreifend und einstimmig hat der Landtag das Gesetz zur Stiftung „Grüner Wall im Westen – Mahnmal ehemaliger Westwall“ verabschiedet. Das Land hat die Stiftung auf den Weg gebracht, um die Ruinen des Westwalls als Mahnmal gegen die NS-Verbrechen und für den Frieden zu erhalten sowie gleichzeitig als einzigartigen Rückzugsraum der Natur zu bewahren. Das Vorhaben erhält im Plenum Zustimmung aus allen Landtagsfraktionen. Die Stiftung soll über die Verkehrssicherung der Anlagen hinaus auch Maßnahmen des Natur- und Denkmalschutzes sowie der politischen Bildung durchführen.

23.09.2014

Tagung des Ministerrats in Brüssel

Bei der Sitzung des rheinland-pfälzischen Ministerrats in Brüssel hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer mehr Offenheit und Transparenz von der EU gefordert. Die Ministerpräsidentin betonte in der Debatte um CETA und TTIP, dass Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada beziehungsweise den USA Chancen für das exportstärkste Bundesland Rheinland-Pfalz böten. Zugleich definierte sie rote Linien für die Verhandlungen: Auf keinen Fall dürften Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Tarifautonomie, die Mitbestimmung oder auch hohe Standards für Umwelt und Verbraucherschutz abgesenkt werden. Mehr zu den Verhandlungen über [Link](#) und [Link](#) .

17.09.2014

Rheinland-Pfalz-Takt 2015

Mehr, schneller, moderner - Nach 20 Jahren erfährt der Rheinland-Pfalz-Takt eine Rundumerneuerung, die in Zukunft die Mobilität möglichst aller Menschen flächendeckend, umweltverträglich und barrierefrei gewährleisten soll. Zunächst wird schrittweise das Zugangebot bis 2019 um 20 Prozent ausgeweitet. Bürger profitieren erstmals von einem landesweiten RegionalExpress-Netz sowie neuen und modernisierten Fahrzeugen mit mehr Komfort und Platzangebot in den Zügen. Weitere Informationen zum RLP-Takt 2015 finden Sie [Link](#) .

17.09.2014

Zukunftsprogramm Gesundheit und Pflege 2020

Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus dem Gesundheitswesen fand am 17. September 2014 eine Fachtagung zum Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege – 2020“ in der Mainzer Rheingoldhalle statt. Über 350 Akteure waren der Einladung von Minister Alexander Schweitzer gefolgt und diskutierten, wie eine gute medizinische und pflegerische Versorgungssituation in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf den demografischen Wandel auch in Zukunft sicherzustellen ist. Dabei ging es um sektorenübergreifende Versorgungsmodelle, die zukünftige Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie die Technikunterstützung in der medizinischen und pflegerischen Versorgung im ländlichen Raum.

Weitere Informationen finden Sie unter [Link](#) .

14.09.2014

Ehrenamtskarte: Anerkennung für Engagement

Eine besondere Anerkennung für ehrenamtliches Engagement wurde beim elften Ehrenamtstag in Worms eingeführt: die landesweite Ehrenamtskarte Rheinland-Pfalz. Sie ist ein Dank für überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement. Bürgerinnen und Bürger über 16 Jahren, die sich mindestens fünf Stunden pro Woche ehrenamtlich engagieren, können in den ersten sieben Pilotkommunen Anträge für die Ehrenamtskarte stellen. Mit der Karte soll es in Zukunft landesweit Vergünstigungen geben, die das Land, Kommunen oder private Partner zur Verfügung stellen. Beispiele sind 50 Prozent Ermäßigung beim Eintritt in staatliche Burgen, Schlösser und Altertümer oder Einladungen zu besonderen Veranstaltungen.

Weitere Informationen zur Ehrenamtskarte und der Ehrenamtsinitiative des Landes: [Link](#)

[Link](#) vom Ehrenamtstag 2014 ansehen.

08.09.2014

Das Schuljahr 2014/2015 beginnt

Gute Nachrichten zum Beginn des neuen Schuljahres 2014/2015: Das Jahr startet mit einer guten Unterrichtsversorgung, mehr Inklusion, kleineren Grundschulklassen und mehr Mitbestimmung an den Schulen. [Link](#)

08.09.2014

Bericht zur Migration in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung hat den aktuellen statistischen Bericht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorgelegt.

Im Jahr 2012 lebten rund 785.000 Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz, dies entspricht 19,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sechs von zehn Menschen mit Migrationshintergrund haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ergibt der Statistische Bericht „Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz“, den das Integrationsministerium jetzt veröffentlicht hat. Die meisten Zugewanderten sind EU-Bürgerinnen und -Bürger und kommen aus Polen, Bulgarien, Rumänien und Ungarn.

Die Pressemeldung finden Sie [Link](#) .

Den Statistischen Bericht „Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz“ finden Sie [Link](#) .

27.08.2014

Dauergrünland erhalten

Die Landesverordnung zum Erhalt von Dauergrünland ist in Kraft getreten. Damit werden EU-rechtliche und nationale Vorgaben umgesetzt und gleichzeitig werden wesentliche Forderungen der Naturschutzverbände aufgegriffen. Wiesen und Weiden sind Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Grünland prägt auch unsere typischen Mittelgebirgslandschaften und steigert Attraktivität für Naherholung und Tourismus.

21.08.2014

Regionenbesuch: Malu Dreyer im Gespräch

Ministerpräsidentin Malu Dreyer setzt ihre Regionenbesuche fort: Dieses Mal besuchte sie den Rhein-Pfalz-Kreis. Sie startete ihren fünften Regionenbesuch mit der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Frankenthal. Firmenbesuche, der Heimatkreis „Dannstadter Höhe“ in Hochdorf-Assenheim, und der Bürgerempfang in der Deutschen Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen zählten zu den weiteren Stationen. Unter dem Titel „Malu Dreyer im Gespräch“ steht bei den Regionenbesuchen der Austausch der Ministerpräsidentin mit den Bürgerinnen und Bürgern im Mittelpunkt. Malu Dreyer: „Ich besuche Einrichtungen und Orte, die beispielgebend und vorbildlich sind. Ich freue mich auf den Besuch und die Begegnungen mit den Bürgerinnen und Bürgern.“ [Link](#)

18.08.2014

Jedem Kind seine Kunst

Startschuss für die vierte Runde des rheinland-pfälzischen Landesprogramms „Jedem Kind seine Kunst“:

Das Landesprogramm hat das Ziel, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen persönlichen Zugang zu vermitteln bzw. sie zu eigener künstlerischer Tätigkeit zu ermutigen. In der vierten Ausschreibungsrunde können Künstlerinnen und Künstler ihre Projektvorschläge dafür abgeben.

Weitere Informationen zum [Link](#) .

13.08.2014

Modellprojekt "Digitales Lernen"

Lehren und Lernen auf neuen Wegen über das Internet - Land fördert Modellprojekt „Digitales Lernen“:

Ziel dieses neuen Modellprojekts ist, mit lebensnahen Lernbeispielen und flexibel nutzbaren digitalen Lernmodulen im Internet das Interesse vor allem jüngerer Menschen an Weiterbildung zu stärken und sie im Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln zu schulen. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur unterstützt das Modellprojekt mit einem Landeszuschuss in Höhe von insgesamt rund 88.000 Euro.

13.08.2014

Weiterer Beitrag zur Fachkräftesicherung

Zahlen des Statistischen Landesamtes belegen: Alleine im Jahr 2013 haben über 1.000 Personen in Rheinland-Pfalz einen Antrag auf die Anerkennung ihres ausländischen Berufsabschlusses gestellt. In zwei von drei Fällen konnte die volle Gleichwertigkeit der Qualifikation mit dem jeweiligen deutschen Vergleichsberuf festgestellt werden. Das entsprechende Landesgesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist im vergangenen Oktober in Kraft getreten und ergänzt das seit 2012 bestehende Bundesgesetz.

[Link](#)

[Link](#)

11.08.2014

Jugendbildung außerhalb der Schule

Das Kinder- und Jugendministerium unterstützt ein Projekt des Landesjugendrings zur Förderung von Lernorten außerhalb der Schule. Konkret sensibilisiert das Projekt namens „Kompetenzerwerb in den Jugendverbänden“ zum einen Pädagogen für die Bedeutung von außerschulischen Bildungs- und Lernorten. Zum anderen entwickelt es Instrumente, um solche Bildungsprozesse bei den Jugendverbänden zu fördern.

30.07.2014

Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen

Fünf Hochschulen im Land sind unter den Siegern im Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung“, einer von Bund und Länder im Jahr 2008 gestarteten Qualifizierungsinitiative mit dem Ziel, die Bildungschancen aller Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

Die Technischen Universität (TU) Kaiserslautern und die Fachhochschulen in Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen und Worms erhalten ab 1. August eine Sonderförderung vor allem für Weiterbildungsangebote, die sich an Berufstätige oder Menschen, die nach einer Familienphase in den Beruf zurückkehren wollen, richten.

29.07.2014

Eröffnung des Nationalparks Pfingsten 2015

Pfingsten 2015 wird es soweit sein: Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald wird eröffnet. Gemeinsam mit der Region haben die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Saarland den Termin festgelegt. Ein Lob ging an die Akteure, denen es in so kurzer Zeit gelungen ist und mit so breitem Konsens den Nationalpark auf den Weg zu bringen. Nach dem klaren Votum der Region vor Weihnachten 2013 waren bereits im März 2014 die ersten zwölf Projekte angelaufen.

28.07.2014

5 Jahre „Keine(r) ohne Abschluss“

Mit dem Projekt „Keine(r) ohne Abschluss (KoA)“ sollen Jugendliche, die ansonsten die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen würden, in einem zehnten Schuljahr zum Schulabschluss und zur Ausbildungsreife geführt werden. Das vor fünf Jahren gestartete Projekt hat sich als ein Baustein zur Verbesserung der Qualifikation von Berufseinsteigerinnen und -einsteigern bewährt.

25.07.2014

Sich einmischen – was bewegen

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat den Startschuss für den Jugend-Engagement-Wettbewerb „Sich einmischen – was bewegen“ gegeben. Jugendliche und junge Erwachsene aus Rheinland-Pfalz wurden aufgerufen, ihre Projektidee einzureichen und sich um finanzielle Unterstützung für ihr Projekt zu bewerben. Die Projektpartner Landesregierung und Bertelsmann Stiftung hatten 30.000 Euro dafür bereitgestellt. Mit dem Wettbewerb sollen junge Menschen die Chance bekommen, ihre Ideen in die Tat umzusetzen. Schon beim „Jugendforum rlp“ hatten viele Jugendliche Vorschläge für die Zukunft des Landes entwickelt, die die Landesregierung zu einem großen Teil aufgreifen und umsetzen konnte. Mit dem Wettbewerb bekommen Jugendliche die Chance, selbst aktiv zu werden. Weitere Informationen zum Jugendforum und zum Wettbewerb finden Sie [Link](#).

23.07.2014

Inklusion: Wahlrecht der Eltern

Mit dem offiziellen Beginn des neuen Schuljahres am 1. August 2014 haben Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die freie Wahl zwischen einem inklusiven Unterrichtsangebot in einer Schwerpunktschule und einem Schulangebot in einer Förderschule.

21.07.2014

Verein soll Weg zum UNESCO-Welterbe ebnen

Das einzigartige jüdische Erbe der Städte Speyer, Worms und Mainz noch stärker öffentlich herauszustellen und auch überregional und weltweit bekannter zu machen - das sind zwei zentrale Ziele des neu gegründeten Vereins „SchUM-Städte Speyer, Worms, Mainz“.

20.07.2014

31. Rheinland-Pfalz-Tag in Neuwied

Über 200.000 Menschen besuchten den 31. Rheinland-Pfalz-Tag in Neuwied. Bei heißem Sommerwetter konnten die Festbesucherinnen und Festbesucher zwischen dem 18. und 20. Juni ein vielfältiges Programm mit Unterhaltung und Informationen sowie einem hochkarätigen Musikprogramm erleben.

Das Angebot des Landesfests umfasste 10 Bühnen, 19 Veranstaltungsflächen und über 300 Stände. Dazu gehörten unter anderem Präsentationen der Städte und Landkreise, eine Energiemeile, ein buntes Sport- und Jugendangebot in den Goetheanlagen und neben der Selbsthilfemeile erstmals auch eine Seniorenmeile.

[Link](#)

[Link](#)

16.07.2014

Landesstrategie zur Fachkräftesicherung

Gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Landesstrategie zur Fachkräftesicherung unterzeichnet. Ziel der Fachkräftestrategie ist es, den Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Land zu festigen, zukünftigen Fachkräftengpässen entgegenzuwirken und den Standort Rheinland-Pfalz weiter zu stärken. Insgesamt umfasst die Strategie mehr als 200 Einzelvorhaben.

Der stetige technische Fortschritt und die Digitalisierung, der demografische Wandel und die voranschreitende Globalisierung seien Gründe dafür, dass es künftig insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land schwieriger werden könnte, ihren Fachkräftebedarf zu sichern.

[Link](#)

[Link](#)

16.07.2014

Tourismusstudie für Nationalparkregion

Wirtschafts- und Tourismusministerin Eveline Lemke und Umweltministerin Ulrike Höfken haben gemeinsam die Studie „Potenziale für eine Tourismusentwicklung und deren regional-ökonomische Effekte eines potenziellen Nationalparks“ vorgestellt.

Das touristische Gutachten untersucht die Potenziale für eine Tourismusentwicklung im geplanten Nationalpark Hunsrück-Hochwald. Es handelt sich um eine komplexe Bestandsaufnahme der Situation vor Ort zu touristischen Potenziale im Bereich Gastronomie, Hotellerie und bei der Infrastruktur. Das Gutachten ist eine Aufgabe aus dem Konzept der Landesregierung zur Einrichtung eines Nationalparks im Hunsrück und zur zukunftsfähigen Entwicklung der Nationalparkregion.

[Link](#)

[Link](#)

16.07.2014

Gemeinsames Fastenbrechen

Zum ersten Mal hat die rheinland-pfälzische Landesregierung zum gemeinsamen Fastenbrechen im Ramadan, dem IFTAR, eingeladen. „Das Fasten und das abendliche Fastenbrechen gehören inzwischen fest zum Alltag von Rheinland-Pfalz“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei der Veranstaltung in der Staatskanzlei vor rund 80 Gästen.

[Link](#)

15.07.2014

Innovative Ideen für kommunale Kooperationen

Energiewende, Kommunikation oder Infrastruktur – Themen, die auf der politischen Agenda beinahe jeder Kommune stehen. Der demografische Wandel macht es unausweichlich, auf der kommunalen Ebene diese Punkte gemeinsam anzugehen und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden zu entwickeln. Daher unterstützt Rheinland-Pfalz mit dem Projekt „Starke Kommunen – Starkes Land“ innovative Ansätze zur Bürgerbeteiligung und interkommunalen Zusammenarbeit. Insgesamt nehmen 13 Verbandsgemeinden in 6 Kooperationen teil. Zum Projekt „Starke Kommunen – Starkes Land“: [Link](#)

11.07.2014

Bildungsempfehlungen für Kitas

Das Kinder- und Jugendministerium hat die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen ergänzt und überarbeitet. Sie enthalten jetzt auch die Bildungsempfehlungen für Kinder unter drei Jahren. Diese neue Gesamtausgabe wurde gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, der katholischen und evangelischen Kirche sowie der LIGA der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege und dem Landeseltern-ausschuss erarbeitet.

[Link](#)

[Link](#)

09.07.2014

Extremismus wird weiter konsequent bekämpft

Rechtsextremismus hat in Rheinland-Pfalz keinen Platz. Daher hat der Verfassungsschutz jeder Form des Rechtsextremismus den Kampf angesagt. Ein weiteres zentrales Themenfeld auf der Agenda stellt der Islamismus dar. Schwerpunkte sind die Ausreise radikalierter Islamisten aus Deutschland in Krisenregionen und die anschließende Rückreise nach Deutschland, die die innere Sicherheit in besonderem Maß gefährdet. Auch bleiben die Ausspähungsversuche fremder Nachrichtendienste weiter ein wichtiges Thema des Verfassungsschutzes. Den Verfassungsschutzbericht finden Sie [Link](#) . Weitere Informationen zum Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz können Sie [Link](#) abrufen.

08.07.2014

Freiwillige Feuerwehren besser abgesichert

Ein Fonds schließt die Versorgungslücke bei Unfällen und Schäden für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren. Angehörige sind nun besser abgesichert und erhalten auch dann Unterstützungsleistungen, wenn die gesetzliche Unfallversicherung nicht greift, wie zum Beispiel bei bestehenden Vorerkrankungen der Feuerwehrfrau oder des Feuerwehrmannes.

04.07.2014

Gute Ideen für mehr Gleichstellung an Unis

Neben der Universität Koblenz-Landau konnten sich auch die Technische Universität Kaiserslautern sowie die Fachhochschule Kaiserslautern und damit alle drei Bewerberinnen aus Rheinland-Pfalz mit ihren Gleichstellungskonzepten beim 2012 neu aufgelegten Professorinnenprogramm durchsetzen.

02.07.2014

Zehn Optionen für neue Ganztagschulen

Sechs Grundschulen, zwei Realschulen plus und zwei Gymnasien im Land können zum Schuljahr 2015/2016 neu zur Ganztagschule in Angebotsform werden. Die zehn Schulen und ihre Schulträger haben eine entsprechende Option zur Errichtung einer Ganztagschule nach dem seit 2002 laufenden Landesprogramm erhalten. Weitere Informationen zum Landesprogramm Ganztagschule

[Link](#)

02.07.2014

Preis für die 115-App

Beim diesjährigen E-Government-Wettbewerb hat die unter rheinland-pfälzischer Federführung entwickelte 115-App überzeugt. Die App hat in der Kategorie „Bester Beitrag zur Umsetzung der Nationalen E-Government-Strategie (NEGS)“ den ersten Preis gewonnen.

Erstens kann sie Bürgern mehr zeitliche und räumliche Flexibilität bei der Inanspruchnahme des 115-Services bieten und damit den Zugang zur Verwaltung verbessern. Zweitens entlastet sie perspektivisch die 115-Servicecenter und leistet damit einen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Und drittens hat der mobile Kanal das Potenzial, die Flächendeckung und Nutzung der 115 zu erhöhen.

[Link](#)

24.06.2014

Konversionsbericht 2012/2013

Seit dem Jahr 1992 hat das Land Rheinland-Pfalz etwa 1,78 Milliarden Euro für Konversionsprojekte bewilligt. Dies betonte das Konversionskabinett im Rahmen der Präsentation des Konversionsberichts 2012/2013. Anders als andere Bundesländer habe Rheinland-Pfalz dabei den Fokus nicht nur auf die Liegenschaftskonversion gerichtet, sondern zudem ein umfangreiches Konversionsprogramm aufgelegt, um die Folgen des Beschäftigungsabbaus zu mildern und möglichst sozialverträglich zu gestalten. Außerdem berate und unterstütze das Land die Kommunen bei der Suche nach neuen Nutzungsmöglichkeiten der Konversionsflächen.

[Link](#)

[Link](#)

23.06.2014

Spielstube für Flüchtlingskinder eröffnet

In der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) Trier wurde eine Spielstube für Kinder eröffnet, die bis zu 75 Kindern im Vorschulalter Platz bietet. Nach Schulschluss sollen hier auch ältere Kinder betreut werden.

Viele Flüchtlingsfamilien haben während ihrer Flucht Schlimmes erlebt. Umso wichtiger ist es, den Kindern hier ein Stück Normalität zu bieten, wo sie mit anderen Kindern unbeschwert spielen und sich austoben können. Die Trierer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) ist in Rheinland-Pfalz die zentrale Anlaufstelle für Asylbegehrende.

[Link](#)

20.06.2014

Handbuch für familienfreundliche Kommunen

Das Familienministerium hat ein Handbuch zum Thema „Familienbildung im Netzwerk“ vorgestellt. Es dient den Jugendämtern als Arbeitshilfe, um Familienbildung zu planen und zu steuern. Dazu beschreibt es die aktuelle gesellschaftliche Situation von Familien und die Aufgaben zeitgemäßer Familienbildung, verdeutlicht Schnittstellen zu weiteren Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und stellt Verfahrensvorschläge, Arbeitsinstrumente und Beispiele zur konkreten Gestaltung von „Familienbildung im Netzwerk“ in der Praxis vor.

Familienbildung hat die Aufgabe, die Erziehungs- und Familienkompetenz von Eltern zu stärken und sie dabei zu unterstützen, die vielfältigen Aufgaben rund um die Familie zu meistern. Das Handbuch bietet eine Grundlage zur Gestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Kommune.

[Link](#)

[Link](#)

18.06.2014

Der neue Verbraucherschutz-bericht

Die Landesregierung hat den Verbraucherschutzbericht 2014 herausgegeben. Der Bericht informiert über Maßnahmen, Initiativen und Schwerpunkte der Landesregierung im jeweiligen Berichtszeitraum und dokumentiert den hohen Stellenwert, den die Landesregierung dem Verbraucherschutz beimisst. Der Bericht steht zum [Link](#) bereit: Hier finden Sie [Link](#) zum Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz.

17.06.2014

Initiative „Ich bin dabei!“

Ein Jahr nach dem Start der Initiative „Ich bin dabei!“ hat die Ministerpräsidentin die sechs Pilotkommunen und die vor Ort entstandenen Projekte zum Erfahrungsaustausch in die Staatskanzlei eingeladen. In Worms, Prüm, Nierstein-Oppenheim, Sprendlingen-Gensingen, Kirn-Land und Boppard engagieren sich mittlerweile 230 Menschen in 42 neuen Projektgruppen und setzen ihre selbst entwickelten Ideen um.

Die Initiative „Ich bin dabei!“ will Seniorinnen und Senioren für ehrenamtliches Engagement begeistern und Kommunen bei der Engagementförderung vor Ort unterstützen. Mit der Veranstaltung startete zugleich die Bewerbungsrunde für die zweite Staffel der Initiative.

[Link](#)

[Link](#)

16.06.2014

Erster Bildungstag der Großregion

Der erste Bildungstag der Großregion in SaarLorLux-Rheinland-Pfalz-Wallonie fand unter rheinland-pfälzischem Vorsitz in Trier statt. Die Bildungsministerinnen und Bildungsminister vereinbarten eine intensivere, grenzüberschreitende Zusammenarbeit. So sollen u.a. grenzüberschreitende Bildungsmaßnahmen, Aktivitäten und Projekte unterstützt und gefördert werden, wie z.B. Schulpartnerschaften, Begegnungen von Klassen und Lerngruppen und Schüleraustausche.

In Zukunft soll in jeder Gipfelpräsidentschaft ein Bildungstag der Großregion stattfinden.

13.06.2014

SchUM-Städte auf UNESCO-Vorschlagsliste

Die rheinland-pfälzischen SchUM-Städte haben es auf die neue nationale Vorschlagsliste zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste geschafft. Damit hat die Kultusministerkonferenz die große Bedeutung der SchUM-Städte für die Entwicklung des gesamten europäischen Judentums unterstrichen und rechnet ihnen sehr gute Chancen auf den Welterbe-Titel aus.

11.06.2014

Anhebung des Pensionsalters auf 67 Jahre

Der Ministerrat hat den Gesetzentwurf zur Anhebung der Pensionsgrenze für die Beamtinnen und Beamten und die Richterinnen und Richter in Rheinland-Pfalz im ersten Durchgang grundsätzlich gebilligt.

Der Gesetzentwurf enthält Regelungen zur Anhebung des Pensionsalters auf 67 Jahre, Angaben zur stufenweisen Einführung und Ausnahmeregelungen für verschiedene Dienstbereiche. Auch soll ein Arbeitszeitmodell eingeführt werden, um den Übergang in den Ruhestand flexibler gestalten zu können.

10.06.2014

Schulobstprogramm wird fortgesetzt

Aufgrund der hohen Beteiligung von Schulen und Kitas wird das EU-Schulobst und -gemüseprogramm unter dem Dach der Initiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ fortgesetzt. Seit dem Start des Programms haben sich über 1000 Schulen und mehr als 1650 Kitas zur Teilnahme angemeldet. Ziel des Programms ist es, jungen Menschen einen bewussteren und gesünderen Umgang mit Essen und Lebensmitteln zu vermitteln.

[Link](#)

05.06.2014

Demokratiekonferenz mit Kanton Aarau

Die rheinland-pfälzische Landesregierung traf sich mit der Regierung des schweizerischen Kantons Aargau zu einer gemeinsamen Demokratiekonferenz in Aarau (Schweiz). Im Zentrum der Gespräche stand die Bürgerbeteiligung und Aspekte der direkten Demokratie.

„Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sind für mich wichtige Themen. Das Verständnis von Demokratie wandelt sich, die Bürger fordern mit Recht mehr aktive Beteiligung ein“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

[Link](#)

04.06.2014

Rheinland-Pfalz eines der sichersten Länder

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2013 ergab, dass Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich eines der sichersten Bundesländer ist. Die Anzahl der registrierten Straftaten errechnet auf 100.000 Einwohner liegt mit 6.702 deutlich unter dem Bundeswert von 7.404. Die Aufklärungszahlen in Rheinland-Pfalz konnten auf 60,9 Prozent gesteigert werden. Damit belegt Rheinland-Pfalz bundesweit den viertbesten Rang.

[Link](#)

03.06.2014

Bürgernahe und transparente Zusammenarbeit

Der Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union hat anlässlich seines 20jährigen Bestehens die „Charta der Multi-Level-Governance“ beschlossen. Ministerpräsidentin Dreyer und Europaministerin Conrad unterzeichneten die Charta für die rheinland-pfälzische Landesregierung.

In diesem politischen Manifest fordern die europäischen Städte und Regionen Mitsprache ein und verpflichten sich auf allen politischen Ebenen partnerschaftlich zusammen zu arbeiten. „Die Stärkung der Regionen und ihre Mitwirkung in allen europäischen Angelegenheiten dient dem Prinzip eines bürgernahen und transparenten Europas“, sagte die Ministerpräsidentin.

[Link](#)

03.06.2014

Weiterer Schritt zur Landespflegekammer

Mit dem Ministerratsbeschluss zum Entwurf eines Heilberufsgesetzes wurde ein weiterer Schritt zu einer Pflegekammer in Rheinland-Pfalz getan. Das neue Heilberufsgesetz soll im Herbst 2014 verabschiedet werden und zum kommenden Jahr in Kraft treten.

Die Pflegekammer soll es Beschäftigten im Pflegebereich ermöglichen, an der Weiterentwicklung ihres Berufsbildes entscheidend mitzuwirken. Sie wird ihre Gründungsarbeit mit dem Gründungsausschuss im Jahr 2015 beginnen und ihre Arbeit als Interessenvertretung der Pflege zum Jahr 2016 aufnehmen können. Die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz ist damit die erste Pflegekammer Deutschlands.

[Link](#)

27.05.2014

Neue Rolle für Präsident des Rechnungshofs

Der Ministerrat hat in einer ersten Befassung den Entwurf zur Änderung des Landesgesetzes über den Rechnungshof Rheinland-Pfalz gebilligt. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass der Präsident beziehungsweise die Präsidentin des Rechnungshofes künftig auch zum / zur Landesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung bestellt werden kann. Bisher kann der Rechnungshofpräsident / die Rechnungshofpräsidentin aufgrund von Prüfungserfahrungen den Landtag, die Landesregierung und einzelne Ministerien beraten. Künftig soll die Beratung unabhängig von Prüfungen und bereits vor Entscheidungen über Projekte möglich sein.

22.05.2014

Land fördert Schulbauprojekte

Insgesamt 297 Schulbauprojekte von kommunalen und privaten Trägern bekommen im Jahr 2014 eine finanzielle Unterstützung durch das Land. Die Förderung unterstützt den Bau von zusätzlichen Unterrichts- und Fachräumen, von Verwaltungsräumen und Sportstätten oder bauliche Sicherheitsverbesserungen (Brandschutz, Amoksisicherung) sowie notwendige Neubau-, Ausbau- und Erweiterungsvorhaben.

[Link](#)

[Link](#)

20.05.2014

Landesprogramm "Umweltschutz im Alltag"

Das neue Landesprogramm ‚Umweltschutz im Alltag‘ will mit alltagstauglichen Beispielen zeigen, wie jeder und jede Einzelne schon mit Kleinigkeiten zum Umweltschutz beitragen kann. Das Programm wurde heute mit Kooperationspartnern aus Umwelt- und Verbraucherschutz, Wirtschaft und Politik vorgestellt. Der „Umweltipp des Monats“ richtet sich direkt an die Bürgerinnen und Bürger, er bündelt die Aktivitäten aller Mitwirkenden zu einem Thema und macht so landesweit darauf aufmerksam. Ein Flyer erläutert praktische Beispiele und eine Internet-Seite macht die Informationen für alle zugänglich. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz wird das Programm von Anfang an begleiten.

19.05.2014

Bekämpfung von Cybercrime

Internetkriminalität verbreitet sich in allen Kriminalitätsfeldern extrem dynamisch. Der Internetkriminalität bzw. dem Cybercrime tritt die Polizei in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung entschlossen entgegen. Dazu wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Fachhochschule Worms und dem Landeskriminalamt (LKA) geschlossen.

16.05.2014

Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat die Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte in Rheinland-Pfalz beschlossen. Die Ehrenamtskarte wird Menschen zur Verfügung stehen, die sich durchschnittlich mindestens fünf Stunden pro Woche beziehungsweise 250 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagieren, keine pauschale finanzielle Entschädigung für ihr Engagement erhalten und mindestens 16 Jahre alt sind. Die Karte bietet beispielsweise verbilligte Eintrittspreise in Museen, Theatern, Schwimmbädern oder Kinos. Kommunen können sich auf freiwilliger Basis an der Ehrenamtskarte beteiligen. Im Rahmen des landesweiten Ehrenamtstages am 14. September 2014 in Worms wird die Ehrenamtskarte von Ministerpräsidentin Dreyer gemeinsam mit den Pilotkommunen offiziell gestartet.

14.05.2014

Stiftung für Grünen Wall im Westen

Das Land bringt Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Westwall-Stiftung auf den Weg. Die Ruinen des Westwalls haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zum Lebensraum für zahlreiche geschützte Tier- und Pflanzenarten wie Fledermäuse, Wildkatzen und Eidechsen entwickelt. Die Reste des Westwalls sind zugleich ein Mahnmal, das an die verbrecherische Politik der Nationalsozialisten erinnert. An den Überresten eines Tod und Unheil bringenden Krieges ist heute eine Zuflucht für das Leben geworden, mitten in einem friedlichen Europa.

Das Land Rheinland-Pfalz will die Ruinen als einen einzigartigen Rückzugsraum für seltene Arten und gleichzeitig als Zeitzeugnis mit besonderer Bedeutung für die politische Bildung erhalten. Ziel ist es, dass die Stiftung ab dem 1. Oktober ihre Arbeit aufnehmen kann.

13.05.2014

Mietkappung in vier Landesstädten

Die Landesregierung hat gemeinsam mit dem Bauforum Rheinland-Pfalz und der Investitions- und Strukturbank (ISB) das Ergebnis eines Gutachtens zur Wohnraumnachfrage in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr präsentiert. Laut der Studie erfüllen die vier Städte Mainz, Trier, Speyer und Landau die Voraussetzungen für eine Kappungsgrenzen-Verordnung, da hier ist der Wohnraum knapp, die Mietbelastung hoch und die Leerstandsquote gering ist.

Die Oberbürgermeister der betroffenen Städte haben in Gesprächen mit dem Minister der Finanzen dem Erlass einer Kappungsgrenzen-Verordnung zugestimmt. Danach darf in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten die Miete bei laufenden Mietverträgen nur um maximal 15 statt bisher 20 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden.

08.05.2014

100 zusätzliche Dauerstellen an Hochschulen

Mehr unbefristete Stellen an den Hochschulen und verlässlichere Zukunftsperspektiven für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler – mit diesem Ziel hat die Landesregierung 100 zusätzliche dauerhafte Stellen im aktuellen Doppelhaushalt verankert. Die anhaltend hohen Studierendenzahlen bleiben eine große Herausforderung für unsere Hochschulen. Die 100 Stellen sind eine gezielte Investition in die Leistungsfähigkeit unseres Hochschulsystems“, so Bildungsministerin Doris Ahnen.

06.05.2014

Gemeinsame Kabinettsitzung mit Luxemburg

Der rheinland-pfälzische Ministerrat traf sich mit der Staatsregierung des Großherzogtums Luxemburg zu einer Auswärtigen Kabinettsitzung in Trier. Beide Regierungen sprachen sich für einen besseren Zugang zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt aus und äußerten das Ziel, die Zusammenarbeit insbesondere in der Berufsbildung, in der Jugendarbeitsmarktpolitik und auf dem Pflegearbeitsmarkt auszubauen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Verkehrsinfrastruktur und die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Großherzogtum.

[Link](#)

06.05.2014

Ausbau der Kinderbetreuung kommt gut voran

In Rheinland-Pfalz sind in den vergangenen drei Jahren 11.777 neue Kitaplätze für Unterdreijährige (U3) entstanden. Die Versorgungsquote stieg somit im genannten Zeitraum von 27,9 Prozent auf 38,7 Prozent, bzw. auf 41 Prozent bei Berücksichtigung der Plätze der Kindertagespflege. Es wurden 100,58 Mio. Euro an Landes- und Bundesmitteln in den U3-Ausbau investiert. Seitdem die Gelder des Bundes vollständig bewilligt sind, fördert das Land seit Dezember 2013 den U3-Ausbau ausschließlich aus eigener Kraft.

In den laufenden Doppelhaushalt 2014/2015 hat die Landesregierung 35 Mio. Euro für den U3-Ausbau eingestellt - in den gesamten Kitabereich fließen in diesem Zeitraum mehr als eine Milliarde Euro.

[Link](#)

06.05.2014

Mehr Geld für Jugendarbeit

Das Land hat die Zuschüsse zu sozialen Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit rückwirkend zum Jahresbeginn deutlich erhöht: 2014 stehen rund 1,5 Mio. Euro und 2015 rund 1,7 Mio. Euro zur Verfügung. Mithilfe Sozialer Bildungsmaßnahmen sollen Jugendliche, zumeist in Form von Projekten, Maßnahmen oder Spielideen über Tages- oder mehrtägige Veranstaltungen, eine bessere Interaktion in der Gruppe erlernen.

Die Mittelerhöhung kommt der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene und den Jugendverbänden zugute. Die Erhöhung der Landeszuschüsse soll sicherstellen, dass die Teilnahme an Freizeit- und Bildungsangeboten der Jugendarbeit nicht von der finanziellen Leistungskraft der Eltern abhängt. Damit trägt die Erhöhung der Fördermittel auch zur Bildungsgerechtigkeit bei.

[Link](#)

05.05.2014

Internetportal von Land und Kommunen

Um Bürgerinnen und Bürgern langfristig sämtliche Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung in Rheinland-Pfalz in einem Internetportal einfach und direkt zu bieten, wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land und den Kommunen unterzeichnet. Beide Seiten wollen bei den Informations- und Serviceangeboten besser zusammen arbeiten.

18.04.2014

Flohmärkte sonntags wieder möglich

Das Gesetz über Messen, Ausstellungen und Märkte ist am 18. April 2014 in Kraft getreten. Darin wurde geregelt, dass Spezialmärkte sowie Floh- und Trödelmärkte nun an bis zu acht Marktsonntagen pro Gemeinde stattfinden dürfen. Die Städte und Gemeinden können diese Tage selbst festlegen.

17.04.2014

18,4 Millionen Euro kommunale Investitionen

Im Rahmen des Investitionsstocks des Landes Rheinland-Pfalz werden 150 Vorhaben im Land mit insgesamt 18,4 Millionen Euro unterstützt. Damit können beispielsweise öffentliche Einrichtungen saniert und Ortsstraßen ausgebaut werden. Der Investitionsstock ist ein kräftiger Motor für die Bauwirtschaft, denn das tatsächlich ausgelöste Investitionsvolumen übertrifft das eingesetzte Fördervolumen regelmäßig um das Achtfache.

[Link](#)

14.04.2014

Chinareise von Malu Dreyer mit Delegation

Ministerpräsidentin Malu Dreyer kehrte von ihrer Delegationsreise aus China zurück. Vor Ort traf sie sich unter anderem mit führenden Politikern, Studentinnen sowie deutschen und chinesischen Unternehmern. Anlass der Delegationsreise war das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und der chinesischen Provinz Fujian. „Die Reise war sehr erfolgreich. Es gilt nun, den teils schon sehr engen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch weiter auszubauen“, so Malu Dreyer. Wein war eines der Themen der Reise: Die Ministerpräsidentin warb gemeinsam mit rheinland-pfälzischen Winzerfamilien und der Deutschen Weinkönigin Nadine Poss in der Deutschen Botschaft in Peking sowie in der rheinland-pfälzischen Partnerregion Fujian für rheinland-pfälzische Weine.

Die Ministerpräsidentin sprach auch die Menschenrechte an und betonte den Wert demokratischer Prinzipien.

[Link](#)

08.04.2014

Gesetzesverfahren zum Nationalpark startet

Rheinland-Pfalz und Saarland starten zeitgleich, länder- und parteiübergreifend das Gesetzesverfahren zum Nationalpark Hunsrück-Hochwald. Die Ministerräte beider Länder haben den Vorentwürfen zu einem Staatsvertrag sowie den dazugehörigen Landesgesetzen zugestimmt. Es ist der erste Nationalpark, der von Beginn an länderübergreifend entsteht. Staatsvertrag und Nationalparkgesetz sollen umsetzen, was mit der Region im Landeskonzept erarbeitet und abgestimmt wurde. Zum ersten Mal wird eine weitreichende Bürgerbeteiligung mit einem Nationalparkgesetz verbindlich festgeschrieben.

[Link](#)

08.04.2014

36 Breitbandprojekte erhalten Unterstützung

Die Landesregierung hat 62 Gemeinden für insgesamt 36 Breitbandprojekte eine Unterstützung von insgesamt 3,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Damit wird eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur als wichtiger Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen im Land gestärkt.

[Link](#)

07.04.2014

Ländlichen Raum klug entwickeln

Umweltministerin Ulrike Höfken und Staatssekretär Griese stellten die Eckpunkte des neuen Entwicklungsprogramms „EULLE“ für Rheinland-Pfalz vor. Mit Hilfe dieses Förderinstruments werden von 2014 bis 2020 über 600 Millionen Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume fließen. Das Programm beruht auf drei Säulen: Die Erhöhung der Fördersätze für Maßnahmen zum Umwelt-, Klima- und Tierschutz.

[Link](#)

31.03.2014

Zehn neue Ganztagschulen im neuen Schuljahr

Im Schuljahr 2014/2015 starten landesweit sieben Grundschulen, zwei Realschulen plus und ein Gymnasium neu als Ganztagschule. Die Zahl der Ganztagschulen im Land steigt damit auf 604.

[Link](#)

28.03.2014

Land führt Klagerecht für Tierschutz ein

Rheinland-Pfalz führt das Klagerecht für den Tierschutz ein. Damit wird Tieren ein gesetzlicher Vertreter zugestanden, der zu ihren Gunsten klagen und ihre Interessen geltend machen kann. Das Gesetz ermöglicht es Tierschutzvereinen schon bei der Genehmigung zur Tierhaltung mitzuwirken, zum Beispiel bei großen Mastanlagen.

Das Klagerecht für Tierschutzverbände ist ein großer Erfolg für den Tierschutz im Land. Rheinland-Pfalz ist das vierte Bundesland mit Tierschutzklagerecht und strebt auch eine bundesweite Regelung an.

25.03.2014

12,2 Millionen Euro für Radwege

Im Jahr 2013 hat die Landesregierung 12,2 Millionen Euro für den Bau von Radwegen ausgegeben. Insgesamt wurden rund 27 neue Radwegkilometer fertiggestellt. Die Investitionen konnten trotz Schuldenbremse gegenüber dem Jahr 2012 sogar ausgebaut werden.

[Link](#)

25.03.2014

Entwurf für neues Naturschutzgesetz

Bei der Vorstellung des Entwurfs für das neue Landesnaturschutzgesetz setzte die Umweltministerin neue Schwerpunkte bei der Grünlanderhaltung und den Regeln für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Es sollen zum Ausgleich für Eingriffe in die Natur verstärkt Pflege- und Bewirtschaftungsmaßnahmen erbracht werden. Ziel ist ökologisch wertvolle Flächen wie Streuobstwiesen oder artenreiche Trockenrasen und Weiden zu erhalten, den Flächenverbrauch zu begrenzen und vorhandene Flächen für den Naturschutz aufzuwerten. Das neue Landesnaturschutzgesetz will auch die Mitwirkungsmöglichkeit der Naturschutzverbände erweitern.

20.03.2014

Erste gemeinsame Demografiekonferenz

Gleiche Herausforderungen – vereinte Strategien: Rheinland-Pfalz und das Saarland veranstalteten erstmals eine gemeinsame Demografiekonferenz, um Ideen und grenzüberschreitende Strategien zum Umgang mit dem demografischen Wandel auszutauschen und weiter zu entwickeln. Neben den Ministerpräsidentinnen Malu Dreyer und Annegret Kramp-Karrenbauer und einigen Fachministerinnen und Fachministern beider Länder nahmen rund 100 Expertinnen und Experten an der Konferenz teil.

Gute Beispiele für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit sind gemeinsame Konzepte bei der Arbeits- und Ausbildungsvermittlung, Lösungsansätze für Herausforderungen bei der Dorfentwicklung oder der geplante grenzüberschreitende Nationalpark Hunsrück-Hochwald, der einen wichtigen Beitrag zur Regionalentwicklung leisten soll.

[Link](#)

[Link](#)

18.03.2014

Rechtsextremismus klar bekämpfen

Die Bilanz der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus zeigt, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz weiter einen hohen Stellenwert hat. Im Jahr 2013 wurden 25 Informationsveranstaltungen organisiert. Daran nahmen 1800 meist junge Menschen teil. So wurden beispielsweise die Studientage Rechtsextremismus im Alltag oder die Veranstaltungsreihe Jugendkongresse gegen Rechtsextremismus unterstützt.

[Link](#)

17.03.2014

Energiegipfel der Großregion in Trier

Engere Zusammenarbeit bei der Energiewende: Die Regierungen der Großregion haben beim Energiegipfel in Trier vereinbart, grenzüberschreitend in strategisch wichtigen Fragestellungen enger zusammenzuarbeiten. Durch den Austausch über klima- und energiepolitische Themen soll sich eine gemeinsame Strategie entwickeln. Vor allem bei der Energiewende sollen Impulse gesetzt werden. Die Teilnehmer des Energiegipfels unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung.

[Link](#)

07.03.2014

Dorferneuerung in 20 Ortsgemeinden

In das Dorferneuerungsprogramm 2014 wurden 20 Ortsgemeinden als Schwerpunktgemeinden aufgenommen. Im Programmjahr 2014 werden insgesamt 129 Dörfer von den zur Verfügung stehenden 17 Millionen Euro profitieren. Wichtige Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur in den Dörfern können auf diese Weise realisiert werden.

[Link](#)

06.03.2014

Zukunftsprogramm Gesundheit Pflege - 2020

Das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege – 2020“ soll künftig dazu beitragen, eine medizinische und pflegerische Versorgung auch in den ländlichen Regionen des Landes sicherzustellen. Dafür bündelt es bestehende Aktivitäten und setzt gleichzeitig neue Impulse für innovative Konzepte.

Gemeinsam mit den Partnern im Gesundheitswesen wurden drei Handlungsfelder definiert. Die Schwerpunkte liegen auf der Fachkräftesicherung in den Berufsgruppen der Medizinerinnen und Mediziner, der Pflegekräfte und der weiteren Gesundheitsfachberufe. Zudem wird die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten Angeboten und Diensten ausgebaut. Neue Chancen zur Gesundheitsversorgung jenseits der Zentren des Landes ergeben sich durch die Nutzung telemedizinischer Anwendungen. Diese sollen die unmittelbare Patientenversorgung über weite Entfernungen bzw. dezentrale Versorgungsstrukturen unter Nutzung der fachlichen Ressourcen aus den Zentren des Landes realisieren. [Link](#)

28.02.2014

Strategie zur Fachkräftesicherung

Die Mitglieder des Ovalen Tisches setzten ihre Arbeit an einer landesweiten Strategie zur Fachkräftesicherung fort. Unter anderem soll der duale Bildungsweg künftig noch stärker als attraktive Alternative zum reinen Hochschulstudium beworben werden. Zudem soll mithilfe von Jugendberufsagenturen die hohe Zahl an Jugendlichen, die bisher ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, verringert werden. Der „Erweiterte Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ ist ein bewährtes Gremium, in dem neben der Landesregierung Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftsverbände und der Kammern, der Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit, der Gewerkschaften und der Landtagsfraktionen vertreten sind. Das Gremium berät regelmäßig über die Situation auf dem Ausbildungsmarkt und über die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Informationen zu früheren Schwerpunkten wie der Start der Kampagnen: [Link](#) und [Link](#)

28.02.2014

Online-Schlichter: Erfolg für Verbraucher

Seit einem Jahr können Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer den Online-Schlichter bei Rechtsstreitigkeiten, die aus einem Online-Kauf oder einem online abgeschlossenen Vertrag resultieren, in Anspruch nehmen. Die Landesregierung war zum 1. März 2013 dem Projekt Online-Schlichter beigetreten.

[Link](#)

[Link](#)

27.02.2014

Staatswald FSC zertifiziert

17 weitere Forstämter in Rheinland-Pfalz erhalten mit dem Waldzertifikat FSC die Bestätigung, dass ihre Bewirtschaftung weltweit anerkannten Kriterien für nachhaltigen Waldbau entspricht. Das Umweltministerium hat das Ziel, dass alle rheinland-pfälzischen Forstämter dieses Zertifikat erhalten.

Ziel von FSC ist es, den Wald so zu bewirtschaften, dass die biologische Vielfalt erhalten bleibt, die lokale Bevölkerung einbezogen wird und es zugleich wirtschaftlich rentabel ist. Der Forest Stewardship Council® (FSC) wurde 1993 als international tätige, regierungsabhängige und gemeinnützige Organisation gegründet.

26.02.2014

Berufsbildende Schulen – Lehrerkampagne

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium startet unter dem Motto „Entdecke DIE LEHRE in Dir!“ eine eigene Image- und Werbekampagne für das Lehramt in berufsbildenden Schulen (BBS). Geworben wird dabei um Nachwuchs – insbesondere für die Mangelfächer Metalltechnik, Informationstechnik bzw. Informatik, Gesundheit, Pflege und Elektrotechnik sowie Mathematik.

[Link](#)

25.02.2014

Plus für Inklusion – Plus für Eltern

Der Ministerrat hat einer Novelle des Schulgesetzes zugestimmt, mit der ein vorbehaltloses Wahlrecht für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zwischen einem inklusiven Unterrichtsangebot in einer Schwerpunktschule und in einer Förderschule gesetzlich verankert werden soll. Die Gesetzesnovelle soll mit Beginn des neuen Schuljahres am 1.8.2014 in Kraft treten.

21.02.2014

Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz

Die Forschungsinitiative ist ein erfolgreiches Förderinstrument, um die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Universitäten und Fachhochschulen weiter auszubauen. Für die Fortsetzung der Initiative bis 2016 sind weitere 60 Millionen Euro im aktuellen Doppelhaushalt eingeplant. Die Hochschulen haben mit dem Wissenschaftsministerium Zielvereinbarungen formuliert, in denen sie ihre Entwicklungs- und Forschungskonzepte skizzieren.

[Link](#)

14.02.2014

Mehr Geld für Kommunen

Im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs wurden die ersten Abschlagszahlungen auf die Schlüsselzuweisungen durch das Land geleistet.

Bei Gemeinden und Gemeindeverbänden gingen Zahlungen des Landes in der Höhe von 351,2 Millionen Euro ein. Das sind 92 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Damit leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen.

[Link](#)

10.02.2014

Regionenbesuche: Malu Dreyer im Gespräch

2014 wird für Ministerpräsidentin Malu Dreyer das Jahr ihrer Begegnungen in den Regionen sein! Sie startete unter dem Titel „Malu Dreyer im Gespräch“ im Donnersbergkreis und im Kreis Kusel ihre Regionenbesuche. Besuchsstationen waren der Eiswoog am Rande des Pfälzerwaldes, die Firma Mobotix AG in Langweiler und in Kusel das Horst-Eckel-Haus. Dort kam sie bei einem Empfang mit etwa 200 Bürgerinnen und Bürgern aus beiden Kreisen zusammen. Malu Dreyer sagte: „Ich freue mich auf vielfältige Begegnungen und möchte von den Menschen hören, wo der Schuh drückt. Miteinander diskutieren, Ideen entwickeln, Positionen austauschen, davon lebt Politik.“ Der zweite Regionenbesuch führte Ministerpräsidentin Malu Dreyer am 7. März nach Speyer und in den Kreis Germersheim. Während des Besuchs traf sie sich unter anderem mit der Musikklasse der Privaten Grundschule der Dominikanerinnen des Klosters St. Magdalena, mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dom-Besuchermanagements in Speyer und mit Mitarbeitern der Firma DBK David + Bader in Rülzheim. Bei einem abendlichen Empfang in der Stadthalle Germersheim kam die Ministerpräsidentin mit ca. 200 Bürgerinnen und Bürgern aus Speyer und dem Landkreis zusammen. In den folgenden Monaten wird die Ministerpräsidentin weitere Regionen in Rheinland-Pfalz besuchen. „Heute und in den kommenden Jahren geht es mir um einen ebenso intensiven wie fruchtbringenden Dialog mit den Menschen im ganzen Land“, so die Ministerpräsidentin.

Hier finden Sie das [Link](#) zum Regionenbesuch im Donnersbergkreis und im Kreis Kusel

[Link](#) und [Link](#) vom Regionenbesuch in Speyer und im Kreis Germersheim

07.02.2014

"Jedem Kind seine Kunst" begeistert

Innerhalb kürzester Zeit ist es gelungen, bei allen Beteiligten ein großes Interesse an dem rheinland-pfälzischen Landesprogramm „Jedem Kind seine Kunst“ zu wecken. 85 Künstlerinnen und Künstler beteiligen sich im ersten Halbjahr 2014 an dieser Initiative. Waren es in der ersten Antragsrunde im zweiten Halbjahr 2013 noch 110 Projekte, die landesweit umgesetzt wurden, waren es im ersten Halbjahr des Jahres 2014 bereits 258.

[Link](#)

[Link](#)

[Link](#)

05.02.2014

Jugendforum - Feedback und neues Europaforum

Wie verläuft die Umsetzung der auf dem „jugendforum rlp“ erarbeiteten Vorschläge? Auf der Feedbackveranstaltung in der Staatskanzlei standen Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Jugendministerin Irene Alt und Europaministerin Margit Conrad den Fragen junger Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer Rede und Antwort. Es wurden alle von den Jugendlichen eingebrachten Vorschläge offen diskutiert. Einige der Vorschläge stimmten mit den Zielen und Maßnahmen der Landesregierung überein, wie etwa die Gebührenfreiheit der Universitäten und die Abschaffung der Studienkonten. In anderen Punkten, wie der Legalisierung von Marihuana, machte die Landesregierung aber auch klar, warum sie den eingebrachten Vorschlägen entgegensteht. Zum Hintergrund: Unter dem Motto „liken, teilen, was bewegen – jugendforum rlp“ hatten die Staatskanzlei und die Bertelsmann Stiftung im Mai 2012 ein landesweit angelegte Beteiligungsprojekt für und mit Jugendlichen gestartet. Insgesamt hatten sich an der Online-Diskussion etwa 6.000 Besucherinnen und Besucher beteiligt. Mit Blick auf die Europawahl ist aktuell das Jugendforum Europa angelaufen. Das bewährte Konzept von Offline- und Online-Phase ergänzen sich und bieten den Jugendlichen Anstöße zur aktiven Auseinandersetzung mit Europa. Links zur [Link](#) und [Link](#) Link zu den [Link](#) und zum [Link](#) zur Feedbackveranstaltung

05.02.2014

Regionalbüro Nationalpark startet durch

Mit dem Regionalbüro bekommt der geplante Nationalpark im Hunsrück eine erste Anlaufstelle. Gemeinsam mit ihrem saarländischen Kollegen, Reinhold Jost, eröffnet die Ministerin das Regionalbüro in Birkenfeld. Das Regionalbüro mit seinem zehnköpfigen Starterteam stellt wichtige Ansprechpartner für die Anliegen aus der Region bereit. Das Team soll gleichzeitig Strukturen schaffen, die für einen Nationalpark gebraucht werden. [Link](#)

03.02.2014

Verteilnetzstudie veröffentlicht

Im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung unter Ministerin Eveline Lemke erstellten Energynautics GmbH, das Öko-Institut e.V. und die Kanzlei Bird & Bird LLP eine Studie zum Netzausbau in Rheinland-Pfalz. Diese kommt zum Ergebnis, dass die Netze im Land im Rahmen des Landesziels „100 Prozent Erneuerbare bis 2030“ mit realisierbarem Aufwand ausgebaut und ertüchtigt werden können. Insbesondere ist das durch bereits existierende Technologien wie Ortsnetztransformatoren, Dynamic Line Rating und Hochtemperaturseile möglich. Die Netze werden so in den meisten Fällen optimiert, statt neu aufgestellt.

[Link](#)

[Link](#)

03.02.2014

Gewässerschonende Landwirtschaft startet

Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken startete das Programm „Gewässerschonende Landwirtschaft“. Das Grundwasser in Rheinland-Pfalz enthält zu viel Nitrat. In Flüssen, Bächen und Seen sind Phosphor und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln zu finden. Um die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in Rheinland-Pfalz zu schützen, will das Ministerium die Schad- und Nährstoffstoffeinträge in Zusammenarbeit mit den Landwirten reduzieren. Das neue Programm soll die Beratung der Landwirte sowie deren Zusammenarbeit mit den Wasserversorgern stärken. [Link](#)

01.02.2014

Zusätzliche Kapazitäten für Flüchtlinge

Erstaufnahmeeinrichtung des Landes für Asylsuchende bezieht Außenstelle in Trier. Im Jahr 2013 haben in Deutschland rund 110.000 Menschen erstmalig Asyl begehrt. Gegenüber dem Jahr 2012 bedeutete dies eine Steigerung von rund 64 %. Für das Jahr 2014 rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit weiterhin steigenden Zugangszahlen. Rheinland-Pfalz ist verpflichtet einen Anteil von 4,8 % der Asylbegehrenden zunächst in einer Erstaufnahmeeinrichtung aufzunehmen und unterzubringen, bevor diese auf die Kommunen verteilt werden. Deshalb hat die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) Trier zum 1. Februar 2014 eine Außenstelle in der ehemaligen General-von-Seidel-Kaserne in Trier in Betrieb genommen. Mit der Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten für die Erstaufnahme von Asylsuchenden reagiert die Landesregierung auf die steigenden Flüchtlingszahlen. Mit dem ehemaligen Kasernengebäude erweitert die AfA ihre Kapazität um weitere 150 Plätze. Integrationsministerin Irene Alt appelliert an alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, Asylbewerberinnen und Asylbewerber offen zu begegnen und sie im Land willkommen zu heißen. Es sei der Landesregierung schon aus humanitären Gründen ein Anliegen, diesen Menschen Schutz und die Perspektive auf ein Leben in Sicherheit zu bieten

31.01.2014

Weiterentwicklung der BBS

Der demografische Wandel mit deutlich sinkenden Schülerzahlen einerseits und der steigende Bedarf der Wirtschaft an gut qualifiziertem Nachwuchs andererseits machen insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schulen eine strukturelle Weiterentwicklung erforderlich. Vor diesem Hintergrund hatte Bildungsministerin Doris Ahnen eine Expertengruppe eingesetzt. Ein Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der Lehrerverbände und -gewerkschaften, der BBS-Schulleitungen und des Landeselternbeirats hat seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen vorgelegt.

[Link](#)

28.01.2014

Stiftung: Grüner Wall im Westen

Umweltministerin Ulrike Höfken und Finanzstaatssekretär Salvatore Barbaro stellten den Gesetzentwurf zur Gründung der Stiftung „Grüner Wall im Westen“ vor. Rheinland-Pfalz wird die Ruinen im Oktober vom Bund übernehmen und hat sich damit verpflichtet, die Anlagen zu sichern. Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Ruinen als Zeitzeugnis für nachkommende Generationen zu erhalten und gleichzeitig als einen einzigartigen Rückzugsraum für seltene Arten zu sichern. Das lange, grüne Band bildet zudem einen wertvollen Biotopverbund. [Link](#)

21.01.2014

Neues Landeswassergesetz

Umweltministerin Ulrike Höfken stellte den Entwurf zum neuen Landeswassergesetz im Kabinett vor. Die Gewässer des Landes zählen zu den wichtigsten Ressourcen - als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als das Lebensmittel Nummer 1. Es gilt sie dauerhaft zu schützen. Das Landeswassergesetz bildet zusammen mit dem Wasserhaushaltsgesetz des Bundes - die Grundlage für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer. Es regelt den Ausgleich verschiedener Nutzungsinteressen, neben der Trinkwasserversorgung zum Beispiel die Bewässerung durch die Landwirtschaft, die Abwasserentsorgung für Industrie und Kommunen oder die Erzeugung erneuerbarer Energie durch Wasserkraft.

13.01.2014

„Starke Kommunen – Starkes Land“

Die Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ startet in die Produktivphase. Nachdem eine Fachjury 14 Verbandsgemeinden für sechs Modellregionen ausgewählt hatte, gaben Ministerpräsidentin Dreyer und Innenminister Lewentz den Startschuss. Mit der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ testet das Innenministerium bis zum Sommer 2016 mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels neue Wege kommunaler Politik, um darauf aufbauend landesweit übertragbare Modelle zu entwickeln.

Die ausgewählten Kommunen erhalten die Möglichkeit, neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit, der Bürgerbeteiligung und der demografiefesten Kommunalpolitik zu erproben. Das Innenministerium stellt für die Modellgemeinden professionelle Moderation und eine weitreichende Ko-Finanzierung zur Verfügung.

[Link](#)

[Link](#)

[Link](#)

10.01.2014

Neues Konzept für Integration

Unter dem Titel „Integration, Anerkennung und Teilhabe – Leben gemeinsam gestalten“ präsentierte die Landesregierung ein neues Integrationskonzept. In neun Handlungsfeldern werden konkrete Maßnahmen benannt, durch die die Integration und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert und unterstützt werden soll. Einen neuen Schwerpunkt bildet dabei das Handlungsfeld „Flüchtlinge“.

„Dieses Integrationskonzept setzt einen neuen Akzent: Wir verfolgen damit das Ziel, die vollständige Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen zu erreichen. Denn Integration bedeutet mehr als das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserer Gesellschaft“, so Integrationsministerin Irene Alt. [Link](#)

17.12.2013

Zertifikat in Werkstatt für Behinderte

In Rheinland-Pfalz werden erstmalig Zertifikate an Absolventinnen und Absolventen der Beruflichen Bildung in Werkstätten für behinderte Menschen verliehen. Sozialminister Alexander Schweitzer betonte, dass mit der Verleihung der Zertifikate für den Berufsbildungsbereich ein wichtiges behindertenpolitisches Signal gesetzt wird. „Erstmals erhalten in Rheinland-Pfalz Menschen mit Behinderungen eine Anerkennung ihrer Leistungen und eine schriftliche Bestätigung, die den erfolgreichen Abschluss der zweijährigen Maßnahme im Berufsbildungsbereich dokumentiert. Das Zertifikat kann zudem als Türöffner bei der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt genutzt werden, da es die in der Werkstatt erworbenen Kompetenzen, berufspraktischen Fähigkeiten und Leistungen des Einzelnen nachweist“, so der Minister.

17.12.2013

Kommunen stimmen Nationalpark zu

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Nationalpark - Der Großteil der rheinland-pfälzischen Kommunen in der Nationalparkregion hat sich für das Landeskonzept zum Nationalpark im Hunsrück entschieden. In einem Zeitraum von drei Monaten haben von 75 Orts- und drei Verbandsgemeinden insgesamt 62 Gemeinden und drei Verbandsgemeinden dem Konzept zugestimmt.

„Damit ist ein beispielgebender, demokratischer Prozess zu einem klaren Abschluss gekommen. Die Menschen im Hunsrück haben gezeigt, wie Bürgerbeteiligung aussehen kann. Das könnte Vorbild für andere Entscheidungsprozesse im Land ein“, so Umweltministerin Ulrike Höfken über die Abstimmung.

[Link](#)

12.12.2013

Doppelhaushalt 2014/15 verabschiedet

Der Landtag hat den Doppelhaushalt für die kommenden Jahre 2014 und 2015 verabschiedet. Der Doppelhaushalt setzt klare politische Schwerpunkte im Bereich der Bildung und des ökologischen Umbaus und behält dabei die festgelegten Sparziele im Blick. Das strukturelle Defizit soll 2014 auf 716 Millionen und 2015 auf 607 Millionen Euro sinken. Die Regierung bekennt sich trotz Sparzwängen weiterhin zur gebührenfreien Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule, zu einem weiteren Ausbau des Angebotes an Kindertagesstätten sowie zu Investitionen in Schulen und Hochschulen. Allein für die Betriebs- und Investitionskosten in den Kindertagesstätten stellt das Land im Jahre 2014 insgesamt 455 Millionen Euro und im Jahre 2015 480 Millionen Euro bereit. Zudem wird den Kommunen deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt. Die rheinland-pfälzischen Kommunen werden vom Land aus dem kommunalen Finanzausgleich bis 2016 eine halbe Milliarde Euro mehr erhalten. [Link](#)

[Link](#)

06.12.2013

Forum für Betriebs- und Personalräte 2013

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatte rund 900 Betriebs- und Personalräte sowie Schwerbehindertenvertretungen aus ganz Rheinland-Pfalz zum jährlich stattfindenden Forum in die Mainzer Phönixhalle eingeladen.

Die Zukunft der Arbeit stand im Mittelpunkt der Veranstaltung bei der Ministerpräsidentin Dreyer und Arbeitsminister Alexander Schweitzer betonten, dass bei den Koalitionsverhandlungen im Bund ein „Durchbruch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ erzielt wurde. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, die Stärkung von Tarifverträgen, die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen sowie die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren werden erhebliche Verbesserungen für viele Menschen bedeuten. Vor allem der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn entspreche einer langjährigen Forderung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, die dazu zahlreiche Bundesratsinitiativen mit auf den Weg gebracht habe und mit dem vor zweieinhalb Jahren geschaffenen Landestariftreuegesetz mit gutem Beispiel vorangehe. [Link](#)

02.12.2013

Immaterielles Kulturerbe in Rheinland-Pfalz

Vier Gruppen und Gemeinschaften aus Rheinland-Pfalz bewerben sich um die Aufnahme in das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes (IKE). Die „Genossenschaftsidee“, die „Kunst, in Morsetelegrafie zu kommunizieren“, „Satire“ und die „Kultur des Westerwälder Töpferhandwerks“ haben ihre Anträge beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur eingereicht. Nach einer Überprüfung werden diese bis Mitte April 2014 über die Kultusministerkonferenz an das Expertenkomitee Immaterielles Kulturerbe der Deutschen UNESCO-Kommission weitergeleitet. Voraussichtlich im Dezember 2014 werden die ersten Einträge in das bundesweite Verzeichnis präsentiert.

[Link](#)

[Link](#)

02.12.2013

Stärkere Zusammenarbeit der Großregion

Die Großregion zwischen Rhein, Mosel, Saar und Maas arbeitet seit vielen Jahren eng zusammen. Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verdichten gründete die Großregion ein gemeinsames Sekretariat. Das Sekretariat wird seinen Sitz im Haus der Großregion in Luxemburg-Stadt haben und Mitte 2014 mit der Arbeit beginnen. Es wird zum einen für die Organisation der Gipfel verantwortlich sein, darüber hinaus soll es die Zuständigkeit für Fragen der Bürgerinnen und Bürger und für die Kommunikation grenzüberschreitenden Aktivitäten übernehmen.

Während ihrer zweijährigen Gipfelpräsidentschaft der Großregion, die im Januar 2013 begonnen hat, stellt Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Zusammenarbeit in den Bereichen Fachkräftesicherung in den Pflegeberufen, grenzüberschreitende Berufsbildung und Jugendarbeitsmarktpolitik in den Vordergrund. Weiterer Schwerpunkt ist die Kooperation auf dem Energiesektor. „Mit vielen guten Projekten wollen wir die Großregion mit ihren elf Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen zu einer europäischen Modellregion für die Energiewende machen“, so Ministerpräsidentin Dreyer. Im November 2013 fand dazu bereits der erste „Energiekongress der Großregion“ in Trier statt.

[Link](#)

26.11.2013

Bericht: Lage von Menschen mit Behinderung

Sozialminister Alexander Schweitzer und der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Matthias Rösch, stellten den fünften Bericht zur Lage von behinderten Menschen und Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen vor. Der Bericht informiert über die jüngsten Entwicklungen der Teilhabepolitik in Rheinland-Pfalz im Zeitraum von 2011 bis 2013. Sozialminister Alexander Schweitzer sagte, der Landesbericht zur Lage von Menschen mit Behinderungen zeige, dass Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg hin zu einem inklusiven Land sei. „In dem alle zwei Jahre vorgelegten Bericht werden die wesentlichen Entwicklungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen, gesellschaftliche Teilhabe und Barrierefreiheit vorgestellt. Auch wird ein Überblick über weitere Ziele der Inklusionspolitik gegeben. Besonders wichtig dabei ist der Landesregierung die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten für eine nachhaltige Teilhabepolitik“, so Schweitzer.

[Link](#) .

[Link](#)

25.11.2013

Europastrategie für Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Ministerrat tagte zwei Tage in Brüssel. Während dieser auswärtigen Ministerratssitzung präsentierte die Landesregierung ihre „Europastrategie für eine soziale und nachhaltige EU mit regionaler Identität“. Die Europastrategie formuliert die Leitlinien und die Handlungsfelder, die Grundlagen und Schwerpunkte der Europapolitik der Landesregierung. Das Thema Europa soll künftig in der Öffentlichkeit noch stärker hervorgehoben werden. Dazu sollen auch weiterhin Veranstaltungen und Schulbesuche von Mitgliedern der Landesregierung und die Kampagne „Europa vor Ort“ beitragen. Zudem wird die alljährlich im Mai stattfindende Europawoche fortgeführt und die Förderung europäischer Partnerschaften von Kommunen, Vereinen und Schulen sowie Hochschulen verstärkt. Die Ministerinnen und Minister trafen sich zu weiteren Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der Europäischen Kommission. Ministerpräsidentin Dreyer, die stellvertretende Ministerpräsidentin Lemke und Europaministerin Conrad trafen außerdem mit dem Präsidenten der EU-Kommission Barroso zusammen.

[Link](#)

[Link](#)

[Link](#)

22.11.2013

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik

Der Frauenanteil in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten lag nach der Kommunalwahl 2009 bei durchschnittlich 16,8 Prozent. „Das kann und darf uns nicht zufriedenstellen. Wir wünschen uns eine deutlich stärkere Beteiligung von Frauen in den kommunalen Räten und fordern Frauen ausdrücklich auf, bei der Kommunalwahl zu kandidieren“, sagt Frauenministerin Irene Alt anlässlich der Veranstaltung „Forum Kommunal - Frauen in die Räte!“

Durch die Novellierung des rheinland-pfälzischen Kommunalwahlgesetzes im April 2013 erhofft sich die Landesregierung einen höheren Frauenanteil in den Parlamenten nach der Kommunalwahl im kommenden Frühjahr 2014. Das Gesetz formuliert unter anderem das Ziel, dass in den Kommunalparlamenten gleich viele Männer wie Frauen sitzen mögen. Am „Forum Kommunal – Frauen in die Räte!“ nahmen rund 80 Frauen teil. Der Kreis der Teilnehmerinnen setzte sich zusammen aus Mentees und Mentorinnen des regionalen überparteilichen Programms „Mit Mentoring vor Ort – Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!“, Landtagsabgeordnete, Bürgermeisterinnen und Kommunalpolitikerinnen. Das Forum lud zum Erfahrungsaustausch über ihre politischen Werdegänge und Erfahrungen. [Link](#) [Link](#)

21.11.2013

Jedem Kind seine Kunst – Auswahl 2. Runde

Eine Fachjury unter Vorsitz von Kulturstaatssekretär Walter Schumacher hat 201 Projektideen für die zweite Runde von Jedem Kind seine Kunst ausgewählt. Diese können im Jahr 2014 in zwei Projektphasen realisiert werden. Jedem Kind seine Kunst ist ein Programm, bei dem professionelle Künstlerinnen und Künstler mit Schulen, Kindertagesstätten, Vereinen, Jugendzentren oder anderen Einrichtungen zusammenarbeiten, um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene anzuregen, selbst künstlerisch tätig zu werden. Alle Ausdrucksformen sind dabei möglich: Bildende Kunst, Literatur, Musik, Filme, aber auch Architektur.

[Link](#)

20.11.2013

Halbzeitbilanz der Landesregierung

„Viel erreicht und noch viel vor - Rheinland-Pfalz: Das Land der Chancen!“03083mm

Vor zweieinhalb Jahren, am 18. Mai 2011, nahm die erste rot-grüne Landesregierung von Rheinland-Pfalz ihre Arbeit auf. Eine positive Zwischenbilanz zogen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die stellvertretende Ministerpräsidentin Eveline Lemke zur Halbzeit der Legislaturperiode:

„Rot-Grün regiert gut und erfolgreich. Rheinland-Pfalz ist ein starker Standort für Mensch, Natur und Wirtschaft. Gemeinsam haben wir bereits viel erreicht für die Menschen in unserem Land. Auch in der zweiten Regierungshälfte werden wir neue Chancen für Rheinland-Pfalz schaffen, um die Voraussetzungen für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Dazu gehört auch, dass wir konsequent den Weg gehen, unser strukturelles Defizit auf Null zu fahren,“ so Malu Dreyer und Eveline Lemke.

„Transparenz und Beteiligung sind die Merkmale der rot-grünen Landesregierung - so werden wir die Landesregierung weiter erfolgreich führen,“ erklärten Malu Dreyer und Eveline Lemke mit Blick auf die zweite Hälfte der gemeinsamen Legislaturperiode.

06.11.2013

Modernes Gesetz zur Kreislaufwirtschaft

Der Weg für einen modernen Umgang mit Rohstoff-Resten oder Abfällen ist mit der einstimmigen Verabschiedung des neuen Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes durch den Landtag offen. Das wird sich insbesondere in den Regionen auswirken: Erstmals werden die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger verpflichtet, kommunales Stoffstrommanagement in ihren Abfallwirtschaftskonzepten zu berücksichtigen. Die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger der öffentlich-rechtlichen Entsorgung sollen immer stärker die Versorgung der Wirtschaft mit Sekundärrohstoffen übernehmen. [Link](#)

05.11.2013

Duale Ausbildung - Neue Kampagne

Die stellvertretende Ministerpräsidentin Eveline Lemke stellte zusammen mit Partnern des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung sowie beispielgebenden jungen Berufstätigen die Kampagne „Nach vorne führen viele Wege“ vor. Die Kampagne betont die Bedeutung der dualen Ausbildung und die Chancen, die sie jungen Menschen bietet. Die Kampagne richtet sich mit Informationsveranstaltungen, einer Broschüre, einem Online-Informationsangebot und einem landesweiten Elternabend am 18. November 2013 sowohl an Schülerinnen und Schüler als auch an deren Eltern. „Häufig brauchen junge Menschen und ihre Eltern bei den Entscheidungen zum Bildungs- und Ausbildungsweg Rat und Unterstützung. Rheinland-Pfalz bietet mit einer leistungsfähigen und aufstiegsorientierten Bildungslandschaft vielfältige Chancen, die mit dieser Kampagne dargestellt werden,“ so Eveline Lemke bei der Vorstellung der Kampagne. [Link](#) [Link](#)

05.11.2013

Gerechtere Agrarförderung

Bei der Sonder-Agrarministerkonferenz in München hat sich Rheinland-Pfalz erfolgreich für eine sozial- und umweltgerechtere Verteilung der EU-Agrarmittel in Deutschland eingesetzt. Damit sind die Weichen für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik gestellt. Erstmals wird die mittelständische bäuerliche Landwirtschaft in ihrer Leistung und Bedeutung besser anerkannt und gestärkt. „Wir haben eine deutliche Verbesserung für unsere bäuerlichen Betriebe bewirkt,“ freute sich Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken. Mit den erreichten Umverteilungen in der sogenannten Ersten Säule könnten die Direktzahlung stabilisiert und teilweise verbessert werden. „Zurzeit bekommen 20 Prozent der Betriebe in Deutschland 80 Prozent der Mittel. Von der neuen Förderung werden 90 Prozent unserer Betriebe profitieren,“ sagte Höfken.

04.11.2013

Erstes Forum Technologietransfer

Die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ergebnissen in wirtschaftliche Entwicklung und Nutzung, also Technologietransfer, war der Schwerpunkt dieser Veranstaltung. In ihrer Regierungserklärung im Januar 2013 hatte Ministerpräsidentin Malu Dreyer ein Forum Technologietransfer initiiert, um die noch engere Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in Rheinland-Pfalz zu fördern. Die rheinland-pfälzische Landesregierung entwickelt ihre Innovationsstrategie weiter und orientiert sich dabei vor allem an den Stärken des Landes. Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zu einem der führenden Innovationsstandorte zu machen. Das unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer heute beim von ihr initiierten ersten Forum Technologietransfer in Mainz. Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium arbeiteten bei der Weiterentwicklung der Innovationsstrategie sehr eng mit Experten aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und weiteren Akteuren zusammen. Veranstalter des Forums Technologietransfer waren neben der Staatskanzlei das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung sowie die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP). [Link](#)

04.11.2013

Erste landesweite Demografiewoche

Die erste landesweite Demografiewoche in Rheinland-Pfalz vom 28. Oktober bis 4. November 2013 war ein großer Erfolg. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Demografieminister Alexander Schweitzer lobten die enorme Resonanz der Aktionswoche und dankten allen Beteiligten für deren Einsatz und Engagement. Unter dem Motto „Gut für Generationen- Zusammenland Rheinland-Pfalz!“ wurden über 320 Veranstaltungen von rund 200 Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Kommunen, Verbänden, Vereinen, Kirchen, Universitäten und Institutionen im ganzen Land angeboten. Die Mitglieder der rheinland-pfälzischen Landesregierung waren während der Aktionswoche in allen Regionen unterwegs und haben Veranstaltungen unter anderem zu den Themen Migration, Bildung, Mobilität, Verbraucherschutz und dem Generationendialog besucht. Dieser Austausch mit den engagierten Partnern vor Ort und die gewonnenen Eindrücke werden in die Arbeit des Demografiekabinetts und die Weiterentwicklung unserer Demografiestrategie einfließen,“ unterstrich der Staatssekretär im Demografieministerium, David Langner, bei der Abschlussveranstaltung am 4. November 2013 in Pirmasens. [Link](#) [Link](#)

31.10.2013

8. Demokratietag: Einmischen Mitgestalten

Der 8. Demokratietag in Rheinland-Pfalz fand heute im Konferenzzentrum des ZDF statt. Der Demokratietag richtet sich an Kinder und Jugendliche und versteht sich in diesem Jahr als Messe für Kinder- und Jugendbeteiligung mit dem Motto „Einmischen und Mitgestalten“. Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonte die Bedeutung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement für das moderne Bildungsverständnis. Sie bekräftigte das Ziel der Landesregierung, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen, um jungen Menschen früher eine Partizipationsmöglichkeit zu bieten. Kinder- und Jugendministerin Irene Alt hob die Bedeutung der Demokratiebildung bereits lange vor dem Gang zur Wahlurne hervor. Veranstaltet wird der Demokratietag von der Gesellschaft für Demokratiepädagogik gemeinsam mit der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, dem Jugend- und dem Bildungsministerium, der Serviceagentur „Gänztätig lernen“ und dem Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung. Es gibt zahlreiche weitere Partner und Unterstützer, Medienpartner sind das ZDF, der SWR und die Allgemeine Zeitung Mainz. Hier finden Sie [Link](#) und [Link](#) zum 8. Demokratietag

29.10.2013

Landesgesetz zu Marktsonntagen

Der Ministerrat hat dem Entwurf eines „Landesgesetzes über Messen, Ausstellungen und Märkte“ zugestimmt. Die Regelung sieht vor, dass Gemeinden durch Rechtsverordnung bis zu acht Marktsonntage (z.B. für Floh- und Trödelmärkte, für Bauern- oder Biomärkte, Antik- oder Kunsthandwerkermärkte usw.) und auch verkaufsoffene Sonntage im Jahr festlegen können. Unabhängig von der Festlegung eines Marktsonntages können an allen Adventssonntagen Weihnachtsmärkte und unter bestimmten Bedingungen auch Messen und Ausstellungen an Sonntagen veranstaltet werden. Der Gesetzentwurf ergänzt damit geltendes Recht und schafft so die Voraussetzung, auch weiterhin Floh- und andere Märkte abzuhalten und dennoch den Schutz der Sonn- und Feiertage zu gewährleisten. Bei der Ausarbeitung des Entwurfs waren Verbände, Gewerkschaften und auch die Kirchen umfassend beteiligt.

22.10.2013

Projekt Transparenzgesetz

Der rheinland-pfälzische Ministerrat ist einen wichtigen Schritt in Richtung Transparentes Regierungshandeln gegangen. Dort wurde beschlossen, dass in einem ressortübergreifenden Projekt ein Transparenzgesetz erarbeitet wird. Ziele sind dabei eine größere Transparenz und mehr Bürgernähe in einer modernen und effizienten Landesverwaltung. Ministerpräsidentin Dreyer hatte in ihrer Regierungserklärung ein rheinland-pfälzisches Transparenzgesetz angekündigt. Dieser Ministerratsbeschluss vom 22. Oktober 2013 macht den Weg frei für weitere Schritte.

21.10.2013

Alle Häuser der Familie jetzt zertifiziert

Die Häuser der Familien haben sich in den vergangenen sechs Jahren in allen rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten als Orte der Begegnung für verschiedene Generationen etabliert und stellen mittlerweile ein zentrales Element einer familienunterstützenden Infrastruktur in den Kommunen dar. Familienministerin Irene Alt hat am 21.10.13 die letzten fünfzehn Häuser der Familie zertifiziert. Nachdem vor zwei Jahren ein bundesweit einmaliges Zertifizierungsverfahren begann, erklärte Familienministerin Irene Alt bei dem 13. Standorttreffen der Häuser der Familie in Mainz „Wer heute das Zertifikat ‚Haus der Familie‘ bekommt, der hat bewiesen, dass er nicht nur bereit ist, sich weiterzuentwickeln, sondern auch die Familien vor Ort und ihre unterschiedlichen Bedarfe immer im Blick hat. Die Aktiven leisten eine hervorragende Arbeit und halten für die Familien vor Ort ein vielseitiges und entlastendes Angebot vor, das die Chance zur Mitgestaltung bietet.“ [Link](#)

[Link](#)

15.10.2013

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Am 16. Oktober 2013 tritt das Landesgesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz - BQFG) in Kraft. Das Gesetz legt die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse für rund 100 landesrechtlich geregelte Berufe fest. Das betrifft z.B. die Berufe Erzieher/in, Altenpfleger/in und viele schulische Ausbildungsberufe. Das Gesetz, wird einerseits bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels helfen und andererseits die Lebens- und Teilhabechancen der Menschen mit Migrationshintergrund enorm erhöhen. [Link](#) [Link](#)

11.10.2013

Gute Ergebnisse in MINT-Fächern

Bei der Überprüfung der Bildungsstandards für Mathematik und für die Naturwissenschaften (Biologie, Physik und Chemie) haben die rheinland-pfälzischen Schulen überdurchschnittlich abgeschnitten. In Biologie und Chemie gehören sie sogar zur Spitzengruppe. Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) präsentierte die Ergebnisse des Ländervergleichs.

[Link](#)

09.10.2013

Stärkung der Rechte der Eltern

Bildungsministerin Doris Ahnen stellte die zentralen Inhalte des Regierungsentwurfs für eine Änderung des Schulgesetzes vor: „Die schrittweise Schaffung eines inklusiven Schulangebots ist die aktuell größte bildungspolitische Herausforderung“, erklärte Bildungsministerin Doris Ahnen. Mit dem Entwurf des vierten Landesgesetzes zur Änderung des Schulgesetzes will die Landesregierung die Rechte der Eltern von Kindern mit Behinderung stärken. Dabei soll ein vorbehaltloses Wahlrecht zwischen einem inklusiven Angebot in einer Schwerpunktschule und einem sich an der Art der Behinderung orientierenden Schulangebot in einer Förderschule im Gesetz verankert werden. Die bisherigen rechtlichen Einschränkungen dieser Wahl fallen damit weg. Neben diesem zentralen Beitrag zur Inklusion soll die Mitbestimmung von Elternbeiräten und Schülervertretungen weiter gestärkt werden. Der Entwurf ist - nach der Zustimmung durch das Kabinett am 30.09.2013 - jetzt in die Anhörung gegangen.

08.10.2013

5 Jahre "Medienkompetenz macht Schule"

In Rheinland-Pfalz wird seit 2007 sehr erfolgreich das 10-Punkte-Programm Medienkompetenz macht Schule umgesetzt, das sich die umfassende und ganzheitliche Förderung der Medienkompetenz aller an schulischer Bildung Beteiligter - von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern - zum Ziel gesetzt hat. Mit diesem Programm hat Rheinland-Pfalz einen bundesweit beachteten Akzent in der Medienbildung gesetzt. Das Bildungsministerium hat eine 5-Jahres-Bilanz des Programms Medienkompetenz macht Schule gezogen und im Ministerrat vorgestellt. Die Erfolge können sich sehen lassen:- 472 Schulen landesweit wurden mit fast 10.000 Notebooks und weit mehr als 1.200 Interaktiven Whiteboards ausgestattet.- Mehr als 51.000 Teilnahmen an Fortbildungsveranstaltungen zur Nutzung digitaler Medien im Unterricht sind seit 2007 zu verzeichnen.- Rund 2.100 Lehrkräfte wurden für die Aufgabe als Jugendmedienschutzberater oder Jugendmedienschutzberaterin qualifiziert.- Mehr als 1.300 Schülerinnen und Schüler wurden zu Medienscouts ausgebildet.- 27.000 interessierte Eltern erhielten in 700 Informationsveranstaltungen breit gefächerte Informationen, z.B. zum Umgang mit Verträgen für Handys und Smartphones oder zur Förderung einer verantwortungsvollen Computer- und Internetnutzung durch ihre Kinder. [Link](#)

29.09.2013

10. Landesweiter Ehrenamtstag in Speyer

Am 29. September 2013 fand in Speyer der zehnte landesweite Ehrenamtstag Rheinland-Pfalz statt. Die Ministerpräsidentin lud unter der Überschrift Ehrenamt in Rheinland-Pfalz - sozial und nachhaltig 90 ehrenamtliche Projekte, Initiativen und Vereine in die FairTradeStadt Speyer ein. Wie in den vergangenen Jahren war der Ehrenamtstag als Kooperationsveranstaltung der Staatskanzlei mit dem SWR und der gastgebenden Kommune konzipiert. Der Markt der Möglichkeiten, die Geräteausstellung der Hilfs- und Rettungsdienste und das Kulturprogramm sind auf den Ehrenamtstagen bewährte Foren für die Ehrenamtlichen, um sich und ihr Engagement zu präsentieren. In der Live-Sendung des SWR-Fernsehens Ehrensache 2013 wurden ehrenamtlich Tätige ausgezeichnet. So standen sie für einen Abend ganz besonders im Mittelpunkt. [Link](#)

26.09.2013

Landeskonzept für Nationalpark vorgestellt

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Umweltministerin Ulrike Höfken stellten in Kirschweiler das Landeskonzept für den geplanten Nationalpark vor. Ziel ist es, den Schutz des einzigartigen nationalen Naturerbes im Hunsrück mit der Entwicklung einer ganzen Region zu verbinden. Fördermittel, Programme und Maßnahmen des Landes sollen dort konzentriert werden. Das Konzept, in das auch viele Ergebnisse des Bürgerdialogs eingeflossen sind, soll nun von den Kommunen vor Ort bewertet werden. [Link](#)

25.09.2013

Aktionswoche: RLP - Ein Land voller Energie!

Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Schulen, Unternehmen, Verbände und wissenschaftliche Einrichtungen öffnen erstmalig in einer landesweiten Aktionswoche vom 25. September bis 2. Oktober ihre Türen, schlagen Stände auf oder bieten Besichtigungstouren an, um zu zeigen, wie sie sich für die Energiewende im Land engagieren. Insgesamt beteiligen sich Menschen und Organisationen mit mehr als 120 Veranstaltungen und Projekten an der Aktionswoche unter dem Motto Rheinland-Pfalz - Ein Land voller Energie! Die Aktionswoche hat sich zum Ziel gesetzt, dass Interessierte die Energiewende im Land erleben können und wird von der Energieagentur Rheinland-Pfalz organisiert.

24.09.2013

Jedem Kind seine Kunst - Fortführung 2014

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur hat die zweite Bewerbungsrunde für Projekte der kulturellen Bildung gestartet, die im ersten Halbjahr 2014 im Rahmen des Landesprogramms Jedem Kind seine Kunst durchgeführt werden sollen. Jedem Kind seine Kunst ist ein Programm, bei dem professionelle Künstlerinnen und Künstler mit Schulen, Kindertagesstätten, Vereinen, Jugendzentren oder anderen Einrichtungen zusammenarbeiten, um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene anzuregen, selbst künstlerisch tätig zu werden. Alle Ausdrucksformen sind dabei möglich: Bildende Kunst, Literatur, Musik, Filme, aber auch Architektur. Das Land finanziert die bereits begonnenen beziehungsweise noch bis zum Jahresende angebotenen Projekte mit rund 142.000 Euro. [Link](#)

20.09.2013

Bericht des Verfassungsschutzes für 2012

Im Mittelpunkt der Berichterstattung des Verfassungsschutzberichtes 2012 steht wie im Vorjahr der Rechtsextremismus. Innenminister Lewentz hob hervor, dass seit vielen Jahren konsequent, beharrlich und vor allem erfolgreich gegen den Rechtsextremismus im Land vorgegangen werde. Dennoch gilt für Staat und Zivilgesellschaft, wachsam zu bleiben, nicht nur weil Gewalt prägt, sondern weil Jugendliche weiterhin im Fokus der Rechtsextremisten stehen. Die Präventionsarbeit nimmt daher seit Jahren eine Schlüsselrolle in der Bekämpfungsstrategie der Landesregierung ein, um einer individuellen Radikalisierung Einzelner zuvor zu kommen. Nicht nur im Rechtsextremismus, auch im Islamismus ist die Radikalisierung Einzelner die größte Herausforderung. [Link](#)

19.09.2013

Gesetzentwurf zur Verbandklage im Tierschutz

Umweltministerin Ulrike Höfken brachte den Gesetzentwurf zur Einführung der Verbandsklage im Tierschutz ins Parlament ein. Das vorgelegte Gesetz ermöglicht den Vereinen, in tierschutzrechtlichen Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren mitzuwirken und räumt ihnen ein Klagerecht ein. Damit erhofft sich die Landesregierung auch mehr Sensibilität in Tierschutzfragen und eine bessere Prävention tierschutzwidriger Verhaltensweisen. Das geltende Tierschutzrecht bleibt unverändert bestehen, seine Durchsetzung wird aber deutlich gestärkt.

18.09.2013

Aufnahme weiterer syrischer Flüchtlinge

Rheinland-Pfalz nimmt ab sofort zusätzliche syrische Flüchtlinge auf. Syrer beziehungsweise Menschen mit syrischen Wurzeln, die in Rheinland-Pfalz leben, können ihre Verwandten, die auf der Flucht sind, zu sich holen. Dazu müssen sie oder eine dritte Person eine Verpflichtungserklärung abgeben, mit der sie nachweisen, dass alle anfallenden Kosten von ihnen getragen werden. Als eines der ersten Bundesländer hatte sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass das Land über das bundesweite sogenannte 5.000er-Kontingent hinaus weitere syrische Flüchtlinge aufnehmen kann. Der Bundesinnenminister hat unserer eingereichten Aufnahmeanordnung zugestimmt. Damit müssen wir dem Morden in Syrien nicht länger tatenlos zusehen, sondern können Flüchtlingen mit Angehörigen in Rheinland-Pfalz Schutz bieten - das wurde höchste Zeit,“ reagierte Integrationsministerin Irene Alt erleichtert auf die Entscheidung des Bundesinnenministers. Über die Aufnahmeanordnung (§ 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz) können Flüchtlinge nach Rheinland-Pfalz einreisen. Bereits hier lebende Angehörige müssen sich verpflichten, ihnen eine Unterkunft zu bieten und für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Die Flüchtlinge erhalten zu ihrem vorübergehenden Schutz zunächst eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis. [Link](#)

16.09.2013

167 Millionen Euro für Landesstraßen

Die Landesregierung investiert in den Jahren 2014 und 2015 insgesamt rund 167 Millionen Euro für den Landesstraßenbau in Rheinland-Pfalz, insgesamt verzeichnet das neue Landesstraßenbauprogramm 357 einzelne Straßenbauvorhaben. Die Straßenbauinvestitionen können damit trotz Schuldenbremse gegenüber den Vorjahren gesteigert werden. Ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz ist insbesondere notwendig, weil der ländliche Raum nicht abgehängt werden darf. Um den ländlichen Regionen auch weiterhin als Lebens- und Arbeitsraum Perspektiven zu geben, müssen die Menschen an die wirtschaftlichen Zentren angebunden bleiben. Dafür sind gute und sichere Straßen unverzichtbar; dem trägt die Landesregierung mit dem neuen Straßenbauprogramm Rechnung.

10.09.2013

Bundesweite Aktionswoche eröffnet

Die neunte bundesweite Aktionswoche zum Bürgerschaftlichen Engagement bis zum 21. September 2013 wurde zum ersten Mal in der Staatskanzlei in Mainz eröffnet. Die Gastgeberin Ministerpräsidentin Malu Dreyer begrüßte unter den rund 300 geladenen Gäste unter anderem auch Karl Kardinal Lehmann. Malu Dreyer betonte den Wert bürgerschaftlichen Engagements für die Gesellschaft und auch das Land Rheinland-Pfalz. Sie betonte, wie wichtig auch die Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlich Engagierten sei. Die bundesweite Aktionswoche sei eine sehr gute Möglichkeit, den Engagierten zu danken und öffentliche Aufmerksamkeit für das vielfältige Engagement zu erzeugen. Die Aktionswoche wird vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, Schirmherr ist Bundespräsident Joachim Gauck. [Link](#)

10.09.2013

Anhebung des Mindestentgeltes

Seit dem 1. Januar 2013 dürfen öffentliche Aufträge mit einem Volumen von mindestens 20.000 Euro nur noch an Firmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten ein Brutto-Mindestentgelt in Höhe von 8,70 Euro pro Stunde bezahlen. Am 30. August 2013 hat sich die Mindestentgeltkommission auf eine Anhebung des Mindestentgeltsatzes auf 8,90 Euro brutto pro Stunde ab dem 1. Juli 2014 verständigt. Dieser Vorschlag wurde am 10. September 2013 durch das Kabinett angenommen. Das neue Mindestentgelt wird nunmehr per Landesverordnung festgesetzt werden. Gesetzliche Grundlage für die Mindestentgeltverpflichtung ist das im März 2011 in Kraft getretene Landestariftreuegesetz. Rheinland-Pfalz war damit bundesweit Vorreiter und auch Vorbild für entsprechende Gesetze anderer Bundesländer. [Link](#)

04.09.2013

Landesrat für digitale Entwicklung Kultur

Am 4. September 2013 konstituierte sich in Mainz der Landesrat für digitale Entwicklung und Kultur. Er besteht aus 14 Fachexperten und -expertinnen für Fragen der digitalen Gesellschaft und soll dreimal im Jahr tagen. Wie in der Regierungserklärung vom 30. Januar 2013 angekündigt, wird das Gremium die Ministerpräsidentin in allen Bereichen der digitalen Entwicklung beraten.

[Link](#)

[Link](#)

29.08.2013

Forum Außenwirtschaft 2013

Der Außenhandel ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist auf den internationalen Märkten stark vertreten. Mit einer Exportquote von rund 54 Prozent liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich unter den Bundesländern auf Platz drei. Diese erfreuliche Bilanz ist das Ergebnis erfolgreicher Auslandsaktivitäten des rheinland-pfälzischen Mittelstandes. Unter anderem auch durch das jährlich vom Wirtschaftsministerium durchgeführte Außenwirtschaftsforum bietet sich den Unternehmen eine Plattform, auf der die exportorientierte mittelständische rheinland-pfälzische Wirtschaft konzeptionell mit der Landesregierung ins Gespräch kommt. [Link](#) [Link](#)

28.08.2013

Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2014/15

Mit dem Doppelhaushalt 2014 / 2015 wird das strukturelle Defizit weiter abgebaut. Es beträgt 713,6 Millionen Euro im nächsten Jahr, 2015 sinkt es auf 600,8 Millionen Euro. Dabei werden aber auch im Bereich der Kommunen, der Bildung und der Infrastruktur politische Schwerpunkte gesetzt. Bei dem Doppelhaushalt 2014 / 2015 wurden alle Ausgabepositionen auf den Prüfstand gestellt und eine Reihe von Einsparmaßnahmen vorgenommen. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben werden eingehalten. [Link](#)

27.08.2013

Aufhebung der Residenzpflicht

Asylsuchende mit laufenden Asylverfahren haben in Rheinland-Pfalz endgültig volle Bewegungsfreiheit innerhalb der Landesgrenzen. Mit dem Kabinettsbeschluss ist die sogenannte Residenzpflicht damit für Rheinland-Pfalz aufgehoben. Bereits seit August 2011 dürfen sich Asylsuchende aufgrund eines Erlasses des Integrationsministeriums im gesamten Land Rheinland-Pfalz frei bewegen. Mit dem Beschluss der Landesregierung ist die Bewegungsfreiheit von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern innerhalb der Landesgrenzen nun gesetzlich verbrieft. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer neuen Ausländer- und Flüchtlingspolitik, die die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in diesem Land so human wie möglich zu gestalten will. So hat die Landesregierung auch auf Bundesebene eine Reihe von rechtspolitischen Initiativen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ergriffen. Hierzu zählen die Bereitschaft zur Aufnahme zusätzlicher syrischer Flüchtlinge und der erfolgreiche Einstieg in das Resettlement-Programm zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge. Darüber hinaus hat sich das Land intensiv für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eingesetzt, damit Menschen, die sich bereits längere Zeit in der Bundesrepublik aufhalten und sich in die Gesellschaft integriert haben, eine aufenthaltsrechtliche Perspektive erhalten können.

[Link](#)

[Link](#)

19.08.2013

Neues Schuljahr - Gute Angebote im Land

Weitere Verbesserungen bei den Ganztagschulen in Angebotsform: Von 209 Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden (auch kreisfreien Städten) haben im Schuljahr 2013/2014 186 mindestens eine Grundschule mit Ganztagsangebot. Dies entspricht einem Anteil von ca. 89 %. In 33 der 36 Landkreise bzw. kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz bestehen im Schuljahr 2013/2014 Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, davon haben 31 mindestens ein Ganztagsangebot. Dies entspricht einem Anteil von ca. 92 %. Im Schuljahr 2013/2014 sind 61 % aller Schulen der Sekundarstufe I mit Angebots-Ganztagschulen versorgt. Kleinere Klassen in der Grundschule: Mit Beginn dieses Schuljahres sind in den Klassen eins bis drei aller 969 Grundschulen 24 Schülerinnen und Schüler die Obergrenze. Bislang galten 28 beziehungsweise 30 angemeldete Schülerinnen und Schüler als Grenze für eine Klassenteilung. Mit Beginn des Schuljahres 2014/15 werden alle Grundschulklassen nicht mehr als 24 Kinder umfassen.

[Link](#)

Realschule plus/Integrierte Gesamtschulen Mit dem Ende des Schuljahres ist die Schulstrukturreform mit dem Auslaufen der öffentlichen Haupt- und Realschulen beendet. Im Schuljahr 2013/14 haben 186 Realschulen plus, von denen mittlerweile 25 mit einer Fachoberschule verbunden sind sowie 55 Integrierte Gesamtschulen Schülerinnen und Schüler aufgenommen. Ziel für die kommenden Jahre ist die pädagogische Ausgestaltung und Weiterentwicklung innerhalb dieser Schularten.

[Link](#)

09.08.2013

Anwaltliche Beratungsstellen

Anlässlich eines Besuchs der Anwaltlichen Beratungsstelle in Kaiserslautern betonte Staatssekretärin Beate Reich die Bedeutung des Projektes Anwaltliche Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz. Das Projekt Anwaltliche Beratungsstellen wurde bereits 2010 ins Leben gerufen. In Bad Kreuznach, Mainz, Ludwigshafen, Pirmasens und Kaiserslautern nahmen anwaltliche Beratungsstellen ihre Arbeit auf. Insbesondere finanziell schwächeren Jugendlichen soll durch die Beratungsstellen schneller und unkomplizierter Zugang zu qualifiziertem Rechtsrat eröffnet werden. Im März 2013 fiel in einem Gespräch von Justizminister Hartloff mit den Vorsitzenden der örtlichen Anwaltsvereine die Entscheidung, die ursprünglich als Pilotprojekt angelegten anwaltlichen Beratungsstellen dauerhaft fortzuführen und - falls erforderlich und möglich - auf weitere Standorte auszudehnen. [Link](#)

06.08.2013

Jedem Kind seine Kunst

Landesprogramm Jedem Kind seine Kunst startet mit 110 Projekten: Mit Jedem Kind seine Kunst möchte die Landesregierung nicht nur den bereits bestehenden Angeboten kultureller Bildung weitere und möglichst flächendeckende hinzufügen. Vielmehr soll auch ein Beitrag dazu geleistet werden, dass Künstlerinnen und Künstler auf der einen Seite und schulische sowie außerschulische Bildungseinrichtungen auf der anderen Seite enger zusammenrücken und mehr voneinander erfahren. Eine Datenbank verbindet professionelle Künstlerinnen und Künstler und ihre Projektideen mit Schulen, Kindertagesstätten, Jugendzentren, Vereinen und anderen Einrichtungen, um eine Zusammenarbeit zu verabreden. Selbstverständlich können besagte Künstlerinnen und Künstler ihrerseits aktiv auf diese Institutionen zugehen, um ihre Leistungen anzubieten. Das Land übernimmt dabei die Honorarkosten für die Künstlerinnen und Künstler.

[Link](#)

01.08.2013

Kita: RLP erfüllt Rechtsanspruch

Das Land erreichte zum Stichtag 1. August 2013 eine Versorgungsquote von rund 39 Prozent und steht damit unter den westdeutschen Flächenländern an der Spitze. Auch einzigartig in Deutschland: Der Besuch des Kindergartens ist ab dem 2. Lebensjahr beitragsfrei. Dabei hat Rheinland-Pfalz immer die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung im Blick. Quantität und Qualität gehen Hand in Hand. Ermöglicht wurde der hohe Ausbaustand durch die finanzielle Unterstützung von Kommunen und freien Trägern beim Ausbau der Kindertagesstätten. Mit der Offensive Kindertagespflege werden außerdem zusätzliche Möglichkeiten für die Kindertagespflege geschaffen. Seit Juni 2013 können Kinder im Rahmen der Kindertagespflege auch außerhalb der Wohnung der Eltern bzw. der Tagesmütter betreut werden, wenn diese Räume geeignet sind. Diese Änderung des Kindertagesstättengesetzes ermöglicht besonders kleinen und mittleren Betrieben, qualifizierte Kinderbetreuung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzubieten. Gleichzeitig soll die Offensive auch die Festanstellung von Kindertagespflegepersonen erleichtern. Mit der Offensive Kindertagespflege schafft das Land ein weiteres Angebot, um dem zu erwartenden Betreuungsanspruch für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, bedarfsgerecht zu begegnen. Für die Landesregierung stellt die Erfüllung des Rechtsanspruchs ein wesentlicher familienpolitischer Meilenstein auf dem Weg zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar.

[Link](#) [Link](#)

01.08.2013

Beitritt zum "Online-Schlichter"

Mit nur wenigen Klicks ist es heute möglich, im Internet Elektronikgeräte, Haushaltswaren, Veranstaltungstickets u.v.m. zu erwerben. Doch wie sollen Verbraucherinnen und Verbraucher reklamieren, wenn Waren z.B. fehlerhaft, zu spät oder gar nicht geliefert werden? Die Landesregierung trat zum 1. März 2013 dem Projekt Der Online-Schlichter bei, der Schlichtungsstelle für den elektronischen Geschäftsverkehr. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher aus Rheinland-Pfalz bei Vertragsstreitigkeiten mit deutschen Online-Händlern vom Angebot der kostenfreien Online-Schlichtung profitieren. Der Online Schlichter wird vom Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz mit Sitz in Kehl getragen. Neben Rheinland-Pfalz beteiligen sich Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Hessen sowie Trusted Shops, die DEVK Versicherungen und der Bundesverband Direktvertrieb Deutschland an der Schlichtungsstelle.

[Link](#)

30.07.2013

Einführung eines Medienkompasses

Start der Pilotphase an 17 Schulen der Primarstufe (Grund- u. Förderschulen): Schülerinnen und Schülern wird der freiwillige Erwerb eines MEDIENKOMPASS.rlp (als Zusatzqualifikation zum schulischen Zeugnis) angeboten, indem sie die Möglichkeit erhalten, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse im Bereich Medienkompetenz zu entwickeln, sie Schritt für Schritt auszubauen und sie auf der Grundlage verbindlicher Standards nachzuweisen. [Link](#) [Link](#)

19.07.2013

Kochbus für "Rheinland-Pfalz isst besser"

Ernährungsministerin Ulrike Höfken startete den Kochbus, der die Landeskampagne Rheinland-Pfalz isst besser zu den Leuten bringt. Der Kochbus ist eine Bühne, um ernährungspolitische Themen wie Kita- und Schulverpflegung, Armut oder Klimaschutz konkret zu machen. Akteure aus dem Lebensmittelbereich von der Landwirtschaft über die Ernährungsberatung bis zur Gastronomie können ihn nutzen, um ihre Initiativen vorzustellen. Zudem können Menschen aller Altersgruppen beim Kochen über die Herkunft der Lebensmittel, ihre umweltgerechte Produktion und ihre Wertigkeit ins Gespräch kommen.

19.07.2013

Initiative für ländlichen Raum

Die Landesregierung hat eine neue Zukunftsinitiative für mehr Zusammenarbeit zwischen den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden ins Leben gerufen. Mit aktiver Unterstützung des Landes können die Kommunen im Rahmen der Initiative **Starke Kommunen - Starkes Land** neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln und demografiefeste Entwicklungspläne erarbeiten. [Link](#)

17.07.2013

Windatlas Rheinland-Pfalz

Zusammen mit dem Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebunds Winfried Manns hat Energieministerin Eveline Lemke den Windatlas sowie die Broschüre **Windkraft und Kommunen** vorgestellt. Konzentriert und an windstarken Standorten sollen zukünftig Windkraftanlagen im Land entstehen. Hierzu liefert der Windatlas Rheinland-Pfalz wesentliche neue Datengrundlagen. Der TÜV SÜD hat binnen 4 Monaten die Windpotenziale für Rheinland-Pfalz untersucht und die Ergebnisse dieser Untersuchung in dem Windatlas zusammengefasst, die auch online abzurufen sind. Hier finden Sie [Link](#) und hier die Broschüre "[0308http://www.mwkel.rlp.de/File/Windatlas-pdf/_2/Link](http://www.mwkel.rlp.de/File/Windatlas-pdf/_2/Link) [Link](#) [Link](#)

12.07.2013

Förderung für Frauen in der Wissenschaft

Professorinnenprogramm fördert Top-Wissenschaftlerinnen erfolgreich: Ohne hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen, die Spitzenfunktionen bekleiden und in den Hochschulen Verantwortung übernehmen, ist ein konkurrenzfähiger Wissenschaftsstandort undenkbar - das gilt auch für Rheinland-Pfalz. Das Professorinnenprogramm von Bund und Ländern hat hier Dynamik ins System gebracht. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern beschloss nun Fortsetzung des Professorinnenprogramms bis 2017. Ziel des Programms ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in Hochschulen zu unterstützen, die Repräsentanz von Frauen auf allen Qualifikationsstufen im Wissenschaftssystem nachhaltig zu verbessern und die Anzahl von Wissenschaftlerinnen in wissenschaftlichen Spitzenämtern zu steigern. [Link](#)

09.07.2013

Initiative "Ich bin dabei!"

Das Projekt "Ich bin dabei!," das sich an Kommunen und ältere Menschen richtet, hatten Ministerpräsidentin Dreyer und der Beauftragte der Ministerpräsidentin für ehrenamtliches Engagement, Bernhard Nacke, bereits im Juli 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. In dem Projekt geht es darum, älteren Menschen, die sich für ein Ehrenamt interessieren, den Weg dahin aber noch nicht gefunden haben, Schulung und Unterstützung anzubieten. Seitens der Landesregierung sind die Kommunen die wichtigsten Partner in dieser Initiative, da sich dort das Engagement konkret entfaltet. Die Landesregierung wird in diesem Projekt Kommunen unterstützen, den Seniorinnen und Senioren die genannten Angebote zu machen. Am 9. Juli 2013 hat die Ministerpräsidentin nun Städte, Landkreise, Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden aufgerufen, sich für dieses Projekt zu bewerben. Informationen zur [Link](#) und zum [Link](#)

04.07.2013

Wirtschaftspolitische Regierungserklärung

Unter dem Titel "Das Morgen denken, das Morgen gestalten" hielt Wirtschaftsministerin Lemke ihre Regierungserklärung zur nachhaltigen Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz. Darin hat die Landesregierung ihre programmatischen Grundsätze einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik formuliert, die das Ziel hat, die rheinland-pfälzische Wirtschaft auf die ökologisch-ökonomischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Die von der rot-grünen Landesregierung ergriffenen und geplanten Maßnahmen weisen in ihrer Wirkung weit über die aktuelle Legislaturperiode hinaus. Die Regierungserklärung hat verdeutlicht: Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung dient der Zukunft des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz: Eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen greift ineinander, damit sich die rheinland-pfälzischen Unternehmen weiterhin national und international erfolgreich behaupten. [Link](#)

03.07.2013

SWR-Staatsvertrag unterzeichnet

Im Rahmen einer Feierstunde unterzeichneten Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Ministerpräsident Winfried Kretschmann heute in Baden-Baden den neuen SWR-Staatsvertrag. Vor rund 50 geladenen Gästen aus Politik und Medien in den Räumen des Palais Biron erklärten die beiden Regierungschefs: "Der neue Staatsvertrag macht den SWR noch stärker und leistungsfähiger und eröffnet ihm die Chancen der digitalisierten, konvergenten Medienwelt. Mit mehr Flexibilität für ein jüngeres, trimediales Programm, mehr Staatsferne in gestärkten Aufsichtsgremien, denen erstmals Muslime sowie Sinti und Roma angehören, mehr Transparenz und einer verbindlichen Frauenquote schaffen wir einen modernen SWR, der fit für die Zukunft ist und auch weiterhin eine profilierte Rolle im ARD-Verbund spielt." [0308https://www.youtube.com/watch?v=mLr0pJj9d3g](https://www.youtube.com/watch?v=mLr0pJj9d3g) [Link](#) [Link](#)

03.07.2013

Landespflegekammer

Im Juli 2013 begrüßte Gesundheitsminister Alexander Schweitzer in Mainz 18 Mitglieder aus unterschiedlichen Einrichtungen der Gesundheits- und Krankenpflege zur Gründungskonferenz einer Landespflegekammer. Diese wird in Rheinland-Pfalz künftig ähnliche Aufgaben wahrnehmen wie andere Heilberufskammern, z.B. Ärztekammer, Apothekerkammer oder Psychotherapeutenkammer. Die Landespflegekammer soll sowohl das Gesamtinteresse der Berufsgruppe wahren als auch die beruflichen Interessen der einzelnen Pflegefachberufe berücksichtigen. Der Gründungskonferenz war ein Dialogverfahren mit einer Abstimmung vorgeschaltet. 75,8 Prozent derjenigen, die sich an der Abstimmung davon beteiligten, stimmten für die Einrichtung einer Pflegekammer. Der Aufbau der Pflegekammer ist grundsätzlich als gestuftes Verfahren vorgesehen. Die Pflegekammer soll im Heilberufsgesetz (HeilBG) verankert werden. Bis zur Etablierung des im Heilberufsgesetzes vorgesehenen Gründungsausschuss wird die Gründungskonferenz zur Einrichtung einer Landespflegekammer das zentrale Element sein. [Link](#)

02.07.2013

Kommunal- und Verwaltungsreform

Die Kommunal- und Verwaltungsreform gehört zu den politischen Schwerpunkten der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Zwar haben sich die vor rund 40 Jahren im Rahmen der letzten großen Kommunalreform in Rheinland-Pfalz herbeigeführten Änderungen prinzipiell bewährt. Gleichwohl besteht landesweit Übereinstimmung dahingehend, dass die derzeitigen Kommunal- und Verwaltungsstrukturen in Rheinland-Pfalz einer Weiterentwicklung und Optimierung bedürfen, um die Verwaltung des Landes und der Kommunen zukunftsfähig zu machen. Viele Gemeinden haben sich bis zum Ende der Freiwilligkeitsphase auf den Weg gemacht und gute Lösungen erarbeitet und ganz erheblich von der „Hochzeitsprämie“, Schuldenhilfe oder Projektförderungen profitiert. Der Ministerrat hat nun die letzten vier der insgesamt zehn Gesetzentwürfe für Gebietsänderungen im Rahmen der Nachfreiwilligkeitsphase der Kommunal- und Verwaltungsreform grundsätzlich gebilligt. Die betroffenen Gebietskörperschaften und die kommunalen Spitzenverbände können sich jetzt im Rahmen der Anhörungs- und Beteiligungsverfahren zu den Gesetzentwürfen bis zum Herbst äußern.

27.06.2013

Sprachtests für Ärztinnen und Ärzte

Künftig sollen alle ausländischen Ärztinnen und Ärzte, die in Deutschland arbeiten möchten, einen einheitlichen Sprachtest durchlaufen müssen. Bei der 86. Gesundheitsministerkonferenz wurde der Antrag, der unter maßgeblicher rheinland-pfälzischer Beteiligung eingebracht wurde, einstimmig angenommen. Die anderen Bundesländer sind damit dem rheinland-pfälzischen Modell gefolgt.

Eine bundesweite Übernahme dieses Verfahrens auch für andere Heilberufe wie beispielsweise für Zahnärzte und Apotheker ist möglich und wird durch Rheinland-Pfalz verfolgt. Für die Patientinnen und Patienten bedeutet dies ein Mehr an Vertrauen und ein Mehr an Sicherheit.

25.06.2013

Neues Integrationskonzept verabschiedet

Der Landesbeirat für Migration und Integration verabschiedete das neue Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung und den Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde das alte Konzept überarbeitet und ergänzt. Leitlinie war dabei insbesondere die Förderung der Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen. Als zentrales Querschnittsthema zieht sich die Interkulturelle Öffnung durch alle Handlungsfelder. Dank der neuen Förderrichtlinien konnten bereits zahlreiche Prozesse der Interkulturellen Öffnung von Sozialen Diensten, Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden angestoßen werden. Als weitere Maßnahmen sieht das Konzept die Weiterführung der Einbürgerungskampagne, die Förderung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung der Flüchtlinge in die Integrationsarbeit vor. [Link](#) [Link](#)

25.06.2013

Neues Integrationskonzept verabschiedet

Der Landesbeirat für Migration und Integration verabschiedete das neue Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung und den Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde das alte Konzept überarbeitet und ergänzt. Leitlinie war dabei insbesondere die Förderung der Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen. Als zentrales Querschnittsthema zieht sich die Interkulturelle Öffnung durch alle Handlungsfelder. Dank der neuen Förderrichtlinien konnten bereits zahlreiche Prozesse der Interkulturellen Öffnung von Sozialen Diensten, Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden angestoßen werden. Als weitere Maßnahmen sieht das Konzept die Weiterführung der Einbürgerungskampagne, die Förderung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung der Flüchtlinge in die Integrationsarbeit vor. [Link](#) [Link](#)

25.06.2013

Neues Integrationskonzept verabschiedet

Der Landesbeirat für Migration und Integration verabschiedete das neue Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung und den Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde das alte Konzept überarbeitet und ergänzt. Leitlinie war dabei insbesondere die Förderung der Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen. Als zentrales Querschnittsthema zieht sich die Interkulturelle Öffnung durch alle Handlungsfelder. Dank der neuen Förderrichtlinien konnten bereits zahlreiche Prozesse der Interkulturellen Öffnung von Sozialen Diensten, Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden angestoßen werden. Als weitere Maßnahmen sieht das Konzept die Weiterführung der Einbürgerungskampagne, die Förderung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung der Flüchtlinge in die Integrationsarbeit vor. [Link](#) [Link](#)

25.06.2013

Neues Integrationskonzept verabschiedet

Der Landesbeirat für Migration und Integration verabschiedete das neue Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung und den Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde das alte Konzept überarbeitet und ergänzt. Leitlinie war dabei insbesondere die Förderung der Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen. Als zentrales Querschnittsthema zieht sich die Interkulturelle Öffnung durch alle Handlungsfelder. Dank der neuen Förderrichtlinien konnten bereits zahlreiche Prozesse der Interkulturellen Öffnung von Sozialen Diensten, Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden angestoßen werden. Als weitere Maßnahmen sieht das Konzept die Weiterführung der Einbürgerungskampagne, die Förderung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung der Flüchtlinge in die Integrationsarbeit vor. [Link](#) [Link](#)

25.06.2013

Neues Integrationskonzept verabschiedet

Der Landesbeirat für Migration und Integration verabschiedete das neue Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung und den Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde das alte Konzept überarbeitet und ergänzt. Leitlinie war dabei insbesondere die Förderung der Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen. Als zentrales Querschnittsthema zieht sich die Interkulturelle Öffnung durch alle Handlungsfelder. Dank der neuen Förderrichtlinien konnten bereits zahlreiche Prozesse der Interkulturellen Öffnung von Sozialen Diensten, Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden angestoßen werden. Als weitere Maßnahmen sieht das Konzept die Weiterführung der Einbürgerungskampagne, die Förderung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung der Flüchtlinge in die Integrationsarbeit vor. [Link](#) [Link](#)

25.06.2013

Neues Integrationskonzept verabschiedet

Der Landesbeirat für Migration und Integration verabschiedete das neue Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung und den Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde das alte Konzept überarbeitet und ergänzt. Leitlinie war dabei insbesondere die Förderung der Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen. Als zentrales Querschnittsthema zieht sich die Interkulturelle Öffnung durch alle Handlungsfelder. Dank der neuen Förderrichtlinien konnten bereits zahlreiche Prozesse der Interkulturellen Öffnung von Sozialen Diensten, Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden angestoßen werden. Als weitere Maßnahmen sieht das Konzept die Weiterführung der Einbürgerungskampagne, die Förderung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung der Flüchtlinge in die Integrationsarbeit vor. [Link](#) [Link](#)

25.06.2013

Neues Integrationskonzept verabschiedet

Der Landesbeirat für Migration und Integration verabschiedete das neue Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz. In enger Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung und den Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde das alte Konzept überarbeitet und ergänzt. Leitlinie war dabei insbesondere die Förderung der Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen. Als zentrales Querschnittsthema zieht sich die Interkulturelle Öffnung durch alle Handlungsfelder. Dank der neuen Förderrichtlinien konnten bereits zahlreiche Prozesse der Interkulturellen Öffnung von Sozialen Diensten, Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden angestoßen werden. Als weitere Maßnahmen sieht das Konzept die Weiterführung der Einbürgerungskampagne, die Förderung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung der Flüchtlinge in die Integrationsarbeit vor. [Link](#) [Link](#)

24.06.2013

Umsetzung der UN-Konvention in den Kommunen

Unsere Gemeinde wird inklusiv! ist der Titel des Leitfadens für kommunale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Der Leitfaden wurde am 24. Juni 2013 auf dem Hambacher Schloss im Rahmen einer Veranstaltung des Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen, Matthias Rösch, mit den Interessenvertretungen von und für Menschen mit Behinderungen vorgestellt. Der Leitfaden soll rheinland-pfälzische Kommunen unterstützen und ermutigen, eigene Strategien zu Inklusion und Barrierefreiheit vor Ort zu erarbeiten. Dabei stärkt die Inklusion und Barrierefreiheit die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit von Dörfern, Städten und Gemeinden. Das gilt auch für die Gestaltung des demografischen Wandels. Rheinland-Pfalz ist in Sachen Inklusion auf einem guten Weg und hatte bereits im März 2010 als erstes Bundesland einen eigenen Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention erstellt.

[Link](#)

23.06.2013

30. Rheinland-Pfalz-Tag

Der 30. Rheinland-Pfalz-Tag vom 21. bis 23. Juni 2013 in Pirmasens wird als fröhliches und friedliches Landesfest in bester Erinnerung bleiben. Rund 250.000 Besucherinnen und Besucher waren an diesem Festwochenende in die Stadt gekommen, um miteinander zu feiern, sich zu informieren und ein hochkarätiges Musikprogramm zu erleben.

[Link](#)

[Link](#)

18.06.2013

Modernes Landeswohnraum-Förderungsgesetz

Mit dem Landeswohnraumförderungsgesetz wurde ein modernes Instrument zur Förderung von Wohnraum geschaffen. Gerade in den Ballungsgebieten besteht ein großer Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum. Bündnisse mit den Partnern vor Ort sollen es erleichtern, Personen mit niedrigerem Einkommen eine angemessene Wohnung zu beschaffen. Zudem wird das selbstbestimmte Wohnen im Altern verstärkt gefördert. Die Landesregierung sieht gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung hier einen Schwerpunkt in der Wohnungspolitik. Ebenso sind neue Richtlinien zur Wohnraumförderung (Eigentumsförderung, Mietwohnungsbau und Modernisierung) in Kraft getreten. Damit werden durch zinsgünstige Darlehen Investoren unterstützt, um die Wohnqualität zu verbessern und die Anzahl zu steigern. [Link](#) [Link](#) [Link](#)

18.06.2013

Rheinland-Pfalz-Takt 2015 weiter ausgebaut

Die Landesregierung will die Angebote im Schienenpersonennahverkehr und öffentlichen Personennahverkehr verbessern. Im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Takt 2015 ist das gesamte Verkehrsangebot auf der Schiene überarbeitet worden. Kernstück des Rheinland-Pfalz-Takts 2015 ist die Einrichtung eines landesweiten Regionalexpress-Netzes, das ergänzt wird um zahlreiche Verbesserungen im Regional Bahn-Bereich.

[Link](#)

05.06.2013

Neues finanzielles öffentliches Dienstrecht

Im Zuge der Föderalismusreform ist die Kompetenz für das Besoldungs- und Versorgungsgesetz auf die Länder übergegangen. Mit dem Gesetz zur Reform des finanziellen öffentlichen Dienstrechts hat das Land von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht und gerade im Besoldungsrecht eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Zu nennen sind beispielsweise die Umstellung vom Besoldungsdienstalter auf ein Erfahrungszeitenmodell zur Bemessung des Grundgehalts, die Reform der Professorenbezahlung, die Überarbeitung und Straffung der Besoldungsordnungen oder die übersichtlichere Ausgestaltung des Familienzuschlags.

05.06.2013

Abbau des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich

Das Energieministerium übergab der RWE Power AG den Genehmigungsbescheid für die Abbauphase 2a des AKW Mülheim Kärlich, nachdem Energieministerin Eveline Lemke am 31.05.2013 diese Genehmigung erteilt hatte. Mit dieser Genehmigung werden erstmals Abbaumaßnahmen für radioaktiv höher belastete Anlagenteile aus dem Primärkreislauf des Kraftwerks gestattet. Konkret dürfen die Pumpen und Rohrleitungen aus dem Primärkreislauf abgebaut werden. Im Primärkreislauf dient Wasser u.a. als Kühlmittel und umspült die Brennelemente im Reaktordruckbehälter. Das AKW Mülheim-Kärlich wird seit der Erteilung der ersten Abbaugenehmigung im Juli 2004 zurückgebaut. Der Abbau von Anlagenteilen ist weit fortgeschritten. Die Gebäude sind größtenteils entkernt und das der Atomaufsicht unterliegende Kraftwerksgelände ist bereits erheblich verkleinert worden. Im Jahr 2014 soll der Abriss des Kühlturms erfolgen.

[Link](#)

03.06.2013

Rundschreiben Windenergie

Der Ministerrat hat das neue und überarbeitete Rundschreiben Windenergie verabschiedet. Da sich die Rechtslage und die Voraussetzungen für die Nutzung von Windenergie geändert haben, war die Weiterentwicklung des bisherigen Rundschreibens sinnvoll und notwendig. Dabei wurden beispielsweise die Ziele der Energiewende und die Änderungen rechtlicher und tatsächlicher Gegebenheiten im Rahmen der Windenergienutzung eingearbeitet.

In der gemeinsamen Veröffentlichung von Wirtschafts-, Umwelt-, Innen- und Finanzministerium werden die Grundsätze des LEP IV und die Ziele zur Planung und Nutzung von Windenergiestandorten in Rheinland-Pfalz näher ausgeführt. Das Rundschreiben ist ein Interpretationsleitfaden für Behörden, die an den Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen beteiligt sind. Es soll dazu beitragen, die Umsetzung von Rechtsvorschriften in Rheinland-Pfalz zu vereinheitlichen. Das Rundschreiben Windenergie wird am 12.07.2013 im Ministerialblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz veröffentlicht.

[Link](#)

[Link](#)

29.05.2013

Neubau Sicherungsverwahrung JVA Diez

Zum 1. Juni 2013 treten die vom Bundesverfassungsgericht aufgegebenen gesetzlichen und baulichen Änderungen im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung in Kraft. Das neu errichtete Gebäude für Sicherungsverwahrte in der JVA Diez fertiggestellt. Das viergeschossige Gebäude mit T-förmigem Grundriss ist konzipiert für die dauerhafte Unterbringung von 64 Personen, aufgeteilt in vier gleich große Wohngruppen, nebst zugehöriger Infrastruktur für Therapie, Freizeit und Verwaltung. Um Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, war mit den Tiefbauarbeiten im Januar 2012 begonnen worden. Die Baukosten beziffert der LBB einschließlich der Baunebenkosten auf rund 19,5 Mio. Euro.

28.05.2013

Projekt Gesundheit und Pflege 2020

Mit dem Projekt Gesundheit und Pflege 2020 soll eine flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung besonders in ländlich geprägten Regionen sichergestellt werden. Vorgestellt wurde es dem Ministerrat am 28. Mai 2013. Zentrale Handlungsfelder des Projektes sind vor allem die Schaffung neuer Versorgungsangebote und die Entwicklung sektorenübergreifender Versorgungsmodelle im ländlichen Raum. Weitere Schwerpunkte liegen auf der zukünftigen Fachkräftesicherung in den Gesundheitsberufen sowie im Ausbau telemedizinischer Strukturen. Das Konzept sieht zudem Medizinische Gesundheitszentren als Grundlage für die Versorgung in der Fläche vor. Fachliche und personelle Kompetenzen sowohl der stationären als auch der ambulanten Versorgung könnten so an einem Standort gebündelt werden. Zur Sicherung einer umfassenden medizinischen und pflegerischen Versorgung sollen darüber hinaus die Möglichkeiten einer Übertragung ärztlicher Aufgaben auf Angehörige anderer qualifizierter Berufsgruppen stärker genutzt und die fachübergreifende Zusammenarbeit von Gesundheitsberufen ausgebaut werden.

[Link](#)

[Link](#)

23.05.2013

Kommunales Eckpunktepapier zum Nationalpark

Ulrike Höfken nahm gemeinsam mit ihrer saarländischen Amtskollegin Anke Rehlinger das Eckpunktepapier der Kommunen in der Nationalpark-Region entgegen. Das Papier wird zusammen mit den Ergebnissen der Bürgerveranstaltungen eine Grundlage für das Landeskonzept zum Nationalpark sein. Unter der Federführung des Naturparks Saar-Hunsrück haben Vertreter der Gemeinden und Kreise beider Bundesländer die Forderungen erarbeitet.

22.05.2013

Netzwerk gentechnikfreier Regionen

Am Internationalen Tag der Artenvielfalt traten das rot-grün regierte Rheinland-Pfalz und das schwarz-rot regierte Saarland dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen bei. Die Umweltministerinnen Ulrike Höfken und Anke Rehlinger unterzeichneten beim gemeinsamen Besuch der gentechnikfrei produzierenden Bliesgaumolkerei im saarländischen Ommersheim die Beitrittserklärung. Dem Europäischen Netzwerk gehören 58 Regionen und Länder an, darunter unsere Nachbarländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

22.05.2013

Kampf gegen Analphabetismus

Breites Bündnis gegen funktionalen Analphabetismus im Land - Alpha-Portal geht online: Die Fähigkeit, ausreichend lesen und schreiben zu können, ist eine ganz zentrale Voraussetzung dafür, uneingeschränkt am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Das Problem des funktionalen Analphabetismus kann nicht allein von den - auf diesem Feld bereits sehr aktiven - Weiterbildungseinrichtungen bewältigt werden. Vielmehr ist die Gesellschaft insgesamt gefordert, sich diesem Problem zu stellen und bei seiner Bewältigung zu helfen. Mehr als 20 gesellschaftliche Akteure (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kammern, Arbeitsagentur, Kirchen, Sozialverbände und Weiterbildungsträger) haben öffentlich ihre Bereitschaft erklärt, die rheinland-pfälzische Initiative für Alphabetisierung und Grundbildung zu unterstützen. Parallel sind an 13 Orten vergleichbare regionale Netzwerke im Rahmen von Modellprojekten (Älphanetz) entstanden. [Link](#) [Link](#)

21.05.2013

Mediation Tiefe Geothermie Vorderpfalz

Die Mitglieder der Mediation Tiefe Geothermie Vorderpfalz sowie Wirtschaftsministerin Eveline Lemke haben in Landau die Ergebnisse der Mediation unterschrieben. Die Öffentlichkeit war dazu eingeladen. Mit diesen Unterschriften werden der aktuelle Stand der Mediationsergebnisse - trotz aller unterschiedlichen Positionen - und die dazu abgegebenen Stellungnahmen festgehalten. Die Mediationsphase wurde in das Geothermie-Forum übergeleitet.

In den Mediationsergebnissen geht es darum, wie Risiken ermittelt, bewertet und ausgeschlossen bzw. begrenzt werden können. Es geht um Erdbeben (Kontrolle, Risikobegrenzung, Entschädigung), um den Umgang mit gefährlichen Stoffen, um den Schutz des Grundwassers und den Umgang mit Lärm. Auch die Möglichkeiten zur Beteiligung der Bevölkerung ist ein Thema.

[Link](#)

16.05.2013

Impulsgeber für Gesundheitswirtschaft

Mit der Medtech 2013 fand eine landesweite Veranstaltung zur Medizintechnik als wichtiger Impulsgeber der Gesundheitswirtschaft statt. Ziel ist es, Trends der Medizintechnik zu diskutieren, zentrale Innovationsfelder zu identifizieren, Chancen für Kooperationen und Netzwerke auszuloten und über die Herausforderungen dieses hochkomplexen Technologiefeldes zu reden. Die Veranstaltung soll von nun an jährlich stattfinden. [Link](#)

16.05.2013

Rheinland-Pfalz - ein sicheres Land

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2012 zeigt: die Zahl der Straftaten in Rheinland-Pfalz ist, wie in den vergangenen Jahren auch, erneut zurückgegangen. Das Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden lag bereits in den zurückliegenden Jahren unter dem bundesweiten Durchschnitt und ist ebenfalls erneut gesunken. Der Erfolg polizeilicher Arbeit drückt sich auch in der Aufklärungsquote aus. Die Polizei hat im vergangenen Jahr im achten Jahr in Folge über 60 % aller angezeigten Straftaten aufgeklärt. Nur wenige andere Bundesländer können eine solch hohe Aufklärungsquote vorweisen. Im Ländervergleich erreicht Rheinland-Pfalz damit den 4. Platz. [Link](#)

15.05.2013

Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale

Um dauerhaft das Beratungs- und Informationsangebot zu sichern, hat das Land mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz (VZ) eine Vereinbarung geschlossen, die die finanzielle Unterstützung von Seiten des Landes und die Themenschwerpunkte der VZ für die Jahre 2013 bis 2015 festlegt. Die Grundförderung in Höhe von 1,7 Mio. Euro verschafft Planungssicherheit, insbesondere auch hinsichtlich der Arbeitsverträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Fortführung der seit 2008 erfolgreich laufenden Projekte Digitale Medien und Unabhängige Finanzberatung wird mit ca. 200.000 Euro jährlich für Personalkosten unterstützt. [Link](#)

06.05.2013

Start der Info-Tour "Europa vor Ort"

Mit der Veranstaltungsreihe „Europa vor Ort“ sollen im Rahmen einer strategischen Partnerschaft von Landesvertretung Rheinland-Pfalz und Regionalvertretung der Europäischen Kommission (Bonn) Bürgerinnen und Bürger für die Vorteile der europäischen Integration und für konkrete europäische Investitions- und Innovationsprojekte sensibilisiert werden. Mittels ausgewählter Touren und Events sowie einer Broschüre zielt das Projekt darauf, Europa vor Ort zu erleben. Der Auftakt dieser Projektreihe fand in Kaiserslautern statt.

03.05.2013

Bundesinitiative für faire Arbeitspolitik

Gute Arbeit in einem umfassenden Sinn, das ist das Ziel einer Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz gemeinsam mit anderen Ländern, die Ministerpräsidentin Malu Dreyer am 3. Mai 2013 im Bundesrat vorstellte. Zu den Schwerpunkten des gemeinsamen Entschließungsantrages der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gehören die Sicherung auskömmlicher Löhne durch einen flächendeckenden allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, die Sicherstellung des Equal-Pay-Grundsatzes in der Leiharbeit, die Entgeltgleichheit bei Frauen und Männern, die Eindämmung des Missbrauchs von Leiharbeit, Minijobs, befristeten sowie Werkverträgen und die Stärkung der Arbeitnehmerschutzrechte sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus nimmt der Antrag auch die nachhaltige Förderung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten in den Blick. [Link](#)

02.05.2013

Initiative zur Schulsozialarbeit

Rheinland-Pfalz fordert in einem gemeinsamen Gesetzentwurf mit Nordrhein-Westfalen die Bundesregierung auf, die Schulsozialarbeit auch über das Jahr 2013 hinaus zu finanzieren. Der Bund hatte den Ländern für die Jahre 2011, 2012 und 2013 Mittel für die Schulsozialarbeit und das Hortessen zur Verfügung gestellt. Mit der drohenden Beendigung der Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund stehen diese Angebote aufgrund der Haushaltslage von Ländern und Kommunen zur Disposition. Am 3. Mai beschloss der Bundesrat den Gesetzentwurf zur Verlängerung des Bundesprogramms und sendete damit ein deutliches politisches Signal an die Bundesregierung, damit die durch die zusätzlichen Bundesmittel ermöglichte Schulsozialarbeit auf Dauer angeboten werden kann. Schulsozialarbeit ist ein wichtiges sozialpädagogisches Angebot am Lernort Schule, das junge Menschen bei der Entwicklung ihrer sozialen Kompetenzen und ihrer beruflichen Orientierung unterstützen soll. Deshalb wird das erfolgreiche Landesprogramm zur Schulsozialarbeit unabhängig vom Ausgang der bundespolitischen Diskussionen fortgeführt. [Link](#)

02.05.2013

Projekte für Verkehrswegeplan des Bundes

Das Land Rheinland-Pfalz wird 90 Projekte für den Bundesverkehrswegeplan 2015 anmelden. Bei den Straßenbauprojekten ist insgesamt ein Investitionsvolumen von rund 3 Mrd. Euro vorgesehen. Die Landesregierung setzt im Bereich der Straße auf Projekte mit großräumiger Verbindungsfunktion sowie einer Verbesserung der Verkehrssicherheit. Gleichzeitig werden auch die Verkehrsträger Schiene und Binnenwasserstraße gestärkt.

[Link](#)

[Link](#)

25.04.2013

Neues Justizvollzugsgesetz

Das Gesetz stellt den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe, der Untersuchungshaft, der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung und die Verarbeitung personenbezogener Daten in Justizvollzugseinrichtungen im Land auf eine neue Grundlage. Es setzt wesentliche Maßstäbe und entspricht den Anforderungen an eine zeitgemäße und humane Ausgestaltung des Vollzugs von Freiheitsentziehungen. Konsequenterweise wird dem Ziel der Resozialisierung und der Bedeutung des Opferschutzes Rechnung getragen und ein deutlicher Schwerpunkt auf die Eingliederung der Gefangenen in das Leben in Freiheit gelegt.

23.04.2013

MP Dreyer: 100-Tage-Bilanz

Ministerpräsidentin Dreyer stellte am 23. April 2013 ihre 100-Tage-Bilanz vor. Die ersten 100 Tage im Amt waren geprägt durch viele gute Gespräche und Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit Vertretern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, wie der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, den Medien oder dem Sport. Politisch-inhaltlich hat die Landesregierung seit ihrem Amtsantritt in enger Zusammenarbeit mit den beiden Regierungsfractionen wichtige Weichen gestellt. Stichworte sind die Themen Kommunal- und Verwaltungsreform, Kommunaler Finanzausgleich, Nachtragshaushalt und zentrale Verkehrsprojekte. Bundespolitisch standen für die Ministerpräsidentin in den ersten 100 Tagen vor allem die Arbeit im Bundesrat und das Thema Energiewende im Vordergrund. Wichtige Bundesratsinitiativen zum Mindestlohn und zum Fluglärm standen an. Auch bei den schwierigen Themen Nürburgring und Flughafen Frankfurt Hahn wurden wichtige Weichen gestellt. [Link](#)

16.04.2013

Erste Sitzung des Demografie-Kabinetts

Die Landesregierung setzt sich bereits seit vielen Jahren aktiv mit dem demografischen Wandel auseinander. Als erstes Land hat Rheinland-Pfalz ein Demografie-Ministerium eingerichtet, von dem aus die ressortübergreifende Strategie zur Gestaltung des Wandels koordiniert wird. Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hatte Ministerpräsidentin Malu Dreyer zudem die Bildung eines Demografie-Kabinetts angekündigt. In diesem beschäftigen sich alle Ministerinnen und Minister der Landesregierung regelmäßig mit dem demografischen Wandel und stimmen Maßnahmen ab, um dessen Folgen für Rheinland-Pfalz abzumildern und rechtzeitig aktiv zu gestalten. Im April 2013 traf sich das Demografie-Kabinetts erstmals zu einer Sitzung.

[Link](#)

[Link](#)

16.04.2013

Teilfortschreibung LEP IV

Der Ministerrat hat die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Landesentwicklungsprogramms (LEP) beschlossen. Sie ist ein wesentlicher Baustein für die Energiewende im Land Rheinland-Pfalz. Geplant ist, bis 2030 bilanziell 100 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbaren Quellen zu decken. Bis 2020 soll die Stromerzeugung aus der Windkraft vervierfacht werden auf 8,4 Terawattstunden (2011 2,1 Terawattstunden) und der Beitrag der Photovoltaik auf über zwei Terawattstunden (2011 0,94 Terawattstunden) steigen. Die Teilfortschreibung gibt hierfür den Rahmen vor, um auf der Ebene der Regional- und Bauleitplanung nach landesweit einheitlichen Vorgaben die erforderlichen Standorte zu sichern. Durch die erstmalige detaillierte Festlegung von Zielen und Grundsätzen der Landesplanung erfolgt eine stärkere landeseinheitliche Steuerung als es bis dahin der Fall war.

[Link](#)

16.04.2013

Ankauf Steuer CD

Für die Landesregierung sind Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit ein hohes Gut. Vor diesem Hintergrund hat sich die Landesregierung entschlossen, eine Steuer CD anzukaufen, deren Wert den Kaufpreis um das Vielfache übersteigt. Nach Ankauf der CD wurde eine Vielzahl von Ermittlungsmaßnahmen ergriffen. Es wird ein steuerliches Aufkommen von 500 Mio. Euro für den Gesamtstaat erwartet.

15.04.2013

3. Verbraucherdialog "Mobile Payment"

Der Verbraucherdialog ist ein zentrales verbraucherpolitisches Instrument der Landesregierung, welches u.a. Vertreter der Anbieter- und Verbraucherseite, der Behörden und der Wissenschaft zusammenführt, um gemeinsam Lösungen für aktuelle verbraucherpolitische Fragen zu erarbeiten und die Anbieter für Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher zu sensibilisieren. Mit einer Auftaktveranstaltung am 15. April 2013 in Mainz hat die Landesregierung den 3. rheinland-pfälzischen Verbraucherdialog eingeläutet. Mit "Mobile Payment," d.h. Bezahlvorgängen, bei denen der Kunde kontakt- und bargeldlos über mobile Endgeräte bezahlt, steht ein hoch aktuelles Thema des digitalen Verbraucherschutzes auf der Agenda. In zwei Arbeitsgruppen beschäftigen sich die Teilnehmer über mehrere Monate schwerpunktmäßig mit Fragen des Datenschutzes und der Zahlungssicherheit. Die Abschlussveranstaltung und Präsentation der Ergebnisse wird im November 2013 stattfinden. [Link](#)

12.04.2013

Fortführung des Hochschulpaktes

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat am 12.04.2013 den Hochschulpakt ausgeweitet: Wie von den Ländern und den Hochschulen dringend gefordert und erwartet, hat der Bund seine Finanzierungszusage für die zweite Phase des Hochschulpaktes deutlich angehoben und an die tatsächliche bzw. jetzt absehbare Entwicklung der Studienanfängerzahlen angepasst. Nunmehr stehen für die aktuell vorausgesagten bundesweit rd. 624.000 zusätzlichen Studienanfängerinnen/-anfänger (Rheinland-Pfalz voraussichtlich 30.000) in den Jahren 2011 bis 2015 Bundesmittel in Höhe von 7,031 Mrd. Euro, das sind zusätzlich 2,189 Mrd. Euro, zur Verfügung. Ebenfalls zugesagt hat der Bund eine entsprechende Anhebung der Ausfinanzierung in den Jahren 2016 bis 2018 von bisher vorgesehenen 1,062 Mrd. Euro um 1,665 Mrd. Euro auf 2,727 Mrd. Euro. Dieser Beschluss gibt – zusammen mit dem rheinland-pfälzischen Sonderprogramm "Wissen schafft Zukunft" – den Hochschulen die erforderliche Planungssicherheit. Hier finden Sie weitere Informationen [Link](#) und [Link](#)

09.04.2013

Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus

Die im Juni 2008 beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz gegründete Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus hat ihre Jahresbilanz 2012 vorgelegt. Bei allein insgesamt 35 Informationsveranstaltungen der Präventionsagentur konnten mehr als 2.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern - zumeist Jugendliche - erreicht werden. Die Landesregierung will das erfolgreiche Projekt weiter ausbauen mit einem besonderen Beratungs- und Informationsangebot für die Kommunen. Eine Reihe weiterer Projekte wie beispielsweise ein landesweites Schulungsprogramm für Multiplikatoren wird auch in Zukunft fortgeführt. Im vergangenen Jahr hat das Land die Präventionsarbeit wieder mit mehr als 500.000 Euro finanziert. [Link](#)

19.03.2013

Nachtragshaushalt 2013 verabschiedet

Der Landtag hat einen Nachtragshaushalt für 2013 verabschiedet. Die Sicherung der Arbeitsplätze am Flughafen Hahn, eine Verbesserung der frühkindlichen Betreuung im Land, die Stärkung der Hochschulen angesichts anwachsender Studierendenzahlen und die gestiegene humanitäre Verpflichtungen des Landes stehen hinter den Ausgabeermächtigungen des Nachtragshaushalts 2013. Gut die Hälfte des Nachtragshaushalts ist veranschlagt, um Vorsorge für akute Finanzierungsprobleme am Flughafen Hahn zu treffen. Rund 57 Mio. Euro eingeplant, um schon im Jahr 2013 Betreuungsmöglichkeiten für 39 Prozent der Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Rechtsanspruch für Asylbewerber/-innen auf Unterhalt zu erfüllen, sind rund 8 Mio. Euro notwendig. Gut 30 Mio. Euro werden den Hochschulen zukommen, um die stark steigenden Studierendenzahlen auffangen zu können. [Link](#) [Link](#)

14.03.2013

Ergebnis des Bürgerdialogs zum Nationalpark

Umweltministerin Höfken nahm auf einer Veranstaltung in Kempfeld die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen des Bürgerdialogs zum Nationalpark im Hunsrück entgegen. Von Regeln für die Wegenutzung über generationsübergreifende Wohn- und Lebensformen bis zu touristischen Angeboten im Baukastensystem oder einem aktiv mitgestaltenden Bürgernetzwerk - etwa 200 Bürgerinnen und Bürger hatten von Oktober bis Februar Vorschläge und Visionen für ihre Region entwickelt. Der Nationalpark soll ein Leuchtturmprojekt werden, das für Regionalkultur und ein starkes Wir-Gefühl steht.

08.03.2013

Land übernimmt Westwall-Ruinen

Rheinland-Pfalz hat mit dem Bund eine Vereinbarung getroffen, die es dem Land ermöglicht, die Ruinen des ehemaligen Westwalls zu erhalten. Der Westwall ist eine ehemalige Verteidigungslinie, die aus einer Vielzahl von Bunkern und anderen Bauwerken besteht. Die Anlagen sind aus historischen und aus Gründen des Naturschutzes erhaltenswert. Durch den Übergang des Eigentums zum Land wird nach 20 Jahren eine eindeutige rechtliche Lage geschaffen, die verstärkte Erhaltungsarbeiten ermöglicht.

05.03.2013

Open-Government-Data-Portal vorgestellt

Ministerpräsidentin Dreyer schaltete auf der CeBIT 2013 das Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz frei. Damit ist ein barrierefreier, leicht verfügbarer und zentraler Zugang zu Daten aus der Landesverwaltung geschaffen. Zum Start machte dieses neue Portal über 1000 Datensätze für die Bürgerinnen und Bürger verfügbar.

[Link](#)

01.03.2013

Bundesrat für flächendeckenden Mindestlohn

Unter der Federführung des Landes Rheinland-Pfalz wurde am 1. März 2013 eine Initiative zum flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in den Bundesrat eingebracht. Die Mehrheit der Länderkammer stimmte für diese Initiative und stimmte damit dem Vorschlag für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro zu.

01.03.2013

Kommunaler Entschuldungsfonds

Der Kommunale Entschuldungsfonds stößt bei den Kommunen auf großes Interesse. 746 rheinland-pfälzische Gemeinden und Gemeindeverbände haben bis Anfang März 2013 Konsolidierungsverträge abgeschlossen. Die hohe Zahl ist Beleg dafür, dass die Landesregierung mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds ein wirksames Instrument zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen geschaffen hat. Entsprechend einer gemeinsamen Erklärung der kommunalen Spitzenverbände und der Landesregierung war der Kommunale Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz mit Wirkung vom 1. Januar 2012 eingerichtet worden. [Link](#)

27.02.2013

490 Mio. Euro mehr für Kommunen bis 2016

Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Finanzminister Carsten Kühl und Innenminister Roger Lewentz haben heute die Einzelheiten der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) vorgestellt. Der Ministerrat hatte dem Vorhaben zuvor zugestimmt.

Damit erfüllt das Land die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes und verbessert die Finanzausstattung der Kommunen deutlich. Mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs versetzt die Landesregierung die Kommunen in die Lage, einen positiven Finanzierungssaldo zu erreichen. Damit will die Landesregierung die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung auch wahrnehmen können.

[Link](#)

[Link](#)

21.02.2013

Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal

Wirtschaftsministerin Eveline Lemke stellte gemeinsam mit Kulturstaatssekretär Walter Schumacher, den Landräten Bertram Fleck und Günter Kern vom Zweckverband Oberes Mittelrheintal und dem SGD-Präsidenten Dr. Ulrich Kleemann den Masterplan für das Welterbe Oberes Mittelrheintal vor. Der Masterplan trägt mit seinem kombinierten und ganzheitlichen Untersuchungs-, Entwicklungs- und Beteiligungsansatz den sich seit der Anerkennung des Oberen Mittelrheintals als Welterbe veränderten Rahmenbedingungen (z.B. Folgewirkungen des demografischen Wandels, verkehrliche Situation) Rechnung. Er stellt somit nach zehn Jahren erstmals wieder eine umfassende Untersuchung dar, die - wie von der UNESCO gewünscht - Visionen für die Fortentwicklung des Oberen Mittelrheintales in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen formuliert. Der Masterplan befasst sich dabei auch mit der von der UNESCO geforderten Auseinandersetzung mit der Verkehrssituation sowie der zunehmenden Lärmbelastung der Bevölkerung v.a. durch den Schienengüterverkehr im Oberen Mittelrheintal. [Link](#)

18.02.2013

"Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen"

Im Rahmen einer Feierstunde unterzeichnete Ministerin Alt am 18. Februar 2013 stellvertretend für die Landesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zielvereinbarung mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und gab das Startsignal für die Kampagne zur Akzeptanz queerer Lebensweisen - Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen. Ziele der Kampagne sind die vollständige rechtliche Gleichstellung und die Akzeptanz sowie der Abbau von Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen. Zuvor hatte das Kabinett am 29. Januar den Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen - Akzeptanz für queere Lebensweisen einstimmig beschlossen. Der Landesaktionsplan enthält rund 150 Einzelmaßnahmen zur Umsetzung der genannten Ziele. Der Aktionsplan wurde von der Landesregierung unter Beteiligung von Queer-Gruppen erarbeitet und wird in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen umgesetzt.

[Link](#)

[Link](#)

[Link](#)

15.02.2013

Energiewende in Bürgerhand

Das Landesnetzwerk BürgerEnergieGenossenschaften Rheinland-Pfalz e.V. kann bereits auf ein Jahr erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Mit dem Ziel, die Anliegen der Bürgerenergiegenossenschaften in Rheinland-Pfalz zu bündeln und ein Sprachrohr für diese zu schaffen, wurde 2012 mit Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung das Landesnetzwerk BürgerEnergieGenossenschaften Rheinland-Pfalz e.V. - LaNEG gegründet. Energiegenossenschaften stellen eine ideale Form des bürgerlichen Engagements und der finanziellen Beteiligung mit Mitspracherecht dar, um die Energiewende von unten voranzutreiben und die Akzeptanz der Menschen für diesen Prozess zu erhöhen. Das Landesnetzwerk vertritt die Interessen der rheinland-pfälzischen Energiegenossenschaften, steht für die Vernetzung mit anderen Akteuren der Energiewende und unterstützt Neugründungen von Energiegenossenschaften. Das LaNEG ist somit die zentrale Anlaufstelle in Rheinland-Pfalz für alle Aspekte rund um dieses wichtige Thema. [Link](#)

08.02.2013

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Entwicklungspolitik ist die Gestaltung der Welt von Morgen. Deshalb ist die Stärkung des entwicklungspolitischen Engagements in Rheinland-Pfalz auch weiterhin ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Wir wollen das Bewusstsein für Globales Denken und Handeln fördern, aber auch Menschen in Entwicklungsländern unterstützen. Seit 2010 konnten wir über 100 entwicklungspolitische Projekte im Land fördern. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der nachhaltigen Beschaffung und dem Kauf fair gehandelter Produkte. Dazu will die Landesregierung die Menschen in Rheinland-Pfalz motivieren.

[Link](#)

06.02.2013

Bundesratsinitiative: Schutz vor Fluglärm

Ziel der Landesregierung ist es, den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm nachhaltig zu verbessern, denn der seit Jahren zunehmende Fluglärm beeinträchtigt die Lebensqualität und die Gesundheit vieler Menschen. Die Landesregierung setzt sich daher für eine Verbesserung der gesetzlichen Vorschriften für den Schutz vor Fluglärm ein. Nach den Lärmschutzinitiativen in den Jahren 2009 und 2011 hat die Landesregierung am 1. März 2013 eine umfassende Gesetzesinitiative in den Bundesrat eingebracht. Die betroffene Bevölkerung und die Kommunen sollen bei der Festlegung von Flugrouten mehr Mitsprache bekommen. Der Fluglärmschutz soll im Luftverkehrsgesetz mehr Gewicht erhalten, um einer zunehmenden Gesundheitsgefährdung durch Lärm und einer massiven Beeinträchtigung der Lebensqualität zu begegnen. Weitere Informationen zum Lärmschutz erhalten Sie auf den Seiten [Link](#) und [Link](#)

01.02.2013

Besseres Wahlrecht für behinderte Menschen

Anfang Februar 2013 machte die rheinland-pfälzische Landesregierung den Vorschlag einer Bundesratsinitiative zur Verbesserung des Wahlrechts für Menschen mit Behinderung. Der Bundesrat hat dann in seiner Sitzung auf Antrag von Rheinland-Pfalz am 22. März 2013 die Entschließung zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen gefasst.

31.01.2013

Besserer Schutz vor sexuellem Missbrauch

Besserer Schutz der Schülerinnen und Schüler vor sexuellem Missbrauch durch Klarstellungen im Schulgesetz: Das Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes und des Privatschulgesetzes trat in Kraft. Hier wird das Schulverhältnis als besonderes Obhutsverhältnis zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern bezeichnet, das geprägt ist von gegenseitigem Vertrauen, Achtung, Respekt und verantwortungsvollem Umgang mit Nähe und Distanz. Sexuelle Kontakte zwischen Lehrkräften und Schülerinnen oder Schülern einer Schule werden für unzulässig erklärt, weil sie mit dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag nicht vereinbar sind.

30.01.2013

Dreyer hält Regierungserklärung

Am 30. Januar 2013 hielt Ministerpräsidentin Dreyer in der 42. Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags ihre erste Regierungserklärung mit dem Titel „Verantwortung und Zuversicht.“ Die Ministerpräsidentin umriss die Leitlinien und Schwerpunktthemen ihrer künftigen Politik. Sie betonte die demografiefeste Gestaltung des Haushalts, die Sicherung des Fachkräftebedarfs und Demografie als Schwerpunkte. Die Stärke von Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort liegt ihr besonders am Herzen. In ihrer Regierungserklärung spielten außerdem die Energiewende, Politik für Familien und Kinder, Bildungs- und Medienpolitik, Transparenz in der Zusammenarbeit von Bürger und Staat, sowie Bürgerbeteiligung und die Stärkung des Ehrenamts eine wichtige Rolle.

[Link](#)

Hier geht es [Link](#) und [Link](#)

24.01.2013

Regenerative Energien und Konversion

Umweltfreundlich Energie erzeugen und das Klima schützen - dazu bieten Konversionsflächen vielerorts ausgezeichnete Voraussetzungen. Sie können im ganzen Land zu Hotspots der Energiewende werden. 10 Städte und Gemeinden im Eifelkreis Bitburg-Prüm, Landkreis Birkenfeld, Westerwaldkreis, Landkreis Berncastel-Wittlich, Landkreis Bad Kreuznach, Landkreis Südwestpfalz und der Stadt Kaiserslautern wurden für die Initiative Regenerative Energien und Konversion ausgewählt und erkunden derzeit die Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien. Jetzt trafen sie sich zu einer ersten Werkstattunde mit Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke in Mainz. [Link](#)

18.01.2013

Kampagne "Rheinland-Pfalz isst besser"

Auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin startete Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken die Landeskampagne "Rheinland-Pfalz isst besser." Damit wirbt das Land für Qualität aus den Regionen und gleichzeitig für gutes Essen. Die Kampagne soll das Bewusstsein für gute Lebensmittel und die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Gesundheit und Umwelt schärfen. Gleichzeitig soll die Ernährungsbildung in Rheinland-Pfalz ausgebaut werden.

[Link](#)

[Link](#)

[Link](#)

16.01.2013

Malu Dreyer wird Ministerpräsidentin

Am 16. Januar 2013 erklärte Ministerpräsident Kurt Beck im Landtag seinen Rücktritt und Malu Dreyer wurde mit den Stimmen der beiden die Regierung tragenden Landtagsfraktionen zur ersten Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz gewählt. Ministerpräsidentin Dreyer vereidigte in einer ersten Amtshandlung Alexander Schweitzer als neuen Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie. Am Nachmittag ernannte sie Jacqueline Kraege zur Chefin der Staatskanzlei, David Langner zum Staatssekretär für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie sowie Clemens Hoch zum Ständigen Vertreter der Chefin der Staatskanzlei. [Link](#)

15.01.2013

Neues zentrales Vollstreckungsportal

Im Januar 2013 ist das neue zentrale Vollstreckungsportal der Länder an den Start gegangen. Über eine zentrale Internetadresse können Gläubiger aus Rheinland-Pfalz und ganz Deutschland nun gegen eine geringe Gebühr Informationen über ihre Schuldner und Schuldnerinnen online abrufen. Eine Einsicht in das zentrale Schuldnerverzeichnis ist mit berechtigtem Interesse gestattet, beispielsweise aufgrund einer Forderung, die auf einem Vollstreckungstitel beruht.

Den zu Grunde liegenden Staatsvertrag mit allen Bundesländern über den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder hatte Justizminister Hartloff bereits im Oktober 2012 gezeichnet, der Landtag hatte dem Staatsvertrag im Dezember 2012 zugestimmt. Somit konnte ein Kernstück des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung rechtzeitig umgesetzt werden. Gläubigern wird nun die Möglichkeit gewährt, sich frühzeitig und wesentlich komfortabler als früher Informationen über die Vermögensverhältnisse des Schuldners zu beschaffen.

15.01.2013

Weiterentwicklung der Inklusion in Schulen

Die Landesregierung steht ohne Wenn und Aber zu den Zielsetzungen der 2009 in Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention. Menschen mit Behinderungen sollen optimale Teilhabechancen eröffnet werden - und dies gilt in besonderem Maße im Bildungsbereich. Der Ministerrat hat vor diesem Hintergrund in seiner Sitzung am 15. Januar 2013 ein Landeskonzept für die Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich beraten und beschlossen, das bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden soll. Um den Ausbau von inklusiven Angeboten abzusichern, sind in der Lehrerbearbungsplanung bis 2016 gezielt 200 Stellen vorgesehen.

[Link](#)

[Link](#)

17.12.2012

Land als familienfreundlicher Arbeitgeber

Die Landesregierung beschloss eine Selbstverpflichtung zur Sicherung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Personalpolitik. Die entsprechende Ministerratsvorlage war unter Federführung des Familienministeriums und durch Mitwirkung aller Ministerien sowie der Staatskanzlei erarbeitet worden. Die Selbstverpflichtung legt einheitliche Standards, z.B. für Arbeitszeit, Kommunikation, Führung und andere wichtige Bereiche fest. Sie definiert gemeinsame Ziele für die Zukunft und gilt für alle Ministerien, die Staatskanzlei, die Vertretung des Landes beim Bund und bei der Europäischen Union sowie für die Landtagsverwaltung. Außerdem enthält sie eine Empfehlung für nachgeordnete Behörden, die ebenso wie die Landesregierung einer familienfreundlichen Personalpolitik verpflichtet sind. Gleichzeitig sensibilisiert die Landesregierung Betriebe für das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit die eigenen Standards auch in der Privatwirtschaft Anwendung finden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen wird es immer wichtiger, mit familienfreundlichen Maßnahmen qualifiziertes Personal zu halten. Regelmäßige Netzwerktreffen, Austausch über gute Praxis, Beratung und Information sowie die Plattform Zeitzeichen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. [Link](#) [Link](#) [Link](#)

14.12.2012

Dritter Opferschutzbericht

Die Landesregierung legt aufgrund eines Landtagsbeschlusses alle zwei Jahre einen schriftlichen Bericht darüber vor, welche Maßnahmen sie zur Verbesserung des Opferschutzes ergriffen hat bzw. zu ergreifen beabsichtigt. Der Dritte Opferschutzbericht schreibt die Entwicklung auf dem Gebiet des Opferschutzes in Rheinland-Pfalz seit Ende des Jahres 2010 bis Oktober 2012 fort. Dargestellt werden die wesentlichen Veränderungen der maßgeblichen Rechtsvorschriften aus den verschiedenen Bereichen des Opferschutzes und die Entwicklung der Opferzahlen in dem Zeitraum der vergangenen zehn Jahre. Weiter werden die Projekte und Maßnahmen dargestellt, die die Landesregierung auf dem Gebiet des vorbeugenden und nachsorgenden Opferschutzes durchgeführt oder unterstützt hat. [Link](#) [Link](#)

12.12.2012

Gesetzesänderung bei Bildungsfreistellung

Mehr Chancen für gesellschaftspolitische Weiterbildung für Auszubildende: Auszubildende in Rheinland-Pfalz haben ab dem 1. Januar 2013 einen deutlich ausgeweiteten Anspruch auf Freistellung von der Ausbildung für die Teilnahme an gesellschaftspolitischen Bildungsveranstaltungen. Der Freistellungsanspruch wurde durch die Neufassung des Bildungsfreistellungsgesetzes auf fünf Tage pro Ausbildungsjahr erweitert.

[Link](#)

[Link](#)

05.12.2012

Landeswald erhält FSC-Zertifikat

Der Staatswald in Rheinland-Pfalz erhält das Label FSC (Forest Stewardship Council) und damit die Bestätigung, dass die Waldbewirtschaftung im Land den strengen Regeln eines weltweit anerkannten Ökosiegels entspricht. In Anwesenheit von Vertretern von FSC Deutschland nimmt Forstministerin Höfken das Zertifikat durch eine unabhängige Zertifizierungsfirma entgegen. Mit dem FSC-Label will Landesforsten nicht nur den naturnahen Waldbau unterstützen, sondern auch Holzwirtschaft und Verbrauchern die bewusste Entscheidung für ein nachhaltiges Holzprodukt ermöglichen.

22.11.2012

Schnelleres Internet im Land

Als ein wesentlicher Bestandteil zukunftsfähiger Infrastruktur setzt Rheinland-Pfalz auf den Auf- und Ausbau von Internet-Hochgeschwindigkeitsnetzen. Seit 2010 ist die Zahl der schnellen Internetanschlüsse mit Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/s im Land um 26 Prozent gestiegen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weitergehen und die Versorgung auch im Ländlichen Raum vorantreiben. [Link](#)

09.10.2012

Ruanda - 30 Jahre erfolgreiche Partnerschaft

Ein Alleinstellungsmerkmal des Landes Rheinland-Pfalz ist seine besondere und langjährige Beziehung zum afrikanischen Nationalstaat Ruanda. Im Jahr 2012 konnte das 30-jährige Bestehen dieser Graswurzelpartnerschaft gefeiert werden, die sowohl bundesweit als auch international Modellcharakter erlangt hat. [Link](#)

21.09.2012

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Rheinland-Pfalz hat viele Maßnahmen ergriffen, um das selbstbestimmte Wohnen zu stärken. Das Land verfügt über ein koordiniertes Netzwerk an Beratungsangeboten zu den Themen barrierefreies Wohnen, gemeinschaftliches Wohnen und Pflegewohngemeinschaften, das ständig weiter entwickelt wird. 135 Pflegestützpunkte stehen den Bürgerinnen und Bürgern in allen Fragen rund um die Pflege zur Verfügung.

Die zweite landesweite Aktionswoche Wohnen fand im September 2012 statt und zeichnete sich durch eine große Vielfalt an Angeboten aus. Über 90 Veranstaltungen nahmen neue Wohnformen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter sowie energieeffizientes Bauen in den Fokus. Zum breiten Angebot gehörten Fachveranstaltungen, Beratungsangebote, Besuchertage in Wohnprojekten, Lesungen oder Ausstellungen."0308http://www.wohnen-wie-ich-will.rlp.de/Link_Landesberatungsstellen "0308http://www.lzg-rlp.de/projekte/referate/servicestelle-pflegestrukturplanung/landesberatungsstelle-pflegewohnen/Link_und "0308http://www.verbraucherzentrale-rlp.de/UNIQ134813165909241/link483881A.htmlLink_Link

17.09.2012

Vereinbarkeit von Naturschutz und Windkraft

Naturschutz und Energiewende sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille beim Klimaschutz: Gemeinsam mit Dr. Klaus Richarz, dem Leiter der Staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland stellte Ministerin Höfken ein Gutachten zu naturschutzfachlichen Rahmenbedingungen beim Ausbau der Windkraft in Rheinland-Pfalz vor. Ziel der Landesregierung ist es, zwei Prozent der Landes- und Waldfläche für Windkraft bereitzustellen. Das Gutachten zeigt, dass dieses Ziel mit dem umfassenden Schutz unserer Naturschätze vereinbar ist.

12.09.2012

Erfolge bei Olympia und Paralympics 2012

Die Landesregierung sichert die notwendigen Rahmenbedingungen für die Spitzenvereine und Spitzenathletinnen und -athleten in Rheinland-Pfalz. So stellt sie die notwendigen Mittel für die Nachwuchsleistungssportförderung beim Landesportbund in Gänze, die Finanzmittel für den Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland gemeinsam mit dem Bund und dem Saarland zur Verfügung. Darüber hinaus ist das Land einziger Zustifter bei der Sporthilfe Rheinland-Pfalz/Saarland. Das Unternehmen Lotto Rheinland-Pfalz, bei dem das Land Mehrheitsgesellschafter ist, ist der größte Förderer der Sporthilfe. Aus diesen Mitteln werden die Spitzenathletinnen und -athleten individuell oder die Spitzenvereine unterstützt. Die rheinland-pfälzischen Athletinnen und Athleten zahlen das mit entsprechenden sportlichen Erfolgen zurück. Beispielhaft seien hier nur die Ergebnisse bei dem olympischen und paralympischen Spielen in London 2012 erwähnt. [Link](#)

04.09.2012

Erklärung zum Sozialen Europa

Die rheinlandpfälzische Landesregierung und der Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz setzen sich für eine Europäische Sozialunion ein, die die Politik stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und soziale Mindeststandards für Löhne, Sicherungssysteme, Arbeitnehmerrechte sowie Mitbestimmung garantiert. In einer gemeinsamen Erklärung forderten Landesregierung und DGB eine konsequente und zügige Umsetzung von Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit wie sie im Konzept einer „Europäischen Jugendgarantie“ angelegt sind: „Wir stimmen in der Auffassung überein, dass Solidarität zwischen den wirtschaftlich starken und schwachen Staaten in der EU die Grundlage der Integration und eines gemeinsamen Europas ist.“

27.08.2012

Verabschiedung der Tourismusstrategie 2015

Ministerin Lemke stellte die Fortschreibung der Tourismusstrategie 2015 vor. Die Tourismusstrategie 2015 ist die verbindlich festgelegte gemeinsame Strategie der Landesregierung, der Industrie und Handelskammern, der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, des Tourismus- und Heilbäderverbandes e.V. und der DEHOGA Rheinland-Pfalz GmbH. Diese Strategie ist die gemeinsame Basis für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsfaktors Tourismus, der mit einem Netto-Umsatz von etwa 7,3 Mrd. Euro und 190.000 Arbeitsplätzen zur Wirtschaftskraft des Landes entscheidend beiträgt. Es geht darum, die wesentlichen touristischen Handlungsfelder des Landes für die kommenden Jahre festzuschreiben und die Mittel gezielt da einzusetzen, wo die wirtschaftlichen Chancen am größten sind. [Link](#)

01.08.2012

Vorschläge für UNESCO-Welterbestätten

Das rheinland-pfälzische Kulturministerium hat zum 1. August 2012 seine Bewerbung für die nationale Vorschlagsliste zur Anerkennung als UNESCO-Welterbestätte bei der Kultusministerkonferenz eingereicht. Vorgeschlagen wurden die SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz, der Erweiterungsantrag des Doms zu Speyer um die romanischen Dome zu Mainz und Worms sowie die Sayner Hütte. Mit dem Antrag für die SchUM-Städte unterstreicht Rheinland-Pfalz ihre große Bedeutung für die Entwicklung des europäischen Judentums. In diesen drei Städten entstand im Mittelalter mit SchUM ein einzigartiger Verbund jüdischer Gemeinden, der Kultur, Religion und Geistesleben des europäischen Judentums entscheidend geprägt hat. Mit der Sayner Hütte verfügt Rheinland-Pfalz über ein herausragendes Beispiel der auf der Welterbeliste unterrepräsentierten Kategorie der Industriemerkmale.

02.07.2012

Bürgerbeteiligung beim Lärmschutz

Umweltministerin Ulrike Höfken gründete mit dem Runden Tisch Lärm eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Lärmschutz. Zusammen mit Dr. Rokho Kim von der Weltgesundheitsorganisation, den Kirchen, Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, der Bürgerinitiativen und der Wissenschaft möchte die Landesregierung die Herausforderung Lärm angehen. Ziel ist es, beim Lärmschutz mehr Transparenz zu schaffen und Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.

02.07.2012

Modellprojekt stärkt ambulante Versorgung

Zwölf Kommunen aus Rheinland-Pfalz beteiligen sich seit Juli 2012 an einem Modellprojekt, das sich zum Ziel gesetzt hat, den Vorrang ambulanter Leistungen vor teilstationären und stationären Leistungen zu stärken und die Leistungserbringung effizienter zu gestalten. Ziel ist dabei nicht nur, dass dem Grundsatz ambulant vor stationär mehr Geltung zukommt, sondern auch, dass der starke Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und bei der Hilfe zu Pflege eingedämmt werden kann.

In den ausgewählten Modellkommunen erfolgt dies unter anderem durch die Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Einzelfallsteuerung, den Aufbau von Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige oder behinderte Menschen und Strukturverbesserungen, zum Beispiel beim Übergangsmanagement. Die Hilfen sollen künftig stärker am persönlichen Bedarf orientiert sein und auch in Hilfe-Mix-Formen erbracht werden. Zudem sollen die Leistungen in einer stärker personenzentrierten Form geplant und finanziert werden. Das Modellprojekt stärkt somit das selbstbestimmte Leben und Arbeiten von Menschen mit Behinderungen und unterstützt pflegebedürftige Menschen in ihrem Wunsch weiter Zuhause leben zu können.

27.06.2012

Start der Energieagentur Rheinland-Pfalz

Am 1. Juli 2012 nimmt die Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH ihre Arbeit auf. Sie unterstützt als unabhängiger Mittler und Promotor Kommunen und Unternehmen bei der Nutzung Erneuerbarer Energien sowie bei Aktivitäten zu Energieeinsparung und mehr Effizienz. Die Energieagentur ist eine zentrale Anlaufstelle zu Energiefragen im Land. Die neutrale und marktunabhängige Agentur setzt auf Zusammenarbeit mit allen Akteuren im Energiebereich in Rheinland-Pfalz. Mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH hat das Wirtschaftsministerium einen starken Akteur zur Unterstützung der Energiewende in Rheinland-Pfalz geschaffen. Mit insgesamt 40 Mitarbeitern in Kaiserslautern ist die Energieagentur ein zentraler Kompetenzknoten zur Umsetzung der Energiewende im Land.

[Link](#)

[Link](#)

27.06.2012

Reform der Finanzverwaltung

Die Strukturreform der Finanzverwaltung soll den ländlichen Raum stärken und dabei auch Einsparungen erbringen. So sollen in der Finanzverwaltung bis 2016 300 Stellen abgebaut werden. Erreicht werden soll dies über die Fluktuation im Personal und auch über eine Veränderung der Struktur der Finanzverwaltung. Ämter werden teilweise zusammengelegt und Aufgaben zentralisiert, wobei Bürgerfreundlichkeit oder die Beibehaltung guter Erreichbarkeit wichtige Kriterien sind. Der ländliche Raum wird gestärkt und die Arbeit zu den Menschen gebracht.

22.06.2012

Erfolgreiche Strukturpolitik für das Land

Die Konversion als eine der größten politischen Herausforderungen für Rheinland-Pfalz hat sowohl große Anstrengungen gekostet als auch beachtliche Erfolge für das Land gebracht. Ministerpräsident Beck stellte heute in einer Pressekonferenz gemeinsam mit Ministerin Eveline Lemke (Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung) und den Staatssekretärinnen Heike Raab (Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur) und Jacqueline Kraege (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie) den Konversionsbericht der Landesregierung für 2010/2011 vor. Die Landesregierung legt dem Landtag Rheinland-Pfalz alle zwei Jahre einen Konversionsbericht vor. Der Bericht richtet sich ebenso an die Öffentlichkeit. Die Landesregierung gibt damit Auskunft über den Stand der Umwandlung ehemals militärisch genutzter in zivil genutzte Flächen und Liegenschaften.

[Link](#)

[Link](#)

22.06.2012

Landesaktionsplan "Gut leben im Alter"

Den Aktionsplan „Gut leben im Alter“, der die wesentlichen Ziele und Maßnahmen der rheinland-pfälzischen Seniorenpolitik zusammenfasst, hatte die Landesregierung bereits 2010 beim 6. rheinland-pfälzischen Seniorenkongress vorgestellt. Seit Februar 2012 wird dieser Aktionsplan der Landesregierung in einem landesweiten Beteiligungsprozess zu einem Landesaktionsplan weiterentwickelt. In diesen Beteiligungsprozess sind neben Bürgerinnen und Bürgern aller Generationen auch Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Kirchen, Wirtschaft, Politik, Vereinen, Verbänden, Fachdiensten, Beratungsstellen und weiteren Organisationen und Einrichtungen einbezogen. Von Februar bis Juni 2012 wurden bei Regionalforen in Mainz, Simmern, Trier, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Daun und abschließend in Koblenz die Fragen diskutiert: Was brauchen wir und was können wir tun, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz auch im Alter gut und gerne in unserem Land leben? Mehr als 800 Personen nahmen an diesen Regionalforen teil. Deren Ergebnis wird in den Landesaktionsplan „Gut leben im Alter“ einfließen, der 2014 vorgestellt werden soll. [Link](#)

20.06.2012

Landtag verabschiedet Wassercent

Mit großer Mehrheit verabschiedete der rheinland-pfälzische Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zum so genannten Wassercent. Wer Wasser nutzt, bezahlt- mit diesem Verursacherprinzip erfüllt das Land den Auftrag der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und unterstützt den ressourcenschonenden Umgang mit unseren Gewässern. Die Einnahmen aus dem Wassercent kommen dem Schutz der Gewässer unmittelbar zugute.

14.06.2012

QualiScheck ausgeweitet

Seit 2009 gibt es in Rheinland-Pfalz den QualiScheck, der die Bereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur beruflichen Weiterbildung stärken soll. Mit der Ausweitung des QualiSchecks im Jahr 2012 haben insbesondere auch Beschäftigte unter 45 Jahren, Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie Menschen mit einem Mini-Job die Möglichkeit, sich bei ihrer Weiterbildung fördern zu lassen.

30.05.2012

Bürgerdialog zum Nationalpark

Umweltministerin Ulrike Höfken gab der Region Hochwald offiziell grünes Licht für die zweite Phase auf dem Weg zu einem Nationalpark. Gemeinsam mit Landrat Matthias Schneider eröffnet die Ministerin in Börfink den Bürgerdialog im Landkreis Birkenfeld.

24.05.2012

Kita!Plus Programm gestartet

Mit dem neuen Landesprogramm Kita!Plus fördert das Land die Qualität in Kitas. Das Programm zielt darauf ab, die Eltern noch mehr in die Arbeit der Kitas einbeziehen und die Erziehungskompetenz von Familien zu stärken. Kita!Plus setzt auf die Vernetzung verschiedener Förderangebote und ermöglicht den Kitas niedrighschwellige Zugänge zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien zu schaffen. Für Kitas in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf gibt es eine zusätzliche Landesförderung. Mit der Gründung der Servicestelle Netzwerk Familie stärken wird der familienorientierte Ansatz sinnvoll ergänzt. Die Servicestelle dient dazu, familienunterstützende Einrichtungen, wie Häuser der Familien/Mehrgenerationenhäuser, Familienbildungsstätten, Familienzentren, Lokale Bündnisse für Familien und Familienbüros, weiter zu entwickeln und fachlich zu unterstützen.

[Link](#)

[Link](#)

22.05.2012

Initiative "Kita isst besser"

Ernährungsministerin Ulrike Höfken und Familienministerin Irene Alt starteten die Initiative "Kita isst besser," um die Ernährungssituation von Kindern in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Das Beratungsangebot der Vernetzungsstelle Schulverpflegung wird auf Kindertagesstätten ausgeweitet. Das Land fördert bis zu 18 Modell-Kitas, die Ernährung und Ernährungsbildung zu ihrem Schwerpunkt machen möchten. Und das EU-Schulobstprogramm wird schrittweise auf Kitas ausgeweitet. [Link](#)

16.05.2012

Ein Jahr rot-grüne Landesregierung

Die erste rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz arbeitete seit dem 18. Mai 2011 an der Gestaltung des rot-grünen Wandels im Land. Nach einem Jahr intensiver Arbeit stellten Ministerpräsident Beck und Staatsministerin Lemke im Rahmen einer Pressekonferenz die positive Jahresbilanz vor. "Unser Land ist gut aufgestellt. Das sagen nicht nur wir, das bestätigen uns auch renommierte Institute," sagte der Ministerpräsident. Die rot-grüne Koalition arbeite gut und vertrauensvoll zusammen. Die Regierungsbilanz überzeuge bei allen landespolitischen Themen. [Link](#)

02.05.2012

Staatsvertrag mit Jüdischen Gemeinden

Der rheinland-pfälzische Landtag hat das Landesgesetz beschlossen, mit dem der neue Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden in Kraft gesetzt wird. Zur Unterstützung des jüdischen Gemeindelebens wurde mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz und dessen Mitgliedsgemeinden ein neuer Staatsvertrag geschlossen, der diese in ihren religiös-kulturellen Belangen und zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes unterstützt. So wurde u. a. die Landesleistung ab dem Haushaltsjahr 2012 auf 550.000 EUR aufgestockt, die einer jährlichen Steigerung unterliegt. Das Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag regelt nun eigenständig die Voraussetzungen für eine staatliche Förderung jüdischer Gemeinden in Rheinland-Pfalz, die dem Landesverband nicht angehören.

24.04.2012

Staatsvertrag zum Glücksspiel

Am 15. Dezember 2011 hatte die Ministerpräsidentenkonferenz den Glücksspieländerungsstaatsvertrag beschlossen. Der rheinland-pfälzische Ministerrat verabschiedete am 24. April 2012 den Gesetzentwurf, der den Glücksspieländerungsstaatsvertrag in Landesrecht transformieren und um einige Vorschriften ergänzen sollte. Mit dem Gesetzentwurf sollen Spielsucht und Schwarzmarkt bekämpft und Jugend- sowie Spielerschutz verstärkt werden. Das Gesetz tritt am 1. Juli 2012 in Kraft.

23.04.2012

Ministerratsklausur: Zukunftsthemen

Das rheinland-pfälzische Kabinett zog sich am 21. und 22. April 2012 zu einer Arbeitsklausur nach Cochem zurück. In den Beratungen ging es hauptsächlich um die Zukunftsthemen Energiewende und Fachkräftesicherung. Die Mitglieder der Landesregierung erörterten den Sachstand und das künftige Vorgehen in beiden Politikfeldern. Auch wurden konkrete Maßnahmen beschlossen. [Link](#)

30.03.2012

Fortschritt bei Bekämpfung von Bahnlärm

Die Deutsche Bahn ist künftig verpflichtet, bei der kommunalen Lärmaktionsplanung mitzuwirken und die Daten kostenlos zur Verfügung zu stellen, die für eine Kartographie des Bahnlärms erforderlich sind, also vor allem die Angaben über die Strecke und den darauf abgewickelten Bahnverkehr. Einer entsprechenden Gesetzesänderung hat nach dem Bundestag heute auch der Bundesrat einstimmig zugestimmt. Die Erhebung des Bahnlärms und die Planung von Gegenmaßnahmen werden dadurch deutlich vereinfacht. Die Länder Rheinland-Pfalz und Hessen hatten diese Gesetzesänderung gemeinsam eingebracht.

30.03.2012

Erfolgreiche Initiative für Rettungsdienst

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Bundesrates zum Entwurf der europäischen Kommission zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen. Rheinland-Pfalz hatte sich in einer Bundesratsinitiative gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür stark gemacht, den Rettungsdienst von der geplanten europaweiten Ausschreibungspflicht auszunehmen. Diesem Vorschlag hat sich der Bundesrat angeschlossen.

27.03.2012

Handwerksinitiative Rheinland-Pfalz

Das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium und die Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Handwerkskammern haben am 27. März 2012 die Initiative Handwerk Rheinland-Pfalz beschlossen. In dieser werden künftige Förderschwerpunkte festgelegt. Außerdem beschreibt die Vereinbarung Felder, auf denen beide Seiten Handlungsbedarf sehen, damit Handwerker im Land auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben. Im Einzelnen geht es bei den Kernthemen der Zusammenarbeit in den nächsten Jahren um Fachkräftesicherung im Handwerk, Existenzgründung, die gezielte Förderung von Innovation im Handwerk und neue Berufsbilder vor dem Hintergrund der Energiewende. Das Wirtschaftsministerium wird sich auch in Zeiten knapper Kassen dafür einsetzen, dass Gelder im Bereich der beruflichen Bildung so gering wie möglich gekürzt werden, damit die wichtigen Aufgaben in diesem Bereich weiterhin erfüllt werden können. [Link](#)

27.03.2012

Gründung des Runden Tisches Islam

Das Bedürfnis nach einem institutionalisierten Dialog zwischen der Landesregierung und Menschen muslimischen Glaubens war und ist ein wichtiges Anliegen. Dieses Bedürfnis hatte die Landesregierung mit der Einrichtung des Runden Tisches Islam aufgegriffen. Die konstituierende Sitzung des Runden Tisches fand am 27. März 2012 in Anwesenheit von Staatsministerin Irene Alt statt. 22 Organisationen sind am Runden Tisch Islam vertreten. Der Runde Tisch Islam wird von dem Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration, Miguel Vicente, geleitet und tagt vierteljährlich. Ziel des Runden Tisches ist es, einen Dialog zwischen Muslimen und der Landesregierung auf Augenhöhe zu ermöglichen. Der Runde Tisch beschäftigt sich mit zentralen Fragen des gesellschaftlichen Lebens und der Integration. Hierzu gehört insbesondere die Einführung von islamischem Religionsunterricht in den Schulen. [Link](#) [Link](#)

06.03.2012

Fortsetzung der Forschungsinitiative

Staatsministerin Doris Ahnen hat die Präsidenten der rheinland-pfälzischen Universitäten und Fachhochschulen aufgefordert, für die Forschungsinitiative 2014 bis 2016 Anträge vorzulegen, um ihre spezifischen Forschungsprofile weiter ausbauen. Neu an der Forschungsinitiative 2014 bis 2016 ist, dass sie die bisher parallel und zeitlich versetzt laufenden Förderungen der Universitäten und Fachhochschulen synchronisiert. Mit der Forschungsinitiative unterstützt das Land Rheinland-Pfalz seine staatlichen Hochschulen seit 2008 dabei, ihre Stärken und strategischen Entwicklungsziele im Wettbewerb um Studierende, Nachwuchs- und Spitzenforscherinnen und -forscher sowie Fördermittel weiter auszubauen. Für die Fortsetzung der Initiative in den Jahren 2014 bis 2016 ist ein Gesamtvolumen von rund 60 Mio. Euro eingeplant. Die Mittel der Forschungsinitiative stehen den Hochschulen außerhalb der Grundfinanzierung zusätzlich zur Verfügung. [Link](#) Pressemitteilungen der [Link](#) und der [Link](#) zum Thema

05.03.2012

Beck zu Gesprächen in Brüssel

In Gesprächen mit dem deutschen Kommissionsmitglied Günther Oettinger, dem österreichischen Regionalkommissar Johannes Hahn und in einer Podiumsdiskussion mit Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, und mit Heide Rühle, Fraktion EFA/Grüne der Konzessionsexpertin des EP zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in Europa hat sich Ministerpräsident Kurt Beck für den Erhalt der Leistungen der deutschen Daseinsvorsorge eingesetzt. Die Veranstaltung war Startschuss für zahlreiche Initiativen zu diesem Thema.

Nicht zuletzt durch rheinland-pfälzisches Engagement - neben Ministerpräsident Beck hatte auch Europaministerin Conrad in zahlreichen Gesprächen in Brüssel sich immer wieder für den Erhalt der Daseinsvorsorge stark gemacht - hat die Kommission am ihren umstrittenen Vorschlag zur Konzessionsvergabe im Wasserbereich zurückgezogen.

01.03.2012

Anhebung Grunderwerbsteuer

Die Grunderwerbsteuer stieg zum 1. März 2012 um anderthalb Punkte von 3,5 Prozent auf dann fünf Prozent. Die Erhöhung war im Rahmen der Haushaltskonsolidierung notwendig. Es werden Mehreinnahmen von 100 Mio. Euro erwartet. Die Grunderwerbsteuer ist eine Ländersteuer, die beim Erwerb eines Grundstückes anfällt. Im Jahr 2012 hat das Land knapp 200 Mio. Euro an Einnahmen durch diese Steuer verbucht.

07.02.2012

Zukunftsentscheidung für den Nürburgring

Das Kabinett hat beschlossen, die Nürburgring GmbH zu bitten, den Betriebspachtvertrag mit der Nürburgring Automotive GmbH sowie alle weiteren relevanten Verträge, insbesondere den Konzessionsvertrag über die Organisation der Formel 1 Rennveranstaltungen auf dem Nürburgring, unverzüglich außerordentlich zu kündigen. Der Nürburgring ist ein Aushängeschild für Rheinland-Pfalz und von herausragender Bedeutung für die Region und ihre Menschen. Das ist der Grundgedanke, der die letzte Landesregierung in das Projekt 'Nürburgring 2009' investieren ließ, und das ist auch der Grundgedanke, der die jetzige Landesregierung bei ihren Entscheidungen leitet. In den zurückliegenden Monaten bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass eine gute Zukunft in diesem Sinne am Ring mit den jetzigen Pächtern nicht möglich ist, das Vertrauen in der Region und in der Mitarbeiterschaft ist aufgebraucht. Zudem bin ich als Sachwalter für das Land gezwungen, aus dem Umstand, dass die vertraglich vereinbarte Pacht nicht gezahlt wurde, Konsequenzen zu ziehen, sagte der zuständige Infrastrukturminister Roger Lewentz im Anschluss an die Kabinettsitzung.

26.01.2012

Land aktiv bei Antidiskriminierung

Die Antidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz hat zum 1. Januar 2012 ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, Diskriminierungen jeglicher Art entgegenzutreten und ihnen vorzubeugen. Die Antidiskriminierungsstelle hat die Aufgabe zu informieren, aufzuklären und Vorbehalte abzubauen, damit Benachteiligungen gar nicht erst entstehen. Außerdem soll sie dazu beitragen, dass Menschen, die diskriminiert werden, ihre Rechte kennen und sich zur Wehr setzen können. Die Antidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz arbeitet eng mit den Antidiskriminierungsverbänden im Land zusammen und hilft beim Aufbau von Beratungsstellen vor Ort und unterstützt und berät das Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz. Sie koordiniert das Pilotprojekt Anonymisiertes Bewerbungsverfahren, an dem mehrere Ministerien der Landesregierung sowie weitere Institutionen als Arbeitgeber teilnehmen. Ziel des Pilotprojekts ist es, mit Hilfe eines standardisierten anonymisierten Verfahrens Diskriminierungen bei der Stellenbewerbung zu vermeiden.

[Link](#)

[Link](#)

[Link](#)

19.01.2012

Schulbeförderung - Entlastung für Eltern

Das Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Schülerbeförderung wurde am 19. Januar 2012 abschließend im Landtag beraten und soll zum 1. August 2012 in Kraft treten. Alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I sowie der Berufsfachschulen I und II werden damit vom Eigenanteil zur Schülerbeförderung befreit.

19.01.2012

Uni Mainz siegt im Spitzencluster-Wettbewerb

Cluster of Individualized Immunintervention (CI3) wird Spitzencluster des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF): In dem länderübergreifenden CI3-Cluster von Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und Unternehmen können bis zu fünf Jahre lang Projekte in Höhe von mehr als 80 Mio. Euro realisiert werden, die Hälfte davon stellt der Bund, die Kofinanzierung übernehmen Wirtschaft und private Investoren. Der neue Cluster hat die Entwicklung individualisierter immuntherapeutischer und diagnostischer Produkte zum Ziel. Mithilfe von auf den einzelnen Menschen maßgeschneiderten Therapien soll eine zielgenauere und schonendere Medizin etwa zur Bekämpfung von Krebsleiden, Autoimmunkrankheiten und Infektionen möglich werden.

[Link](#)

10.01.2012

Weitere Verbesserung für das Ehrenamt

Den Freiwilligen Feuerwehren und den sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes stehen immer weniger ehrenamtlich Tätige zur Verfügung, die über einen notwendigen Führerschein für Einsatzfahrzeuge verfügen. Das hat sich bereits auf die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste ausgewirkt. Um hier Abhilfe zu schaffen, hat das rheinland-pfälzische Kabinett nun einer Änderung der Landesverordnung über die Erteilung von Fahrberechtigungen zum Führen von Einsatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehren, der nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienst und der Technischen Hilfsdienste zugestimmt.

09.01.2012

Beteiligung an kommunalen Solidarpakten

Landesforsten Rheinland-Pfalz beteiligt sich ab sofort an kommunalen Solidarpakten für Windkraftanlagen im Wald, um die Partnerschaft des Landes mit den Kommunen bei der Energiewende zu stärken und die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu steigern. Ziel ist es, Windkraftanlagen auf gut geeigneten Standorten zu konzentrieren. Landesforsten ist in Abstimmung mit dem Finanzministerium bereit, geeignete Standorte im Staatswald in kommunale Windparks einzubringen und wird bis zu 30 Prozent seiner Pachteinahmen an die kommunale Solidargemeinschaft abführen.

16.12.2011

Staatsvertrag zum Rundfunkbeitrag

Der rheinland-pfälzische Landtag ratifizierte am 10. November 2011 den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag. Nachdem Schleswig-Holstein am 16. Dezember 2011 als letztes Bundesland zustimmte, lobte Ministerpräsident Kurt Beck das neue Beitragssystem als „Meilenstein für unsere Medienordnung“, der zu einer zukunftsfähigen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks führe. Er führte aus: „Der neue Rundfunkbeitrag stellt die solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch eine einfache, transparente und gerechte Regelung auf eine zeitgemäße Grundlage. Es geht uns vor allem darum, die Kontrollbedürftigkeit innerhalb des Systems deutlich zu reduzieren und dabei die Privatsphäre der Rundfunkteilnehmer zu schonen.“ Das neue Rundfunkbeitragsmodell trat am 1. Januar 2013 in Kraft.

[Link](#)

10.11.2011

Elektronische Fußfessel getestet

Mit Beginn des Jahres 2012 sollen die Regelungen des Staatsvertrags über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder für Rheinland-Pfalz in Kraft treten. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, die elektronische Aufenthaltsüberwachung als Mittel der Führungsaufsicht anzuordnen. Die Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder soll in Hessen eingerichtet und bei der Gemeinsamen IT-Stelle der Hessischen Justiz mit Sitz in Bad Vilbel angesiedelt werden. Sie soll insbesondere eingehende Ereignismeldungen entgegennehmen, bewerten und abhängig vom Ergebnis dieser Bewertung die zuständigen polizeilichen und justiziellen Stellen der Länder unterrichten.

[Link](#)

10.11.2011

Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums

Wie im Koalitionsvertrag im Jahr 2011 beschlossen, soll das Studienkontenmodell abgeschafft werden. Der Landtag hat zum ersten Mal über den Entwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes beraten, mit dem der Weg für ein gebührenfreies Studium weiter gegangen werden soll. Das Dritten Landesgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften soll zum 01.03.2012 in Kraft treten. Damit soll das Studium gemäß § 70 HochSchG bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss, bei konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen bis zum zweiten berufsqualifizierenden Abschluss, unabhängig von der Studiendauer beitragsfrei sein. Dies soll unter bestimmten Voraussetzungen auch für ein Doppelstudium gelten. Die Gebührenpflicht wird nach Maßgabe des Besonderen Gebührenverzeichnisses lediglich aufrechterhalten für Postgraduale- und Weiterbildungsstudiengänge, das Seniorenstudium sowie für Gasthörerinnen und Gasthörer.

03.11.2011

Organisationsreform der Polizei

Die rheinland-pfälzische Polizei ist zuletzt 1993 mit einer umfassenden Organisationsreform neu strukturiert worden. Diese Struktur hatte sich lange Jahre bewährt. Gleichwohl ist es nötig, jede Organisationsstruktur immer wieder neuen Gegebenheiten anzupassen. Sechs polizeiinterne Arbeitsgruppen haben Vorschläge für eine Reform erarbeitet, die im Laufe der Legislaturperiode umgesetzt wird.

25.10.2011

Doppelhaushalt 2012/2013

Mit dem Doppelhaushalt 2012 / 2013 wurde die Konsolidierung des Haushalts von Rheinland-Pfalz weiter vorangetrieben. Die neue Schuldenregel der Landesverfassung wurde eingehalten und eine Reihe umfassender Sparmaßnahmen umgesetzt. Die Steuereinnahmen lagen allerdings in Folge der Konjunkturkrise noch auf einem sehr niedrigen Niveau.

21.10.2011

Umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft

Der Begleitausschuss des Landesentwicklungsprogramms PAUL stimmte in Höhr-Grenzhausen den vom Landwirtschaftsministerium geplanten Änderungen bei der Agrarförderung zu. Betriebe, die ökologisch wirtschaften und Betriebe, die ihre Tiere artgerecht halten, sollen künftig verstärkt vom Landesentwicklungsprogramm PAUL (Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen und Landentwicklung) profitieren. Das Programm wird von der EU, Bund und Land gemeinsam finanziert.

29.09.2011

Mehr Fachkräfte in der Pflege

Um den zukünftigen Bedarf an Pflegefachkräften zu sichern, hat das Land gemeinsam mit den Akteuren aus dem Gesundheitswesen und der Pflege eine Vereinbarung zur Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Gesundheitsfachberufe 2012 - 2015, Berufsfeld Pflege geschlossen. Die gemeinsame Vereinbarung zielt darauf ab, mit vereinten Kräften noch mehr junge Menschen für einen Beruf in der Pflege zu gewinnen, Arbeitsbedingungen zu verbessern und Menschen aus anderen Berufen für die professionelle Pflege zu qualifizieren. Das neue Maßnahmenpaket sieht daher eine weitere stufenweise Steigerung um jährlich mindestens zehn Prozent bei der Zahl der Auszubildenden in der Alten-, Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege vor, ausgehend von den Eintritten im Schuljahr 2011/2012 bis zum Schuljahr 2014/2015. Im gleichen Zeitraum soll die Zahl der Auszubildenden in der Krankenpflegehilfe stufenweise um jährlich mindestens 25 Prozent gesteigert werden. Dafür sollen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser noch vorhandenes Potenzial an Ausbildungsmöglichkeiten ausschöpfen und Ausbildungskapazitäten ausbauen. Insbesondere wird auch der Bereich der Arbeitsbedingungen in der Pflege in den Blick genommen. [Link](#)

29.09.2011

Landesprojekt "KlimLandRP" abgeschlossen

Das Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen hat das Forschungsprojekt Klima- und Landschaftswandel in Rheinland-Pfalz (KlimLandRP) gemeinsam mit dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung und mehreren universitären Partnern koordiniert. Begonnen 2008, hat es die Vielfalt der rheinland-pfälzischen Natur- und Kulturlandschaft betrachtet, die land- und forstwirtschaftliche Nutzung eingeschlossen. Mögliche Veränderungen wurden zunächst für einen Zeitraum von bis zu 50 Jahren projiziert, je nach Fragestellung auch bis zum Jahr 2100. Die Ergebnisse aus KlimLandRP wurden vor rund 200 Teilnehmern im Hambacher Schloss am 29.09.2011 der Öffentlichkeit vorgestellt. [Link](#) [Link](#)

13.09.2011

Reform der Vermessungs- Katasterverwaltung

Der Ministerrat hat auf Vorschlag von Innenminister Roger Lewentz eine Neustrukturierung der rheinland-pfälzischen Vermessungs- und Katasterverwaltung beschlossen. Die neue Struktur wird die Vermessungs- und Katasterverwaltung in ihrer Leistungsfähigkeit weiter stärken und für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre zukunftsfest machen. Gleichzeitig werden wir jährlich 3,5 Mio. Euro einsparen. Dies hilft, die Schuldenbremse zu verwirklichen und Freiräume für wichtige Investitionen, vor allem in der Bildung, zu schaffen. Dies sagte Minister Lewentz bei der Vorstellung der neuen Struktur der Vermessungs- und Katasterverwaltung.

07.09.2011

Nachhaltigere Agrarpolitik in Europa

Die Landwirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz und die Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg legten ein 20-Punkte-Programm zur umfassenden Reform der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vor. Ziel ist eine grünere und gerechtere Gemeinsame europäische Agrarpolitik nach dem Grundsatz "Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen." Ministerin Höfken und ihre Kollegen appellierten an die Bundesregierung und an die anderen Bundesländer, sich dieser Diskussion nicht mehr zu verschließen und die Verantwortung für unsere Bäuerinnen und Bauern wahrzunehmen.

15.08.2011

Kooperation mit dem Netzwerk Friedensbildung

Mit der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur und dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz wurde bundesweit eine erste solche Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, die das Arbeiten von Friedensdiensten, Friedensinitiativen und –organisationen in Schulen und Seminaren erleichtert und institutionalisiert. Sie ist am Ziel der Erziehung „zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft“ orientiert, wie sie im rheinland-pfälzischen Schulgesetz und in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt ist.

Mehr Informationen zum [Link](#) und zum [Link](#)

12.08.2011

Runder Tisch Ingelheim nimmt die Arbeit auf

Mit der Gründung des Runden Tisches Ingelheim setzt die Landesregierung einen wichtigen Impuls zu einer grundlegenden Neuausrichtung der rheinland-pfälzischen Flüchtlings- und Asylpolitik. Ein Kernelement stellt dabei die Neukonzeption der Abschiebungspolitik dar. Ingelheim, einstmaliges Symbol für das hochgesicherte Abschiebegefängnis, soll nun der Ausgangspunkt für ein Umsteuern in Richtung einer humanitären Flüchtlings- und Asylpolitik werden. Am Runden Tisch Ingelheim werden unter Beteiligung der Kirchen, wichtiger Nichtregierungsorganisationen sowie Expertinnen und Experten der Landesregierung Empfehlungen für einen möglichst humanen Vollzug der Abschiebungshaft erarbeitet und deren Umsetzung begleitet. Ein wichtiger Schritt hierzu sind bauliche Maßnahmen, um die Unterbringung in der Gewahrsamseinrichtung für die Betroffenen menschlicher zu gestalten. Die Neukonzeption der Gewahrsamseinrichtung wird begleitet von ausländerrechtlichen Initiativen auf Landes- wie auch Bundesebene, um Abschiebungshaft nur als letztes Mittel einzusetzen. Als erste Maßnahme wird im Sommer 2011 die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige in Trier geschlossen. Die Härtefallkommission erhält im August 2013 eine neue Verordnung, die noch bessere einzelfallgerechte Entscheidungen ermöglicht. [Link](#) [Link](#)

02.08.2011

Förderprogramm hausärztliche Versorgung

Im Frühjahr 2011 hat sich das Gesundheitsministerium gemeinsam mit Kassenärztlicher Vereinigung, Landesärztekammer, Hausärzteverband, Universitätsmedizin und den kommunalen Spitzenverbänden auf eine Weiterentwicklung des Masterplans zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung aus dem Jahr 2007 verständigt. Der wesentliche Baustein des Konzepts ist das Förderprogramm hausärztliche Versorgung. Um das Arbeiten in ländlichen Regionen für Hausärztinnen und Hausärzte attraktiver zu machen, stellt das Land seit dem Jahr 2011 Finanzmittel bereit. Die Förderung ist für Ärztinnen und Ärzte gedacht, die helfen, die hausärztliche Versorgung in ländlichen Region zu verbessern, in denen es zunehmend schwieriger wird, freierwerdende Arztsitze wieder zu besetzen. Der Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung sieht zusätzlich zum Förderprogramm des Landes die Entwicklung eines Förderprogramms für Medizinstudierende seitens der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) vor. [Link](#)
[Link](#) "03083mm

29.06.2011

"Kinderrechte ins Grundgesetz" im Bundesrat

Der Entschließungsantrag „Kinderrechte ins Grundgesetz“, der auf Initiative von Rheinland-Pfalz in den Bundesrat eingebracht wurde, war dort erfolgreich. Mit dieser Initiative setzte das Land einen wichtigen politischen Impuls in Hinblick auf die Entwicklung einer Kinderrechte-Strategie. Im Mittelpunkt stehen dabei die drei großen Säulen der UN-Kinderrechtskonvention: Prävention - Protektion - Partizipation. Elemente dieser Strategie sind die rheinland-pfälzische Woche der Kinderrechte jeweils rund um den Weltkindertag am 20. September sowie die Kinderrechte-Fachtagungen. Gefördert werden Maßnahmen von freien und öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie von freien Initiativen. Passend zum jeweiligen Motto der Woche der Kinderrechte werden Fortbildungen, Aktionen und Projekte angeboten.

[Link](#)

[Link](#)

25.05.2011

Regierungserklärung "Sicherheit im Wandel"

Eine Woche nach der Wahl zum Ministerpräsidenten im rheinland-pfälzischen Landtag und nach der Ernennung der ersten rot-grünen Landesregierung in Rheinland-Pfalz hielt Kurt Beck am 25. Mai 2011 seine erste Regierungserklärung der 16. Wahlperiode. Der Titel Sicherheit im Wandel umschreibt das Leitmotiv im Handeln der Landesregierung. [Link](#)

24.05.2011

Fusion der Förderbanken Rheinland-Pfalz

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) und die Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) wurden zu einer Förderbank in einer neuen Anstalt des öffentlichen Rechts fusioniert. Die ISB ist zuständig für die Förderung des Mittelstandes über Bürgschaften, zinsgünstige Darlehen, Beteiligungen und Zuschüsse, während die LTH die Förderung des rheinland-pfälzischen Wohnungsbaus betreibt. Durch die Fusion werden Strukturen gestrafft und dadurch ein Betrag von jährlich 4 Mio. Euro eingespart.

18.05.2011

Kurt Beck zum Ministerpräsidenten gewählt

Der rheinland-pfälzische Landtag wählte am 18. Mai 2011 auf seiner konstituierenden Sitzung der 16. Wahlperiode Kurt Beck zum Ministerpräsidenten. Kurt Beck erhielt alle Stimmen der Koalitionsfraktionen und wurde anschließend vom Landtagspräsidenten vereidigt. Kurt Beck gab dann die Mitglieder der Landesregierung, die Ministerinnen und Minister sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, bekannt. Landtagspräsident Joachim Mertes nahm ihnen jeweils einzeln den Amtseid ab. Anschließend wurde die Landesregierung vom Plenum bestätigt.

[Link](#)